هكذا من الأصل

Montag, 9. Mai 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 83,00 Dn, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 107 - 19.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 - 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESS[CHAU]

POLITIK

KSZE: Genscher sieht Chance für Kompromiß

DW. Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher sieht nach der positiven Stellungnahme Moskaus zum Kompromißpapier der blockfreien Staaten auf dem KSZE-Folgetreffen in Madrid „zum ersten Mal seit langen Jahren die Chance, zu einer Ost-West-Vereinbarung mit einer Einigung in der Substanz abzuschließen". Es gelte nun, den Schwung zu nutzen, sagte Genscher gestern in Bonn. Die Bundesregierung rufe alle Teilnehmerstaaten zu einer gemeinsamen Anstrengung auf, „jetzt kurz vor dem Ziel politische Entscheidungen zu treffen, um einen Abschluß in den nächsten Wochen herbeizuführen", sagte der Minister. Genscher sprach von einer „begrüßenswerten Fortentwicklung der sowjetischen Haltung". Das Dokument der Blockfreien, dem Moskau jetzt zustimmen wolle, enthielte westliche Vorstellungen, die vor sechs Jahren in Belgrad von der UdSSR abgelehnt worden seien: Verbesserungen bei der Familienzusammenführung, ein Expertentreffen zur Behandlung von Menschenrechtsfragen und Zugang für Besucher zu Botschaften.

Energieagentur betont Rolle der Kohle

dpa/DW. Duisburg

Die starke Abhängigkeit der Wirtschaft vom Öl muß nach Ansicht des Exekutiv-Direktors der Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris, Ulf Lantzke, abgebaut werden. Vor Vertretern der Bundesberufsgruppe Bergbau in der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) sagte Lantzke am Wochenende in Duisburg, die Energieversorgung der Industrieländer sollte mehrgleisig fahren. Die OECD-Staaten müßten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sicherstellen, daß Probleme der Energieversorgung nicht noch einmal die Wirtschaft bremsen oder blockieren könnten. Die Energieversorgung könne mittel- und langfristig nur durch ein besseres Gleichgewicht der unterschiedlichen Energieträger erreicht werden. Lantzke meinte, daß der Kohleverbrauch in den Industrieländern bis 1990 um rund 30 Prozent und bis zum Ende des Jahrhunderts um 80 Prozent zunehmen werde. Kohle habe die zu einem hohen Prozentsatz importiert werden müssen, den Vorzug des Preisvorteils und der Versorgungssicherheit.

ZITAT DES TAGES



„In unserer Außenpolitik bekennen wir uns auf Grund unserer historischen Vergangenheit nicht zu einer Kollektivschuld, wohl aber zu allen Teilen der deutschen Geschichte, die uns auch ein besonderes Maß an Solidarität mit Israel auferlegt."

Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Interview mit der Kairoer Zeitung „Al Ahram". FOTO: POLYPRESS

Technologiekontrolle

DW. Washington

Ein unabhängiges Expertengremium des amerikanischen Kongresses ist für eine strengere Kontrolle beim Export von US-Spitzentechnologie in die Sowjetunion eingetreten. Dies geht aus dem jetzt von Senator Jake Garn vorgelegten Bericht des „Office of Technology Assessment" hervor. Darin heißt es, es lägen Beweise dafür vor, daß sich die UdSSR westliche Technologie für militärische Zwecke nutzbar macht. Etwa 30 Prozent der Pläne für sowjetische Spitzentechnologie würden durch Spionage im Westen beschafft.

Gegen Verlegung

dpa, Peking

Die Volksrepublik China hat sich erneut gegen eine Verlegung sowjetischer Atomraketen von Europa in den asiatischen Teil der UdSSR gewandt. Die parteiamtliche Pekinger „Volkszeitung" schrieb, eine Verschiebung der Raketenstellungen aufgrund der Genfer Abrüstungsgespräche würde die internationale Lage verschärfen und das atomare Wettrüsten zwischen Moskau und Washington im asiatischen Raum anheizen.

Planerfüllung verlangt

DW./AP, Moskau

Wegen unzureichender Planerfüllung in der Produktion von Primär- und Konsumgütern sind mehrere sowjetische Minister vom Zentralkomitee der KPdSU und dem Ministerrat der UdSSR gerügt worden. Es handelt sich dabei um die Ressortchefs für Leichtindustrie, für Leicht-, Nahrungsmittel- und Haushaltsgeräteindustrie sowie den Minister für chemische Industrie. In der Resolution wird die Notwendigkeit der „vollständigen Erfüllung" der Planziffern betont.

„Waffen für Taiwan"

rtr, Washington

Die amerikanische Regierung hat einem Bericht der Tageszeitung „Washington Post" zufolge die Absicht, Waffen im Wert von bis zu 800 Millionen Dollar an Taiwan zu liefern. Eine entsprechende Vorlage werde zur Zeit vom US-Außenministerium ausgearbeitet und solle in wenigen Wochen an Präsident Reagan weitergeleitet werden, hieß es in der Zeitung. Es handle sich um das bisher größte Waffengeschäft zwischen den USA und Taiwan.

WIRTSCHAFT

Fallender Ölpreis

dpa/VWD, Washington

Mit einem Rückgang der Rohölpreise am Weltmarkt um nochmals fünf Dollar je Barrel rechnet das US-Energieministerium bis 1985. Von dann an würden die Ölpreise jedoch wieder ansteigen, wobei 37 Dollar das wahrscheinlichste Niveau sei, erklärt das Ministerium in seinem Jahresenergiebericht.

Gelungene Anpassung

dpa, Sindelfingen

Die verhältnismäßig gute Stellung der deutschen Autohersteller im internationalen Wettbewerb ist nach Ansicht von Daimler-Benz-Vorstandschef Gerhard Prinz auf konsequente Produktpolitik in der Anpassung an veränderte Marktanforderungen nach den Ölpreiskrisen zurückzuführen. Prinz sagte am Wochenende auf der Hauptversammlung des ADAC in Sindelfingen, durch die Ölpreisverteuerung sei Sparsamkeit zu einem vorrangigen Entwicklungsziel geworden.

SPORT

Aus für den FC Bayern

DW. Bonn

Nach der 0:2-Niederlage beim 1. FC Köln ist der FC Bayern München endgültig im Kampf um die deutsche Fußball-Meisterschaft ausgeschieden. Nur der Hamburger SV und Werder Bremen dürfen sich jetzt noch Hoffnungen machen. – Beim Großen Preis von Deutschland auf dem Hockenheimring gewann der Schweizer Stefan Dörflinger die Klasse bis 50 ccm. Dritter wurde Georg Bauer aus Königswinter. Seiten 12, 13, 14

WETTER

Kühl und regnerisch

DW. Essen

Anfangs bewölkt und nur gelegentlich Niederschlag, in der zweiten Tageshälfte von Südwesten her Eintrübung und später Regen. Höchsttemperaturen bei 15, Tiefstwerte nachts um 10 Grad. Schwacher bis mäßiger Südwestwind.

Heute in der WELT

„Hitler-Tagebücher": Wer steckt hinter der Fälschung?

„Stern"-Chef Nannen: Ein Teil der Bücher wurde aus der „DDR" geholt

DW. Hamburg/Bonn

Nach der Entlarvung der von der Illustrierten „Stern" vorgestellten angeblichen Hitler-Tagebücher als Fälschung konzentrierten sich die Bemühungen am Wochenende auf die Suche nach den Hintermännern der Affäre. Als mögliche Länder, in denen die Fälschungen hergestellt worden sein können, wurden dabei die „DDR", Österreich, Argentinien und auch die Bundesrepublik Deutschland genannt. Vermutungen, daß Ost-Berlin die Hand im Spiel haben könnte, erhielten durch ein Interview der Londoner „Sunday Times" mit der Ehefrau des „Stern"-Reporters Gerd Heidemann Auftrieb.

Die „Sunday Times", deren Verleger Robert Murdoch vom „Stern" für 400 000 Dollar die britischen und australischen Rechte an den „Tagebüchern" erworben hatte, zitierte die Äußerungen Gina Heidemanns in einer mehrseitigen Zusammenfassung, in der die Zeitung sich bei ihren Lesern „zutiefst" entschuldigt. Frau Heidemann sagte, die „Quelle" ihres Mannes in der „DDR" habe die Dokumente übergeben, um so Devisen zu erhalten. Sie halte es nicht für möglich, daß der nicht genannte hohe Beamte damit seine Ausreise aus Mitteldeutschland habe finanzieren wollen. „Warum sollte er? Er könnte es da gar nicht höher bringen", wird die Frau des „Stern"-Mitarbeiters zitiert.

Dem „Stern" warf Frau Heidemann vor, Mitarbeiter des Magazins hätten ihren Mann in der Nacht zum Samstag bei der Suche nach den Hintermännern der Affäre „durch die Mangel gedreht". Ihr Mann sei am Freitag mit einem Privatflugzeug vom „Stern" aus Süddeutschland nach Hamburg geholt worden. Zunächst habe man versucht, sie daran zu hindern, mit ihm in Kontakt zu treten. Auch später sei ein privates Gespräch mit ihrem Mann nicht möglich gewesen.

SEITE 3:
Wie aus dem Hit ein Flop wurde

Bei dem Magazin, dessen Chefredakteure Peter Koch und Felix Schmidt noch am Samstag von ihren Positionen zurückgetreten waren, setzte am Wochenende eine intensive Diskussion über das Geschehene ein. Es kam dort zu internen Auseinandersetzungen.

Herausgeber Henri Nannen, der zusammen mit Rolf Gillhausen die Redaktionsleitung übernahm, hatte unmittelbar nach Bekanntwerden des Prüfungsergebnisses des Bundesarchivs erklärt: „Es wird in der nächsten Ausgabe kein Wort stehen, das sich auf die Tagebücher beruft, sondern wir werden ganz im Gegenteil versuchen, unseren Lesern so schnell wie möglich die Geschichte der Fälschungen und die Geschichte der Hintergründe zu offenbaren." Nannen: „Ich meine, wir haben Grund, uns zu schämen." Der „Stern"-Herausgeber sagte der „Bild am Sonntag": „Ich bin inzwischen sicher, daß sie (die Tagebücher) nicht aus rechtsradikalen Kreisen kommen." Einige der Bücher, so Nannen im NDR, seien aus der „DDR" geholt worden.

Eine eigene Version steuerte der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal, bei. In einem dpa-Gespräch sagte Wiesenthal, die gefälschten Tagebücher seien das Werk „derselben in Südamerika sitzenden Quellen, die bereits während des Krieges für Hitler – so zum Beispiel die britischen Banknoten – gefälscht haben". Wiesen-

● Fortsetzung Seite 8

Stolze wünscht „kreative Tätigkeit"

Der Bonner Regierungssprecher stellt heute sein Amt zur Verfügung / Künftig Berater

HERBERT KREMP, Bonn

Der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Diether Stolze, stellt am heutigen Montag sein Amt zur Verfügung. Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatssekretär Stolze werden heute in einer gemeinsamen Pressekonferenz die Gründe dafür erläutern. Stolze wird weiterhin für die Bundesregierung beratend tätig sein. „Mir kommt es auf kreative Tätigkeit an", erklärte er der WELT.

Stolze hatte dem Bundeskanzler bereits im März mitgeteilt, daß er „nach der Regierungserklärung" sein Amt aufgeben wolle. Er war nach dem Regierungswechsel im Oktober vergangenen Jahres in die Dienste der Bundesregierung getreten. Seine kurze Amtszeit läßt die Frage offen, ob der stets komplizierte Mechanismus der Zusammenarbeit zwischen dem Kanzleramt und dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung funktioniert. Zwischen Stolze und der engsten Umgebung des Kanzlers, die während der langen Oppositionszeit auf „Sprecherrollen" verwiesen war und an diese gewöhnt ist, ist es in der ersten Regierungsphase Kohls und während des Wahlkampfes wiederholt zu Spannungen gekommen.

An den sehr guten persönlichen Beziehungen zwischen Kohl und Stolze hatte sich dadurch aber nichts geändert. Der Kanzler hatte sogar versucht, Stolze zu halten, weil er dessen unbestrittene Kompetenz auf den Zentralgebieten seiner Regierung, der Wirtschafts- und Finanzpolitik, schätzt. So hatte Stolze zum Beispiel die entsprechenden Teile der Regierungserklärung überarbeitet. Der Sprecher der Bundesregierung wird seine Kompetenz vor allen Dingen auf diesen Feldern zu erweisen haben.

Stolze seinerseits empfand die Beschränkung des Regierungssprechers auf die sehr wichtige, aber höchst zeitraubende Arbeit des reinen Auskunftsgebers als unbefriedigend. Die Rolle des Chefs des Presse- und Informationsamtes war in der Tat kaum je auf diese Tätigkeit beschränkt gewesen. Sprecher wie Bölling, Becker, Ahlers, Diehl (unter Kiesinger) oder gar v. Eckardt (unter Adenauer) waren an der Planung und Durchsetzung der Gesamtpolitik stets kräftig beteiligt. Sie hatten „Immediatvortrag" beim Kanzler und gehörten zu dessen engstem Beraterkreis. Stolze hat offenbar den Eindruck gewonnen, daß diese „kreative Rolle", wie er es nennt, auch künftig Mitarbeitern Kohls im Kanzleramt vorbehalten bleiben soll, während der Regierungssprecher mehr auf „Journalistenpflege", eine Art von Public Relations, verwiesen wäre.

Ob die Bundespressekonferenz die die Bundesregierung zu sich einlädt, in diesem Konzept ihre Ansprüche erfüllt sieht, muß sich erst erweisen. Bis jetzt sind diejenigen Bundesregierungen am besten gefahren, deren Sprecher ins Zentrum der Entscheidung einbezogen waren. Besonders von einer konservativ-liberalen Regierung in schwierigen Zeiten werden Antworten auf dem höchsten Stand der Kenntnis und Information erwartet.

*

DW. Bonn

„Bild am Sonntag" und mehrere Rundfunkanstalten berichteten am Wochenende, als Nachfolger Stolzes sei der frühere Chefredakteur der Zeitungen „Bild", „Bild am Sonntag" und WELT, Peter Boenisch (56), im Gespräch.

Jaruzelski: Forderungen an die Kirche

Walesa soll bei den Katholiken ins Zwielicht gerückt werden / Unter Hausarrest

rtr/AP/DW. Warschau

Im Vorfeld des Papst-Besuchs im Juni hat die polnische Führung ihr Werben um die Mitarbeit der katholischen Kirche an einer im Sinne des Regimes „langfristigen Übereinkunft" verstärkt. Partei- und Regierungschef General Jaruzelski suchte dabei zwischen Freunden und Gegnern von Eintracht und Versöhnung zu differenzieren.

Jaruzelski sagte auf dem ersten Kongreß der vom Regime geförderten „Patriotischen Bewegung für die nationale Wiedergeburt" (PRON), Gespräche mit Primas Kardinal Glemp hätten die Hoffnung auf eine solche Übereinkunft verstärkt. Die Kirche müsse aber den Primat des Staates anerkennen. Je mehr sie im sozialistischen Staat die Verkörperung höherer nationaler Interessen sehe, um so größer sei der beiderseitige Nutzen einer Zusammenarbeit. Der General warnte dabei vor Priestern, die „unter dem Einfluß eines zügellosen Antikommunismus" dem Frieden im Lande und dem, wie Jaruzelski sich ausdrückte, langfristigen Interesse der Kirche schadeten. Als Gegner einer Versöhnung stellte Jaruzelski die verbotene unabhängige Gewerkschaft „Solidarität" hin, deren Vorsitzender Lech Walesa nach einem Treffen mit im Untergrund arbeitenden Funktionären von der Polizei aufgegriffen und verhört worden war. Er steht, wie gestern bekannt wurde, wieder unter Hausarrest.

Die polnische Propaganda ist offensichtlich bemüht, den Arbeiterführer bei den Katholiken ins Zwielicht zu rücken. Die offizielle Nachrichtenagentur PAP veröffentlichte Zitate aus der Wiener Monatszeitschrift „Kritisches Christentum". Danach soll Walesa während seiner Internierung in einem auf Tonband aufgezeichneten Gespräch mit seinem Bruder Stanislaw der Kirche vorgeworfen haben, ihm in den Rücken fallen zu wollen. Sie betreibe eine Politik auf lange Sicht und opfere dafür die Gegenwart, wird Walesa zitiert. Die Kirche betreibe ihre Politik auf seine Kosten. Die Parteizeitung „Trybuna Ludu" hatte Walesa als „Primadonna einer Saison" und „Marionette" westlicher Interessen bezeichnet.

Der Kongreß der „Patriotischen Bewegung" wurde von einer großen Publizität in den vom Staat gelenkten Medien begleitet. PRON soll eine Plattform für eine „nationale Verständigung" zwischen Parteimitgliedern und Parteilosen sein. In seiner Eröffnungsansprache berief sich der katholische Schriftsteller Jan Dobranczynski, der an der Spitze dieser Bewegung steht, auf Kardinal Glemp. Der Primas der katholischen Kirche hatte die Gründung von PRON im Januar 1982 begrüßt. Später aber ist er nie wieder auf dieses Thema eingegangen. Die Mehrheit der Bevölkerung steht der neuen Organisation äußerst reserviert gegenüber.

Worms steigt in die CDU-Spitze auf

Neuorientierung in Nordrhein-Westfalen / Was wird aus Biedenkopf?

WILM HERLYN, Mülheim

Im Windschatten des Erfolgs von Helmut Kohl in Bonn will die nordrhein-westfälische CDU mit Bernhard Worms 1985 in die Landtagswahl gehen. In einer Kampfabstimmung um den Platz des Herausforderers von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) unterlag der bisherige Oppositionsführer im Landtag, Professor Kurt Biedenkopf, dem rheinischen CDU-Vorsitzenden. Für Worms scheint auch der Aufstieg in die Führungsspitze der Bundes-CDU gesichert.

Als Tagungspräsident Heinrich Windeln das Ergebnis verkündete, lastete eine Schrecksekunde über den Delegierten der Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe. Die Reihenfolge – 146 Stimmen für Biedenkopf, 162 für Worms, eine Enthaltung – war erwartet worden. Dennoch lähmte die Endgültigkeit des Ergebnisses, bedeutet sie doch eine Weichenstellung:

Die CDU an Rhein und Ruhr wird sich im engen Schulterschluß an die Bundespartei lehnen. Mit einer „Politik mit Herz und Verstand" sucht sie die Wähler zurückzugewinnen.

Die Mülheimer Abstimmung gilt als Abkehr von der Politik des Westfalen-Vorsitzenden Kurt Biedenkopf, dem die intellektuelle Problemlösung der Tagesthemen offenbar dringlicher schien als die Arbeit an der „Basis" und der einem Streit mit der Bundespartei zugunsten des eigenen Profils und zu Lasten der Geschlossenheit nicht aus dem Wege ging.

Nach dem Monate währenden personellen Streit, der die beiden Landesverbände wie die Fraktion in der Auseinandersetzung mit der regierenden SPD faktisch lähmte, sind für den Sieger Worms alle Voraussetzungen für einen erfolgreichen Start geschaffen. Durch den Verzicht Biedenkopfs auf seinen Platz im Bundespräsidium wird er sich Ende Mai in Köln auf dem Bundesparteitag um einen der Stellvertreterposten Helmut Kohls bemühen. In den nächsten Wochen übernimmt er von Biedenkopf auch die Führung der Landtagsfraktion. Dem ehemaligen Generalsekretär der Union bleibt dann nur noch der Vorsitz in Westfalen-Lippe, über den sein Landesverband am 2. Juni entscheiden wird.

In Mülheim wies Biedenkopf Signale aus Bonn, nach der erwarteten Niederlage ein hohes Amt in internationalen Organisationen – etwa der EG – zu übernehmen, schroff ab. Er wolle „diesem Land und den Menschen hier dienen".

Kohls Gratulation für seinen Freund Worms fiel herzlich aus: Beide wissen, daß die Landtagswahl 1985 in die Halbzeit der Kanzlerschaft fällt und ein Sieg der Union in Düsseldorf die Position Kohls und der Koalition stärken würde.

Seite 3: Auf Verstand gesetzt

DER KOMMENTAR

Kanäle

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Man kann davon ausgehen, daß unsere Behörden, auch die Nachrichtendienste, nichts unversucht lassen, um herauszufinden, wer die Fälschung der vorgeblichen Tagebücher Hitlers ins Werk gesetzt hat. Erst wenn das aufgeklärt ist, wird man die politische Dimension der Affäre erkennen können.

Eigentlich sollte es aber solcher Anstrengungen der Nachrichtendienste nicht bedürfen. Denn der „Stern" ist, wie er erklärt, Betrügern aufgesessen, und für Betrüger kann es keinen journalistischen Quellenschutz geben. Das räumt auch Nannen ein.

Nannen hat außerdem klargestellt, daß die gefälschten Tagebücher nicht aus „rechtsradikalen Kreisen" gekommen sind. Wenn das die Wahrheit ist, dann verdichtet sich die Vermutung, diese skrupellose Desinformatia sei in der „DDR" gestartet worden, nahezu schon zur Gewißheit.

Dafür gibt es zumindest drei Indizien:

1. Einem der Autoren der „Stern"-Serie, Walde, hat das Bundesverteidigungsministerium eine einschlägige Verbindung zum „DDR"-Ministerium für Staatssicherheit zugeschrieben, die schon drei Jahre alt zu sein scheint.

2. Wie die „Sunday Times" berichtet, hat die Frau des düpierten „Stern"-Reporters Heidemann die Quelle mit den Worten beschrieben, die gefälschten Tagebücher seien von höchster Stelle aus der „DDR" gekommen.

3. Nannen gibt zu, daß ein Teil der Bücher sich in der „DDR" befand; deshalb sei ein Teil dieser „Dinge" aus der „DDR" geholt worden.

Die Affäre hätte wenigstens einen Nutzen, wenn es jetzt gelänge, die Kanäle zu stopfen, durch die Ost-Berlin seit Jahr und Tag Desinformationen in die westdeutschen Medien schleust. Wenn nicht alles täuscht, dann hatte die Fälschung der Tagebücher Hitlers den Sinn, in der Bundesrepublik Deutschland eine leidenschaftliche Diskussion darüber zu entfachen, daß Hitler so schlimm gar nicht gewesen sei. Die kalkulierte Folge sollte wohl sein, die Bundesrepublik gegenüber der Weltöffentlichkeit, besonders aber gegenüber den Juden in Amerika und in Israel, in Verruf zu bringen – ein teuflischer Plan, das von Adenauer mit der Wiedergutmachung begonnene Werk der allmählichen Aussöhnung zu torpedieren.

SPD-Votum gegen die Nachrüstung

dpa/DW. Bonn

Die Gegner der NATO-Nachrüstung in der SPD haben einen weiteren parteiinternen Sieg errungen: Der Parteitag des Bezirks Mittelrhein stimmte in Heinsberg einem Antrag zu, nach dem es zum jetzigen Zeitpunkt für erforderlich gehalten wird, „daß die gesamte SPD den Nachrüstungsplänen mit einem klaren und eindeutigen Nein gegenübertritt". Der Antrag wurde entgegen einem Votum der Antragsfraktion angenommen. Mehrere Redner, die dafür plädierten, einen solchen endgültigen Beschluß aufgrund der Entwicklungen der Genfer Verhandlungen erst auf einem Sonderparteitag des Bezirks im Herbst zu fassen, blieben deutlich in der Minderheit.

Die Delegierten forderten, Aufgabe der SPD sei es, „jetzt mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen zu verhindern". Das könne auch die Aufforderung „zur Teilnahme an Aktionen gewaltfreien Widerstands gegen die Stationierung" bedeuten. „Sozialdemokraten und Friedensbewegung müssen es gemeinsam schaffen, die Bedingungen für eine friedliche Koexistenz der Völker" zu verbessern.

Der SPD-Vorsitzende Brandt trat in den „Westfälischen Nachrichten" für eine „Freeze"-Resolution des Bundestages ein. Das amerikanische Repräsentantenhaus hatte ein „sofortiges, beiderseitiges und verifizierbares Einfrieren" der atomaren Rüstung verlangt. Brandt äußerte Verständnis für den Wunsch der Sowjetunion, britische und französische Raketen in die Abrüstungsgespräche einzubeziehen.

CSU: Klarheit im Verhältnis zu Ost-Berlin

dpa, Bonn

Einen Verzicht auf die Begriffe „Kontinuität" und „Wende" in der Deutschlandpolitik hat der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner, gefordert.

Der CSU-Politiker erklärte auf dem Kongreß der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der Union in Bonn, an die Stelle beider Begriffe sollten konkrete Forderungen gesetzt werden. Auf diese Weise werde auch innerhalb der Koalition eine schnelle Einigung über den deutschlandpolitischen Kurs möglich. „Das schließt deutliche neue Akzentuierungen, gegebenenfalls auch Meinungsunterschiede in der Koalition bei bestimmten Punkten nicht aus. Aber diese können dann in aller Offenheit bereinigt werden und gehen nicht an die Substanz der neuen Regierungsmehrheit."

Lintner führte den jüngsten Streit zwischen CSU und FDP auf die Verwendung mehrdeutiger Begriffe zurück, die falsche Vorstellungen vermittelten. Die FDP habe den Begriff Kontinuität in einer Art definiert und verwendet, wie sie für die Union nicht akzeptabel sei. „Sie hat nämlich, teils offen, teils zwischen den Zeilen, damit die bloße Fortsetzung der Deutschland- und Ostpolitik der Regierungen der sozial-liberalen Koalition propagiert und darauf gehofft, daß die Union sich auf diese Art und Weise auf diesen Kurs würde festlegen lassen. Das ist mit Recht verhindert worden." Der Begriff der Wende habe bei Anhängern der Union sowie in der Bevölkerung einen viel zu hohen Erwartungshorizont aufgebaut.

Schweden: Rätselraten über Haltung Moskaus

Suche nach fremden U-Booten verstärkt

R. GATERMANN, Stockholm

Die Jagd nach fremden U-Booten vor der nordschwedischen Stadt Sundsvall hat ein Ausmaß erreicht, das sich am Wochenende streckenweise nicht mehr sehr von einem Kriegszustand unterschied. Am Samstag wurden nach Angaben des Kommandos der Seestreitkräfte „mehr als zehn" Wasserbomben eingesetzt. Gleichzeitig wurde ein größeres Gebiet für die Zivilbevölkerung gesperrt.

Das Marinekommando ist weiterhin überzeugt davon, daß sich in der Sundsvall-Bucht mehrere fremde U-Boote aufhalten. Wahrscheinlich sind es zwei Kleinst-U-Boote und ihr Mutterschiff. Die Sprengung der beiden Minen Mitte der Woche hat bisher kein sichtbares Resultat gezeigt, was die Militärs aber offenbar nicht überrascht. Die Taucher hätten bisher lediglich das Gebiet in unmittelbarer Nähe der Minensperre untersucht. Inzwischen ist die Suche erheblich ausgeweitet worden.

Die Wasserbomben wurden von Patrouillenbooten abgeworfen, nachdem Hubschrauberbesatzungen glaubten, ein U-Boot ausgemacht zu haben. Am Samstag wurde darüber hinaus gemeldet, daß ein Kleinst-U-Boot vermutlich versucht habe, eine Sperre zu überwinden. Keinen Kommentar gab es seitens der Militärs zu der Beobachtung von etwa 20 Personen, gegen Abend ein Periskop gesehen zu haben.

In Schweden wird intensiv darüber diskutiert, warum die Sowjetunion die unerwünschten Besuche ihrer U-Boote in Schweden nicht einstellt. In der Debatte zeichnen sich zwei Hauptargumente ab. Zum einen heißt es, in der schwerfälligen sowjetischen Bürokratie sei unter Umständen eine Anweisung des Kremls, diese Spionagefahrten zu stoppen, noch nicht bis zu den entsprechenden Stellen durchgedrungen, zum anderen wird auf die starke Position des Militärs gegenüber den Politikern verwiesen, die möglicherweise die Anordnungen der Staatsführung ignorieren.

Die „New York Times", die sich auf Geheimdienstquellen beruft, mutmaßte, die nordeuropäischen Staaten und insbesondere Schweden würden von der sowjetischen Marine auf ihre Abwehrbereitschaft geprüft.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Post für Andropow

Von Fritz Wirth

Außenseiter tun im Wahlkampf zuweilen verzweifelte Dinge. Die britische Labour Party geht, wie sie am Wochenende selbst zugab, als Außenseiter in die kommende Unterhauswahl. In ihrer Verzweiflung sandte sie in der letzten Woche einen Brief an den Kreml. Die zu erwartende Antwort soll – so hofft sie – etwas zum Vorzeigen im Wahlkampf sein.

In diesem Brief erbittet die Labour Party vom Kreml Auskunft, ob die Sowjets bereit seien, ihr eigenes Nuklear-Arsenal um die gleiche Anzahl von Raketen und Gefechtsköpfen zu reduzieren, wenn eine künftige Labour-Regierung das eigene Polaris-Arsenal aufgibt und verschrottet.

Die Antwort der Sowjets liegt noch nicht vor. Man darf jedoch erwarten, daß sie wohlwollend ausfallen wird. Der Kreml, dessen Verhältnis zur Regierung Thatcher seit Jahren mit beiderseitiger diplomatischer Sprachlosigkeit beschrieben werden kann, ist zweifellos an einem Wahlsieg des nuklearen Abrüstungs-Feldzüglers Michael Foot interessiert.

Das Besondere am von der Labour Party nun erbetenen Gegenangebot der Sowjets ist nur, daß sie vor einem halben Jahr auf ihrem Parteitag in Blackpool bereits das gesamte britische Nuklearpotential preis- und ersatzlos zur Verschrottung preisgegeben hatte. Nun, nachdem die Sowjets darauf beharren, das britische und französische Raketenpotential in die Genfer Verhandlungen mit einzubringen, sieht Labour plötzlich eine Chance, sich nachträglich für ihr eigenes einseitiges Abrüstungskonzept einen Preis zu holen und damit im Wahlkampf hausieren zu gehen.

Ein schlechter Handel bleibt es dennoch, denn hier opfert eine Nation ihr gesamtes strategisches Raketenlager gegen ein paar hundert taktische Nuklearraketen der Sowjets, die sie ohnehin im Überfluß haben. Ein britisches Raketenpotential im übrigen, das die gleiche Labour Party unter Führung von James Callaghan und Michael Foot in Regierungszeiten vor sechs Jahren klammheimlich zum Preis von einer Milliarde Pfund modernisieren ließ, damit es bis in die neunziger Jahre ein wirksamer britischer Atomschild bleibe.

Ein Akt nuklearer Aufrüstung also. Und das macht diese Wahlaktion so peinlich: Hier gesellt sich zur neuentdeckten einseitigen Atomabrüstung peinliche einseitige Gedächtnisschwäche.

Besucher, nicht Versucher

Von Carl Gustaf Ströhm

Anders als der seinerzeit aufsehenerregende Besuch des damaligen chinesischen Parteichefs Hua Guofeng vor fünf Jahren läßt sich diesmal die Reise seines Nachfolgers Hu Yaobang nach Rumänien und Jugoslawien an. Die internationale Position Bukarests wie Belgrads ist aufgrund verschiedener Umstände – Titos Tod oder auch die schwere Wirtschaftskrise in beiden Ländern – inzwischen nicht besser, sondern eher problematischer geworden.

Die Chinesen ihrerseits haben offenbar kein besonderes Interesse mehr, die „revisionistischen", von Moskau unabhängigen Kommunisten Südosteuropas in ihrem Widerstand gegen die Sowjetunion besonders zu ermuntern. Hu Yaobang sprach in Bukarest von der Wiederherstellung der Einheit der kommunistischen Staaten und „dankte" den Rumänen für ihre Mittlerdienste zwischen Peking und Moskau.

Dies ist allerdings ein seltsamer Dank: Denn die rumänische Position gegenüber dem Kreml ist heute prekärer denn je. Das Ceausescu-Regime hat nicht nur die sowjetische These von der „Diktatur des Proletariats" öffentlich verworfen, es lehnt auch Moskaus Formel vom „realen Sozialismus" ab. Bukarest hält auch an seinem Anspruch auf das der UdSSR eingegliederte Bessarabien fest.

Werden die Chinesen, die in früheren Jahren Ceausescu in seinem Widerstand gegen Moskau zu ermuntern pflegten, ihrem Gastgeber jetzt zu bremsen versuchen? An der Pekinger Politik hat sich zumindest methodisch einiges geändert.

Schmidt und die Zaren

Von Enno v. Loewenstern

Helmut Schmidt hat sich schon einige Male als Historiker versucht. Die Folgen sind in die Geschichte eingegangen – denjenigen Teil der Geschichte, der dem weiland Professor Galletti („sie rissen ihm das Herz aus der Brust, schlugen es ihm um die Ohren und ließen ihn laufen") einen Ehrenplatz einräumt. Unvergessen ist beispielsweise Schmidts französische Chronologie: die Revolution 1789, dann Napoleon, dann Ludwig XVI. (erst nach Hinweis aus der Öffentlichkeit im Regierungsbulletin geändert in „Ludwig XVIII".).

Auf ähnlichem Niveau, aber politisch viel ärgerlicher, ist die jüngste Glanzleistung, mit der er sich in der „Zeit" als neuer Mitherausgeber einführte:

„Rußland war und ist eine expansionistische Macht – ob unter den Zaren oder unter den Kommunisten. Sie bedarf des entschlossenen Gegengewichts – in Zukunft ebenso wie bisher."

Der Satz ist in zweifacher Hinsicht richtig, und darum doppelt falsch. Rußland ist in der Tat heute eine expansionistische Macht, die des entschlossenen Gegengewichts bedarf. Rußland war auch schon unter den Zaren expansionistisch.

Und in der Richtigkeit dieses Teils liegt der Unfug. Rußland war früher einmal so expansionistisch wie Deutschland, England, Frankreich, Spanien, Portugal, Polen, Italien, Schweden, Dänemark, die Türkei, China, Japan, die Azteken und die Inka, von Römern und Griechen, Hethitern, Assyrern und Ägyptern, Arabern und Bantu gar nicht zu reden.

Inzwischen ist der Expansionismus aus der Mode gekommen, Selbstbestimmung und Zusammenarbeit haben ihn ersetzt. Nur da und dort gibt es rechtlose Regime, die auf Raub ausziehen. Ihnen muß man entgegentreten; daß Schmidt dafür ist, ehrt ihn – aber der quasirassistische Bezug auf Rußland und damit „die" Russen (zur Abwechslung; sonst sind es „die" Deutschen oder neuerdings „die" Amerikaner) ist unerträglich.



„Die Geschichte können Sie mir nicht anhängen, Nannen!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Gratwanderung

Von Dorothee Wilms

Die Entwicklung der Studienanfänger- und der Studentenzahlen bereitet wachsende Sorgen: 1982 lag die Zahl der Studienanfänger bei 225 000, die Gesamtzahl aller Studenten an den wissenschaftlichen und an den Fachhochschulen der Bundesrepublik Deutschland stieg erstmals auf über 1,2 Millionen an.

Die Prognosen lassen eine weitere, nicht unerhebliche Steigerung der Zahlen erwarten. Gleichzeitig sieht sich eine wachsende Zahl von Hochschulabsolventen vor bisher nicht bekannte Arbeitsmarktprobleme gestellt. Von daher wird häufig die Frage nach der Zweckmäßigkeit vermehrter Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen gestellt.

Auch im Hochschulbereich spielt die demographische Entwicklung eine entscheidende Rolle: 1960 wurden 960 000 Geburten registriert, 1966 gar 1 050 000 Geburten, aber 1978 nur noch 576 000 Geburten, das sind rd. 55 Prozent weniger gegenüber 1966. Diese Schwankungen der Geburtsjahrgänge stellen zunächst die Bildungspolitik, später, und in sehr verschobenen zeitlichen Rhythmen, auch die Beschäftigungspolitik vor schwierige Aufgaben.

Neben der Entwicklung der Geburtsjahrgänge hat sich in den letzten 20 Jahren aber auch das Bildungsverhalten der Bevölkerung drastisch verändert. Während 1960 rd. 7,3 Prozent eines Altersjahrganges die Hochschulreife erwarben, waren dies 1981 bereits 23,8 Prozent. In dieser Entwicklung spiegeln sich mehrere Faktoren wider: Zum einen der Wunsch der Eltern, ihren Kindern einen möglichst guten Bildungsabschluß zu geben in der Erwartung, das Hochschulexamen sei der Bildungsabschluß mit der größten wirtschaftlichen Sicherheit; zum anderen die intensive Bildungswerbung der frühen 60er Jahre mit einer einseitig auf Schule und Hochschule ausgerichteten Bildungspolitik.

Das Hochschulsystem ist überlastet, obwohl es in den vergangenen Jahren mit erheblichen sachlichen und personellen Investitionen etwa um einen Faktor vier ausgebaut wurde. Gerade wegen der hohen Investitionskosten konnte die Hochschulplanung aber nicht auf den sogenannten „Studentenberg" der geburtenstarken Jahrgänge abgestellt werden, sondern mußte im Hinblick auf die Nutzungsdauer von Hochschulbauten bereits diejenige Phase ins Auge fassen, in der die Studentenzahlen wieder zurückgehen; das bedeutet, 850 000 Studienplätze waren und sind eingeplant. Die gegenwärtige Überlast im Hochschulbereich war also eingeplant.

Parallel sinken die Beschäftigungschancen für Hochschulabsolventen in drastischer Weise. Es besteht weder in der Wirtschaft noch im öffentlichen Dienst ein wesentlicher Zusatzbedarf mehr, gleichzeitig ist der Ersatzbedarf auf längere Zeit unterdurchschnittlich.

Bildungspolitischer Grundsatz muß sein, jedem Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen. Im Interesse der Abiturienten aus den geburtenstarken Jahrgängen müssen wir uns daher für das Offenhalten der Hochschulen einsetzen. Die Bundesregierung ist deshalb bemüht, daß der Numerus clausus nicht ausgeweitet wird, denn die Alternative „Weitere Zulassungsbeschränkung" der Hochschulen wäre im Augenblick höchst problematisch:

- Eine Reduktion der Studienanfängerzahlen würde zur Folge haben, daß die abgelehnten Studienbewerber nach anderen Ausbildungsmöglichkeiten in der betrieblichen Ausbildung suchen. Quantitativ stehen solche Ausbildungsmöglichkeiten derzeit nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung;
- Zulassungsbeschränkungen, die zu einer Senkung der bisherigen Zulassungszahlen führen, sind keineswegs ohne weiteres möglich. Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt nachdrücklich betont, daß über Zulassungsbeschränkungen eine Berufslenkung nicht erfolgen darf.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich einige Leitlinien für die nahe Zukunft:

Alle Bildungswege müssen offengehalten werden, auch die der Hochschulen, solange diese Politik des Offenhaltens der Hochschulen nicht zu einer spürbaren Beeinträchtigung der Qualität der Lehre und Forschung führt. Die Erhaltung der Mindestqualität ist die äußerste Grenze für die Belastbarkeit der Hochschulen.

Gleichzeitig müssen die Studienbewerber stärker als in der Vergangenheit durch Information und Beratung darauf vorbereitet werden, daß das Studium keine Garantie für einen bestimmten Arbeitsplatz, unter den gegebenen Umständen auch keine Garantie für einen Arbeitsplatz überhaupt gewährt.

Sobald die Beanspruchung des beruflichen Bildungssystems durch die Haupt- und Realschulabgänger – etwa ab 1985 – nachläßt, muß für die sich hier bietenden Ausbildungsmöglichkeiten bei Abiturienten stärker geworben werden. Dies wird jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn die Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für Absolventen des beruflichen Bildungssystems erweitert werden.

Im Hochschulbereich selbst müssen Kapazitäten in denjenigen Studienbereichen, in denen die Berufsaussichten für die Hochschulabsolventen sehr schlecht sind, im Rahmen des Möglichen dorthin verlagert werden, wo die Berufsaussichten relativ günstiger sind. Die Inhalte des Hochschulstudiums in Fächern, die gegenwärtig auf enge Berufsbilder ausgerichtet sind (z. B. Lehramtsfächer), müssen so rasch wie möglich in einer Weise reformiert werden, die den Absolventen größere berufliche Flexibilität bietet. Gleichzeitig sind Möglichkeiten der Umwidmung von Hochschulkapazitäten in Studiengänge, die größere Arbeitsmarktchancen versprechen, intensiv zu nutzen.

Die Politik des Offenhaltens der Hochschulen ist angesichts dieser Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren eine Gratwanderung, für die es aber keine Alternativen gibt.

GAST-KOMMENTAR



Alle Bildungswege offenhalten: Dr. Dorothee Wilms, Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft FOTO: JUPP DARCHINGER

IM GESPRÄCH Günther Zade

Professor und Kapitän

Von Winfried Wessendorf

Bremen ist um eine Persönlichkeit ärmer geworden. Der Chef der renommierten Hochschule für Nautik, der Professor und Kapitän Günther Zade (46), hat die Wesermetropole verlassen, um als 1. Vize-Rektor der Weltschiffahrtsuniversität (World Maritime University) im schwedischen Malmö zu dienen. Dort ist er auf eine ganz spezielle Weise für die Entwicklungshilfe tätig.

Zum Leiter der Abteilung Nautische Wissenschaften der internationalen Institution berufen, wird Günther Zade fortsetzen, was 15 Jahre lang in Bremen Aktivitäten und Engagement bestimmte: qualifizierte Ausbildung von Schiffsoffizieren und allen an Binnen- und Seeschiffahrt beteiligten Personen und Dienstleistungsunternehmen.

Die Weltschiffahrtsuniversität bietet dem Mann mit Weitblick und weltweiten Kontakten nun die Möglichkeit, international zu wirken, indem er Nautikstudenten aus Entwicklungsländern in die moderne Technologie des Seeverkehrs und der Hafenwirtschaft einführt. Die Anforderungen der Internationalen Schiffahrtsorganisation IMO, einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen, sind Basis für Theorie und Praxis. So bauen die Studiengänge auf den internationalen IMO-Konventionen zur Schiffssicherheit, Seestraßenordnung und Verhütung von Umweltverschmutzung durch Schiffe auf. In einer zweijährigen postgradualen Ausbildung vermitteln sie Führungskräften für Verwaltung, Sicherheit und maritime Ausbildungsstätten die notwendigen Kenntnisse.

Lehrtätigkeit und Verwaltung bewältigt der Kapitän auf Trockenkurs hanseatisch-zurückhaltend, mit trockenem Humor. Vor der von Stolz und Bedauern begleiteten offiziellen Verabschiedung durch den Bremer Wissenschaftssenator Horst-Werner Franke, hatte Günther Zade kritisch eine Zusammenlegung der Hochschulbereiche Bremens kommentiert. Vier Fachbereiche waren konzentriert worden zur Hochschule Bremen, in der die Nautik nur noch einen Bereich darstellt. Zade fand das Tempo, in dem die Zentralisierung erfolgte, viel zu hoch. Seiner Meinung nach hätte sie schrittweise erfolgen sollen: „Dann wäre es leichter gewesen, Unpraktikables wieder abzuschaffen. So kämpft jeder Fachbereich für sich allein."

Wenig Verständnis hat der Inhaber zahlreicher fachbezogener Ehrenämter – die er im übrigen beibehalten wird – für Beamtenmentalität. Wer Erfolg haben wolle, müsse ständig präsent sein. So scheiterte nach Zades Kenntnissen der Verkauf eines Schiffssimulators nach Fernost daran, daß sich die Unterhändler des Bremer Herstellers von Marinetechnik lieber zu Hause unter den Weihnachtsbaum setzten, als beim Kunden vor Ort Tee zu trinken und zu verhandeln.



Kurs auf die Dritte Welt: Günther Zade FOTO: DIE WELT

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Hier heißt es über die nun feststehende Fälschung der sogenannten Hitler-Tagebücher:

Schadenfreude darüber, daß der anmaßende „Stern" einer plumpen Fälschung aufgesessen ist, kann nicht das letzte Wort sein. Die Hintergründe der Fälschung bedürfen der dringenden Aufklärung. Wer steckt dahinter? Welche Kräfte hatten ein Interesse daran, daß die Biographie Hitlers in einem freundlicheren Licht erscheinen sollte? Es genügt nicht, wenn sich „Stern"-Altmatador Henri Nannen an die Brust schlägt und sagt, das Magazin schäme sich vor seinen Lesern. Der „Stern" muß jetzt Roß und Reiter, nämlich seine vergiftete Quelle, beim Namen nennen.

Daily Mail

Das Londoner Blatt fragt nach den Motiven jener, die dem „Stern" die Fälschung zugespielt haben:

Außer den zwei Millionen Pfund, die der „Stern" für die freche Fälschung gezahlt hat, was für Motive könnten noch dahinterstecken, daß ein Betrüger so einen riesigen Schwindel unternimmt? ... Wäre die „DDR" der Fälscher, dann – so glauben westdeutsche Kommentatoren – könnte ihr Ziel die Schaffung von Zwist zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten sein, indem man „Hitler" Gelegenheit zur Darstellung seiner Versuche, den Krieg zu beenden, gibt und gleichzeitig von anglo-amerikanischer Zurückweisung der Friedensvorschläge spricht. Andere glauben, daß hinter der Fälschung Neonazis stecken, die Hitler ein besseres Image verschaffen wollen. Worauf sie auch immer gerichtet gewesen sein mögen – die Tagebücher haben zweifellos im Jahre 1983 einige gute Reputationen beschädigt.

MAIL ON SUNDAY

Die britische Sonntagszeitung merkt zu den leichtfertigen Echtheitszeugnissen für die Hitler-Tagebücher an:

Eine der unterhaltsamsten Zeitungsstories der vergangenen Wochen war sicherlich die hastige Echtheitserklärung für die angeblichen Hitler-Tagebücher durch den Historiker Lord Dacre (Hughes Trevor-Roper) ... Das war wirklich ein pikanter Schicksalsschlag! Was für ein beeindruckender Sinneswandel! Und was für ein Spaß! Zweifellos ist es bedauerlich, sich über den Anblick zu freuen, wie Gelehrte, Tugendhafte und Berühmte auf einer Bananenschale ausrutschen. Aber man müßte schon ein Herz aus Stein haben, um sich kein Lächeln abringen zu können.

SUNDAY TELEGRAPH

Die Zeitung aus London schreibt zum Plan für einen Truppenabzug aus Libanon:

Die „prinzipielle" Annahme des amerikanischen Planes für einen allgemeinen israelischen Truppenrückzug aus Libanon ist sicherlich ein wichtiger erster Schritt in Richtung auf die Wiederherstellung von Frieden und Würde in jenem vom Kriege zerrissenen und vielfach gedemütigten Land. Doch außer den nicht näher erläuterten „Klarstellungen", die Israel verlangt hat, gibt es noch mehr Hindernisse auszuräumen, bevor der Pfad zu einer allgemeinen Lösung in der Region frei ist. Der syrische Präsident Assad muß zum Rückzug seiner Besatzungsarmee überredet werden.

WASHINGTON POST

Das Blatt schreibt über die ersten Ergebnisse der Nahost-Mission von US-Außenminister Shultz:

US-Außenminister Shultz hat der Reagan-Regierung vielleicht ihren bisher größten diplomatischen Erfolg beschert. Als Ergebnis seiner jüngsten Nahost-Mission hat Libanon „im Prinzip" die noch geheimen Vertragsbestimmungen akzeptiert, nach denen Israel bereit ist, seine Truppen aus Libanon abzuziehen. Die „zusätzlichen Erläuterungen", die Israel fordert, stellen nach Meinung von Shultz „keine Probleme dar". Libanon mußte einerseits zwischen den Forderungen Israels taktieren und andererseits der Erkenntnis, daß zu weitreichende Kompromisse es verletzbar machen würde, sowohl gegenüber Fraktionen im eigenen Land als auch gegenüber den arabischen Nachbarstaaten. Israel seinerseits mußte sich entscheiden, ob es sich langfristig für eine Position der Stärke im südlichen Libanon festlegen soll oder ob es dem Vertragswerk einer Regierung zustimmen soll, die es aus einer Position der Schwäche heraus vielleicht nicht verwirklichen kann.

Norbert Blüm oder Welch ein Job in dieser Zeit!

Auf den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wartet eine Herkulesaufgabe / Von Albert Müller

Das ist die Ausgangsfrage: Wo kann Norbert Blüm mehr sparen, bei den Alten oder bei den Kranken? Die Öffentlichkeit kennt diesen Minister nicht als Herkules, sondern als Entertainer. Es mag sein, daß ihm die Schwere der Aufgabe erst bewußt wurde, als er schon im Amte war. Immerhin ist er der erste Arbeitsminister, der nichts zu verteilen, sondern nur wegzunehmen, umzuschichten, aufzulasten hat. Jeder seiner Vorgänger hatte es leichter. Doch ist noch nicht ausgeschlossen, daß er sie alle an Einfallsreichtum und Zivilcourage übertrifft.

Einstweilen wird sichtbar, daß Blüm bei der Rentenversicherung kräftig zupacken will, in der Krankenversicherung aber Zurückhaltung übt. Diesem zweiten großen Versicherungszweig droht nie eine Liquiditätskrise, weil er ohne Bundeszuschuß funktioniert. Geld kann er sich immer beschaffen. Wollte man Sparen hier erzwingen, man müßte das System ändern. Aber an solchem Versuch ist schon Theodor Blank unter Adenauer, im Besitze absoluter Mehrheit, gescheitert.

Die Rentner sind zwar sehr zahlreich, sie haben aber keine Lobby. Auch fühlen sich Politiker, wenn gerechnet werden muß, noch halbwegs kompetent. Was aber Krankheit sei, weiß man nicht so genau, es irritiert die immense Subjektivität, die in der Sache steckt; während in der Rentenversicherung die Dringlichkeit des Handlungsbedarfs mit Ziffern zutage liegt.

Gleichwohl macht es sicher auch Blüm keine Freude, gerade den 13 Millionen Rentnern, die sich nicht wehren können, mit Abstrichen zu kommen und ihnen weitere anzukündigen. Sie könnten schließlich meinen, daß sie mehr beanspruchten, als ihnen zustehe. Doch für das Wort vom Anspruchsdenken ist hier wenig Platz. Es waren allein die Politiker, die erst gaben, wie sie jetzt nehmen. Und bis 1972, als ihre Freigebigkeit bedenkenlos wurde, war die Rentenreform (1957) kein Sündenfall, sondern auch im internationalen Urteil die größte sozialpolitische Leistung der Bundesrepublik.

Freude kann Rentenrückschnitt auch schon deshalb nicht machen, weil er Menschen trifft, die mit Krieg, Nachkrieg und Wiederaufbau ein unvergleichbar schweres Schicksal hinter sich haben. Diese Generation schuf den Wohlstand, aber ihre Verluste an Lebensqualität sind nicht zu entschädigen. Im Genuß heutiger Einkommen und Arbeitszeiten mag das mancher übersehen.

Indessen, gerade um der Rentner willen muß die Rentenversicherung zahlungsfähig bleiben. Dabei ist nicht nur Erfolg gegen Arbeitslosigkeit zu unterstellen, sondern es ist auch eine gravierende Nicht-Variable im Spiel: der Schwund an Beitragszahlern infolge der Kinderarmut, die mit dem Wohlstand kam. Zunächst kann man Norbert Blüm nur Glück wünschen beim Kampf für Harmonisierung und gegen Überversorgung, besonders im öffentlichen Dienst. Schon dafür brauchte man einen Herkules.

Mächtiger sind die Gegenkräfte in der Krankenversicherung. Diese Sparte hat eine viel größere Kostenelastizität, eben wegen ihrer subjektiven Seiten. Spitzensprecher der Krankenkassen äußerten unlängst, die Kostenexplosion der letzten zwölf Jahre habe, aufs Ganze gesehen, keinen ersichtlichen Gewinn für die Gesundheit gebracht. Bei gehöriger Differenzierung könnte man das auch für die Zukunft annehmen, soweit nämlich Kostensteigerungen dazu bestimmt sein sollen, Überkapazitäten des Medizinbetriebs zu konservieren.

Weder die erstaunliche Kriminalisierung am Rande dieses Medizinbetriebs (Rezept- und Krankenscheinschwindel), noch die seit acht Jahren erkennbare und jetzt verwirrend diskutierte Ärzteschwemme, noch der hilflos beklagte Qualitätsschwund in der medizinischen Ausbildung, noch offenkundige Sparmöglichkeiten im wettbewerbsscheuen pharmazeutischen Bereich bewegen irgendetwas in Richtung auf eine Änderung dieses Systems unrealistischer Vertrauensseligkeit.

Ja, es mehren sich die Stimmen von Interessenten gegen Ökonomie im Gesundheitswesen, die sie als „schematisches Budgetdenken" diskreditieren. Fast entsteht der Eindruck, daß zur Erfüllung aller Umsatzwünsche der rivalisierenden Gruppen des Medizinbetriebs nur eines fehlt: das ausreichende Wachstum der Zahl von Patienten. Aber nimmt ihre Zahl nicht ab? Vor allem die Ersatzkassen avisieren Senkung der Beitragssätze. Allerdings steigt weiterhin Jahr für Jahr die Beitragsbemessungsgrenze. Auch wird man die vom Kranksein abhaltende Wirkung der Angst um den Arbeitsplatz bedenken müssen.

Trotz allem, gemessen an abgerechneten „Gesundheitsleistungen", schwankt die Morbidität. Kostenfreie Selbsthilfe könnte modern werden. Der Übermedikalisierung ließe sich Schritt für Schritt entgegentreten – wenn, es diesem Arbeitsminister gelingen sollte, unerschrocken und mit Glück zu fechten. Sinken die Beiträge in der Krankenversicherung auf Dauer, dann hätte Blüm auch in der Rentenversicherung einen leichteren Stand.

Der Professor setzte auf Verstand und vergaß das Herz

Von WILM HERLYN

Herrenrunde im feinsten Raum des „Jagdschlößchen" zu Ascheberg. Eine Schar Journalisten, handverlesen, ein hochkarätiger Politiker im Hintergrundgespräch bei „Gespicktem Rehrücken Allgäuer Art" und „Flambierten Kirschen mit Rotwein und Kirschwasser, Eis und Sahne". Zwischen den Gängen des erlesenen Mahles erscheint Josef Porkristl, Maître de la cuisine. Er erwartet – wie in besseren Häusern üblich – ein lobendes Wort für seine Mühe. Der Gastgeber, des Herrn mit der hohen weißen Mütze ansichtig: „Lassen Sie abräumen und weiter zügig abwickeln."

Diese Szene, die sich vor gut anderthalb Jahren beim traditionellen westfälischen „Ascheberger Gesprächskreis" abspielte, ist so recht typisch für Kurt Hans Biedenkopf. „Effizienz" ist ihm eine Maxime, die menschliche Geste kommt zu kurz. Und ausgerechnet jetzt, wo er begreift, daß Politik nicht nur errechenbares Verhalten, Normen und Ideologie bedeutet, sondern Zuwendung und auch Wärme, ausgerechnet jetzt sagt sich die Partei von ihm los und wählt den Rheinländer Bernhard Worms zum Spitzenkandidaten der Union.

Dieser Partei ist er zugeflogen wie ein bunter, seltener Paradiesvogel. In einer Zeit, in der die CDU darniederlag, sich nach der für sie bitteren und katastrophalen Wahlniederlage von 1972 kaum jemand für sie zu interessieren schien, wandte sich ihr ein Mann zu mit allen Etiketten des Erfolgreichen.

Der Sohn eines Chefingenieurs bei IG Farben bestand das Abitur mit einem glänzenden Notendurchschnitt von 1,55. Es folgte ein Politikwissenschaftsstudium mit Stipendium in Davidson/North Carolina. Danach Jura-Studium in München und Frankfurt, dann Habilitation über „Grenzen der Tarifautonomie".

Schon früh wußte Biedenkopf, wie er sein Leben gestalten wollte: „Zehn Jahre Wissenschaft, zehn Jahre Wirtschaft, zehn Jahre Politik" – aber immer als Primus.

Den ersten Teil schaffte er nach Plan: Mit 34 Jahren Professor – in Bochum lehrte er Handels-, Wirtschafts- und Arbeitsrecht – und wird mit 37 Jahren Rektor, der jüngste in Deutschland. Die Verfassung der Ruhr-Universität trägt seine Handschrift – und er schaffte das ohne Drittelparitäten, damals allüberall der magische Schlüssel für Mitwirkungsmodelle. Kein Wunder, daß er Vorsitzender der von der Bundesregierung eingesetzten Mitbestimmungskommission wurde, die das „Biedenkopf-Gutachten" 1970 vorlegte – später Grundlage des Mitbestimmungsgesetzes.

Auf dem Höhepunkt seiner wissenschaftlichen Karriere angelangt beschloß er mit 40 Jahren, „in der Praxis zu vollziehen, was ich bisher gelehrt habe." Er stieg beim Düsseldorfer Henkel-Konzern ein.

Doch nach zwei Jahren gab er auf. Denn ihm wurde bewußt, daß er in dem Familienunternehmen nie Primus werden konnte. Zudem war die Kluft zwischen Theorie und Praxis doch größer, als er sich das vorgestellt hatte. So kam ihm wohl das Angebot des gerade gewählten CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl wie gerufen. Als Generalsekretär der Union wollte er nicht nur „Organisator und Administrator" sondern „auch Initiator, Beweger, Anreger innerhalb der Parteiorganisation" sein.

Der „kleine General", wie er wegen seines napoleonischen Wuchses genannt wurde, glänzte und imponierte durch Analysen und Konzepte. Binnen kurzem brachte er die in der Ära nach Adenauer unbeweglich gewordene Partei, die sich in Flügel aufzulösen drohte, auf Trab und gab ihr programmatischen Schwung. Dem verfetteten Apparat verordnete er eine Schlankheitskur, machte ihn schlagkräftig und begann mit einer furiosen Mitgliederwerbung. Biedenkopf wurde zum Vordenker der Union.

Aber in dieser Zeit offenbarte er auch einen anderen Wesenszug: So wie ihn jede Treppe animiert, die Stufen im Laufschritt zu nehmen, so hastete er von einem zum anderen Thema. Er setzte 25 Schwerpunkte, wo andere drei oder vier erst einmal aufarbeiten und abhaken möchten.

Der sprunghafte Tausendsassa geriet zudem in die Zwickmühle, mehr sein zu wollen als nur Sekretär und Diener seiner Partei: nämlich General, Primus wieder, und Politiker.

Kühl bastelt er an der Parteikarriere, stößt Rainer Barzel im Verein mit dem Westfalen-Chef Heinrich Windelen und dem Rheinland-Vorsitzenden Heinrich Köppler von Platz 1 der nordrhein-westfälischen Liste zur Bundestagswahl 1976, läßt sich in Bochum aufstellen und bläst mit der Filzokratie-Debatte ein gewaltiges Feuer an. Es brennt zur Lohe auf und verglimmt rasch: Der Nachschub fehlt, die hieb- und stichfesten Argumente, die Belege für den Filz von SPD und Gewerkschaften, um die jedermann weiß, der aber bewiesen werden muß. Für diese mühselige Kärrnerarbeit ist sich Biedenkopf zu schade, ihm genügt es, das Feuer gelegt zu haben. Sollen doch die anderen sehen, daß es weiter Nahrung hat.

Aber eines merkt er im Bundestagswahlkampf: Der Mann mit dem Dupont-Feuerzeug und den Dunhill-Pfeifen, stets korrekt gekleidet, kommt an der Basis nicht an. „Ich erreiche Leute und erreiche sie nicht", sinniert er fünf Jahre später auf dem Mannheimer CDU-Parteitag. Zwei Tage lang sitzt er dort, von der Regie ganz rechts außen an den Präsidententisch gesetzt. Schweigt mürrisch. Tritt dann ans Rednerpult, brilliert mit gekonnten Formulierungen und überraschenden Einfällen. Die Delegierten überschütten ihn in 16 Minuten 19mal mit Beifall. Aber danach drängt sich niemand zu ihm.

Er ist geachtet, aber nicht geliebt. Ja, manche fürchten ihn, weil er über Sachen redet und dabei Personen, ohne es zu wollen, beleidigt. Wenn er herzlich ist, kommt er in Verdacht, er sei es nur um der Karriere willen. Ist er logisch, breitet seine Theorien aus, fühlen sich die Angesprochenen wie Studenten im Seminar.

Er läßt seine überragende Intelligenz und Intellektualität jedermann arrogant, ja elitär spüren und auch keinen Zweifel daran, daß er geistige Omnipotenz beansprucht. „So ist das nicht", weist er in einer oft gebrauchten Wendung seine Gesprächspartner zurecht. Er, Kurt Hans Biedenkopf, aber weiß, wie das ist.



Professor, Manager, Generalsekretär, Spitzenkandidat: Wohin geht die Reise des Kurt Biedenkopf jetzt? FOTO: MULTHAUP/BILD-ZEITUNG

Handelnde Personen können auf Biedenkopf nicht zählen. Denn was er für richtig erkennt, orientiert sich allein an seinen Vorstellungen. Das bekam Franz Josef Strauß ebenso wie Helmut Kohl zu spüren:

- 1975 rief er ohne Absprache mit dem Bayern Helmut Kohl zum Kanzlerkandidaten aus – und reklamierte für ihn sogar die Richtlinienkompetenz in der Union. Strauß rächte sich mit einer Sottise: „Dem Bürscherl hätte man Kunstdünger in die Schuhe schütten müssen."
- 1978 aber kritisierte er Kohl: Drei Ämter (Parteichef, Fraktionsführer und Kanzlerkandidat) seien zu viel in einer Hand. Von nun an favorisierte er Strauß als Herausforderer von Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Der Tod Heinrich Köpplers mitten im Landtagswahlkampf 1980 machte ihn zur Nummer eins in der nordrhein-westfälischen CDU. Die Union verlor niederschmetternd – gewiß nicht die Schuld Biedenkopfs allein. Auch wenn ihm Parteifreunde flink vorrechneten, daß die Wahl in NRW so geendet sei, „hing auch mit jenem Kandidaten zusammen, der am Schluß dran war".

Er tut wenig, Ressentiments gegen sich abzubauen, eher verschärft er programmierte Konflikte. Normale Abgeordnete, befand er ausgerechnet in einer Journalistenrunde, seien „schon sprachlich nicht jeder intellektuellen Anforderung gewachsen". Mit solchen Sprüchen konnte er gewiß nicht die Herzen seiner Fraktionskollegen im Düsseldorfer Landtag erobern. Aber niemand brachte den Mut auf, dem „Professor", wie er respektvoll in der Fraktionsgeschäftsstelle genannt wird, Kritik ins Gesicht zu sagen. So rumoren und motzen sie hinter den Kulissen.

Trotz der Anfeindungen richtete sich Kurt Biedenkopf in Düsseldorf ein, gab dem Parlament bei seinen vier oder fünf großen Auftritten Licht und Glanz einer großen politischen Bühne. Ein Feuerwerk, das begeisterte, aber doch auch eine Leere hinterläßt, wenn es verlischt. Seine Reden verlieren an Glanz und Kraft, liest man sie im Landtagsprotokoll nach. „Akademisches Schaumgebäck", bekrittelt die eigene Fraktion hinter vorgehaltener Hand und weiß, daß niemand in ihr dem Professor das Wasser reichen kann.

Dennoch hat die Partei ihn jetzt für zu leicht befunden. Gewichtiger erscheint der Basis Bernhard Worms. Oder wählten die Delegierten jenen, bei dem sie hoffen, mehr Einfluß gewinnen zu können?

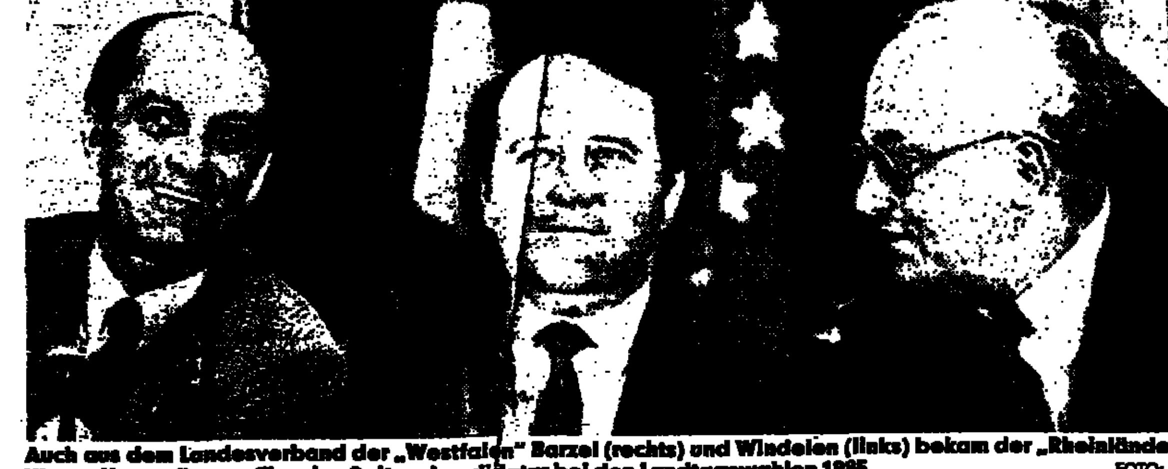
Sicher ist, daß Biedenkopf noch nie Einflüsterungen anderer erlegen ist. Er, der in Strukturen und Rastern denkt, in Regeln und Zusammenhängen, logische Ketten knüpft, er bestimmt auch diese Regeln, bestimmt, was Ursache ist und was Wirkung. Das macht ihn unnahbar und zugleich immun gegen wohlgemeinte und gegen egoistische Ratschläge. Aber es macht ihn auch einsam.

In Düsseldorf sucht er die Nähe des Sozialdemokraten Hans-Otto Bäumer – offensichtlich magisch angezogen von der vitalen Kraft des Landwirtschaftsministers im Kabinett Rau. Ein Mann, dem er ohne Arg begegnen kann, der in seiner Offenheit frappierend ehrlich ist, aus Überzeugung aus seinem Herzen keine Mördergrube macht. Ist es das, was Biedenkopf fasziniert, weil er es nicht hat, diese unkomplizierte, direkte Art, mit den Menschen umzugehen?

„Ich bin mit einem exzellenten kombinatorisch-analytischen Gehirn geschlagen", bekannte Biedenkopf einmal. Das klingt kokett und wehleidig zugleich. Aber es klingt nur so, weil er seinen Mitmenschen gegenüber keine Gefühle offenbaren will, weil er seine hohe Sensibilität und Empfindlichkeit selbst als Schwäche auslegt.

In der psychischen Anspannung vor der Wahl offenbarte sich Biedenkopf am Wochenende in der Mülheimer Stadthalle wie nie zuvor. Fast atemlos vernahmen die Delegierten das Bekenntnis eines Mannes, der ganz oben als Generalsekretär der Union angefangen hat und nun vor der Entscheidung stand, zurück ins Glied kommandiert zu werden: „Ich liebe die Menschen in diesem Land. Gewiß auf meine Weise. Und ich möchte den Menschen in diesem Land dienen. Mit dem, was ich gelernt habe und mit der Erfahrung, die ich gewonnen habe."

Der Beifall war noch nicht verklungen, als sein Redemanuskript verteilt wurde. Das Bekenntnis, so spontan und sensationell es auch geklungen hatte, war programmiert – wörtlich auf den Seiten 12 und 13 nachzulesen.



Auch aus dem Landesverband der „Westfalen" Barzel (rechts) und Windelen (links) bekam der „Rheinländer" Worms Unterstützung für seine Spitzenkandidatur bei den Landtagswahlen 1985. FOTO: AP

„Hitler-Tagebücher": Wie aus dem Hit ein Flop wurde

Von UWE BAHNSEN

Drei Jahre, so erklärte die „Stern"-Redaktion vor zwei Wochen, hätten ihre Recherchen zu den Hitler-Tagebüchern gedauert. Drei Tage benötigten die Experten des Bundesarchivs und des Bundeskriminalamtes für den Nachweis, daß diese 60 Kladden gefälscht sind. Drei Stunden nach dieser Nachricht, die um die Welt ging, stand „Stern"-Herausgeber Henri Nannen am letzten Freitag vor den Trümmern seines journalistischen Lebenswerkes. Der 69jährige Illustriertenmacher, der dem Bilderblatt in drei Jahrzehnten journalistisches und politisches Profil gegeben hatte, mußte vor den Fernsehkameras bekennen, daß aus dem angeblichen Superhit ein Superflop geworden ist, der in der deutschen Nachkriegspressegeschichte seinesgleichen sucht.

„Sir Henri", sonst bei TV-Auftritten stets um smarte Selbstdarstellung bemüht, zeigte sichtlich Wirkung – so angeschlagen war er noch nicht auf dem Bildschirm zu sehen. Er kennt die unbarmherzigen Spielregeln des Pressegewerbes lange genug und wußte, was auf ihn, den Herausgeber, zukommen mußte und sich am Wochenende schon in voller Schärfe eingestellt hat: Der psychologische Zusammenbruch einer Redaktion, die sich mehr oder weniger verzweifelt fragt, wie das Blatt in eine solche Schieflage geraten konnte; die unausweichlichen personellen Konsequenzen, zunächst der Rücktritt der beiden in dieser verhängnisvollen Sache tonangebenden Chefredakteure Peter Koch und Felix Schmidt, die beide einst beim „Spiegel" gelernt hatten, welche Risiken mit dem Magazinjournalismus verbunden sein können; die knallharten Schadensersatzforderungen der ausländischen Vertragspartner des „Stern", die sich logischerweise gefoppt fühlen müssen; die notwendigerweise turbulente Arbeit am nächsten Heft; die Aufdeckung der Fälschung, bis in alle Einzelheiten, die im In- und Ausland immer dringlicher verlangt wird; und das alles vor dem Hintergrund eines weltweiten politischen Flurschadens und eines Goodwill-Verlustes für den „Stern", dessen Dimensionen im Augenblick noch nicht abzusehen sind.

Es ist eine verheerende Bilanz, die Henri Nannen an diesem Wochenende zu ziehen hatte. Er wird sich sagen müssen, daß er selbst, der ohnehin gegenüber dem gesamten Unternehmen skeptisch war, den beiden betreibenden Chefredakteuren, die den Scoop des Jahrhunderts für das Blatt an Land ziehen und damit ihre Stellung in der Redaktion und im Verlag Gruner und Jahr endgültig unangreifbar machen wollten, schärfer hätte auf die Finger sehen müssen. Denn eines ist sicher: Das Debakel, vor dem Verlag und Redaktion des „Stern" jetzt stehen, ist nicht zuletzt das Resultat redaktionsinterner Machtkämpfe, in denen Peter Koch sich durchsetzte.

Nur so ist es zu erklären, daß schon bei der redaktionellen Prüfung etwa des Bandes über den Fall Heß die Zeithistoriker des „Stern" – deren Kompetenz und kritische Schulung Nannen zuvor noch selbst hervorgehoben hatte – nicht stutzig wurden ob der offenkundigen Ungereimtheiten, die dort zu lesen waren. Heß, so die drei „Stern"-Autoren Gerd Heidemann, Leo Pesch und Thomas Walde, habe seinen England-Flug als Ein-Mann-Unternehmen geheimhalten müssen und sich daher nicht von Bodenleitstellen helfen lassen können; ihm „gelang es, das dicht gestaffelte deutsche Flugabwehrsystem zu überwinden und dann seinen Kurs quer zu den Flugwegen der deutschen und englischen Bombengeschwader zu steuern". „Tatsächlich war es so, daß Heß, ein guter Flieger, für sein Unternehmen die neueste Sperrgebietskarte benötigte, in der die Gebiete eingetragen waren, die von deutschen Maschinen entweder überhaupt nicht oder aber nur in bestimmten, vorgeschriebenen Höhen überflogen werden durften" – so Hitlers früherer Chefpilot Hans Baur, der auch geschildert hat, auf welchen Umwegen sich Rudolf Heß eine solche Karte besorgen mußte: Baur weigerte sich unter Hinweis auf diese „Geheime Reichssache", Heß seine eigene Sperrgebietskarte zu überlassen, und schaltete in dieser delikaten Angelegenheit den Staatssekretär Erhard Milch ein: . . . „zu dem ging ich, um für Heß eine Sperrgebietskarte zu besorgen. Milch: ‚Ja, irgendwo hört das Mißtrauen auf. Heß ist der Stellvertreter des Führers, hier ist die Karte.' Gegen Quittung wurde sie ausgegeben. Heß unterschrieb eine andere Quittung, die an Milch zurückging."

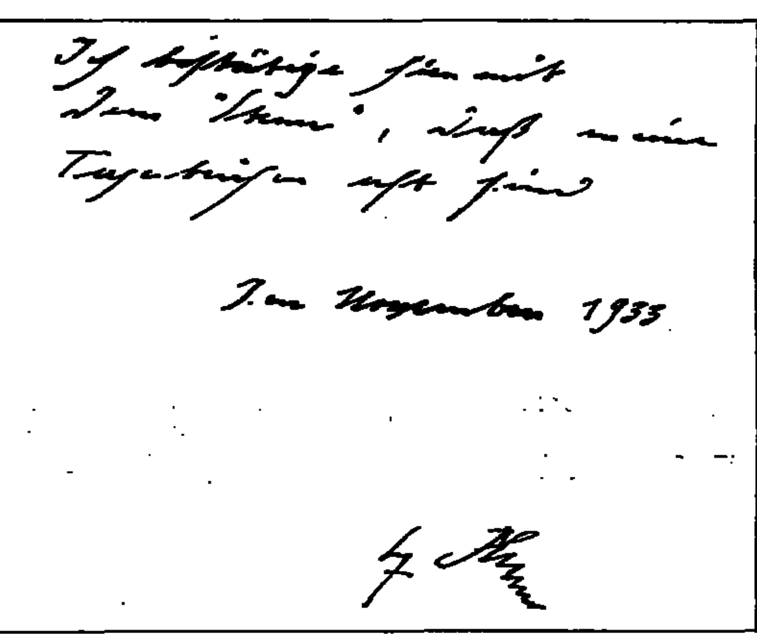
Es ist schwer vorstellbar, daß Heß derartige Umwege hätte gehen müssen, wenn er im geheimen Einverständnis mit Hitler gehandelt hätte. Das Risiko, von der eigenen Flak abgeschossen zu werden, hätten der „Führer" und sein verschrobener Paladin doch zweifellos erörtert, wenn Heß „alle wesentlichen Details des Unternehmens mit Hitler durchgesprochen" hätte, wie die „Stern"-Autoren unter Hinweis auf die angeblichen Tagebucheintragungen mitzuteilen wußten.

Ebenso unbegreiflich ist, daß die Zeithistoriker der Illustrierten nicht stutzig wurden, als sie in der Heß-Kladde lasen, was Hitler unter dem Stichwort „Der Plan" angeblich als die drei mit Heß verabredeten Handlungsvarianten notiert haben sollte: „1. Sollte die Mission gelingen, und Heß hat Erfolg, hat er mit meinem Einverständnis gehandelt. 2. Wird Heß als Spion in England gefangengesetzt, so hat er mich früher einmal von seinem Plan in Kenntnis gesetzt, ich aber habe es abgelehnt. 3. Sollte seine Mission total fehlschlagen, erkläre ich, Heß habe in einer Wahnvorstellung gehandelt."

Hitler hat also nicht erst abgewartet, bis er verläßliche Informationen über das Gelingen oder Scheitern der Heß-Mission besaß. Albert Speer notierte zu diesem Fall in seinen Erinnerungen: „Wenn ich es richtig beurteile, ist Hitler über den ‚Treuebruch' seines Stellvertreters nie hinweggekommen. Noch einige Zeit nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 erwähnte er im Rahmen seiner phantastischen Fehlbeurteilungen der Lage, zu seinen Friedensbedingungen zähle die Auslieferung des ‚Verräters'. Er müsse aufgehängt werden." Hitler und Heß im Mai 1941 im geheimen Einverständnis? – nur wenig spricht in den Quellen dafür.

Zu den Fragen, die die Redaktion des „Stern" in der Öffentlichkeit wird beantworten müssen, gehört insbesondere, weshalb es bei aller berechtigten Rücksicht auf Gesichtspunkte der Exklusivität nicht möglich gewesen sein soll, schon zu einem frühen Zeitpunkt ein paar Bände der angeblichen Tagebücher in derselben Weise vom Bundesarchiv und vom Bundeskriminalamt untersuchen zu lassen, wie dies jetzt – für den „Stern" zu spät – geschehen ist. Zu vermuten ist, daß schon bei den ersten in den Besitz des Blattes gelangten Kladden sich exakt dieselben Fälschungsmerkmale hätten nachweisen lassen, die jetzt zutage getreten sind. Weshalb diese sorgfältigen naturwissenschaftlichen und ebenso die textkritischen Analysen unterblieben sind, das gehört zu den Unbegreiflichkeiten dieses Falles.

Experten der Sicherheitsbehörden konnten sich am Wochenende nur schwer vorstellen, daß Fälschungen von der Plumpheit, wie sie Bundesarchiv und Bundeskriminalamt übereinstimmend festgestellt haben, aus den „Werkstätten" des Ostberliner Ministeriums für Staatssicherheit stammen sollen. Ein hoher Sicherheitsbeamter gegenüber der WELT: „Dort wird in der Regel sehr viel sorgfältiger gearbeitet." In dieser ebenso skandalösen wie verworrenen Angelegenheit freilich ist mittlerweile alles möglich. Sicher zu sein scheint lediglich: Die Wahrheit über diese Fälschung recherchieren zu lassen und ans Tageslicht zu bringen – das wird den „Stern" noch einmal hohe Summen kosten. Nannen und seine Redaktion haben einen steinigen Weg vor sich.



„Ich bestätige hiermit dem ‚Stern', daß meine Tagebücher echt sind. Im November 1933 – Adolf Hitler" „LESERBRIEF" AUS DEM „SPIEGEL" VOM 9. MAI

Die Schlußfolgerung der drei „Stern"-Autoren lautet: „Die Mission schlug total fehl – Hitler entschied sich für Plan 3." Hier zeigt sich exemplarisch ein Mangel an Sorgfalt: In etlichen Quellen ist nachzulesen, was sich beginnend mit Sonnabend, dem 10. Mai 1941, an tumultuarischen Vorgängen auf dem Obersalzberg abspielte, als Hitler, der sich im Berghof aufhielt, die Nachricht vom England-Flug des Führer-Stellvertreters erhielt. Es liegen genügend detaillierte Schilderungen darüber vor, wie der Diktator schließlich beschloß, Heß in einer amtlichen Verlautbarung für geistesgestört erklären zu lassen, noch bevor die Engländer den sensationellen Fall publik machen würden. So geschah es. Am 12. Mai um 20 Uhr wurde über alle deutschen Rundfunksender bekanntgegeben, daß Heß anscheinend unter dem Einfluß von Wahnvorstellungen in Augsburg mit einem Flugzeug gestartet und bislang nicht zurückgekehrt, also vermutlich verunglückt sei. Die britische BBC meldete sich erst spät am Abend mit der Nachricht, Heß sei zwei Abende zuvor mit einem Fallschirm in Schottland gelandet.

Es ist keine Schadenfreude, wenn die Blattmacher von der Hamburger Außenalster sich insbesondere nach diesem Desaster an jenen Ausspruch des inzwischen demissionierten Chefredakteurs Peter Koch erinnern lassen müssen, der auf der tumultartigen Pressekonferenz zur Vorstellung des „Scoops" noch selbstsicher erklärt hatte: „Für die Information unserer Leser ist uns nichts zu teuer." Wenn wenigstens dieser Satz jetzt noch Bestand hätte – es wäre wenigstens etwas.

Im Streit um den Nordstrander Deich setzten sich die Politiker durch

Von BERND LAMPE

Verwaltungsgerichte haben die schleswig-holsteinische Landesregierung schon so manches Mal in Bedrängnis gebracht. Der Bau des Kernkraftwerks Brokdorf wurde durch ein Urteil für vier Jahre gestoppt, das geplante Großflughafenprojekt Kaltenkirchen erst gar nicht verwirklicht, die Autobahn Hamburg–Berlin konnte auf Bundesgebiet buchstäblich in letzter Minute gebaut werden. Und zuletzt drohte für die Vordeichung in der Nordstrander Bucht ein längerer Baustopp.

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hob aber jetzt in letzter Instanz ein etwa einen Monat altes Urteil des Verwaltungsgerichts Schleswig auf, in dem die Arbeiten an dem Deich untersagt wurden. Etwa 8000 Menschen leben hinter dem alten Deich an der nordfriesischen Küste, der – wie die sehr schwere Sturmflut vor zwei Jahren zeigte – kaum dem „Blanken Hans" standhalten kann. Deshalb sollte im Watt ein knapp neun Kilometer langer Deich und ein Leitdamm zur Hallig Nordstrandischmoor errichtet werden, um die Gewalt der Sturmfluten zu bremsen.

Der Lehrer Helmut Kruppe aus Nordstrandischmoor sah sich durch den Bau des Dammes an Leib und Leben bedroht. Im Prozeß ging es schließlich um die Erhöhung des Wasserstandes bei Naturkatastrophen, der durch den neuen Damm nach Berechnung von Experten um bis zu 15 Zentimeter steigen kann. In ihrem Urteil meinten die Schleswiger Richter, „daß die Vordeichungsmaßnahmen infolge der Flutraumverkleinerung bei Stürmen aus südwestlicher Richtung zu einer signifikanten Erhöhung des Wasserstandes führen können. Dieser vom Antragsteller (Anm. d. Redaktion: Kläger) behauptete Kausalverlauf liegt nicht außerhalb jeglichen Vorstellungsvermögens."

In der Beschwerde des Landwirtschaftsministeriums gegen das Urteil wurde jedoch, wie bei der Gerichtsverhandlung in Schleswig schon geschehen, noch einmal nachgewiesen, daß der Lehrer über die Höhe der Schulwarf falsche Angaben gemacht hatte. Gerade diese Warf ist besser gegen Sturmfluten gesichert als die anderen Gebäude auf dem Eiland. Und der Garten, den der Lehrer angelegt hatte und nun gefährdet sah, lag in einem Schutzstreifen, der nicht einmal bepflanzt werden darf und war somit „ordnungswidrig".

Scharfe Geschütze hatten die Schleswiger Richter auch aufgefahren, als sie dem Schleswig-Holsteinischen Landtag bescheinigten, die Abgeordneten hätten mit ihrer einstimmig verabschiedeten Novelle zum Landesverwaltungsgesetz, durch die die Arbeit in den Behörden gestrafft werden sollte, einer „Interessenkollision" bei der „Konzentration von Verwaltungszuständigkeiten" Vorschub geleistet. Dadurch sei der Leiter des Amtes für Landwirtschaft und Wasserbau in Husum nämlich zugleich für den Bau und ein Anhörungsverfahren über den Deich zuständig gewesen. Dies sei schlicht eine „Rechtswidrigkeit".

Vom Kieler Innenministerium mußten sich die Schleswiger Richter jetzt in einer Stellungnahme bescheinigen lassen: „Das Verwaltungsgericht ist letzten Endes einer insbesondere auch beim juristischen Nachwuchs häufiger anzutreffenden Verwechselung eines Trägers der öffentlichen Verwaltung mit seinen Behörden zum Opfer gefallen." Und, daß das Land „nur durch eine Behörde handeln kann, liegt auf der Hand". Das sei ein „alltäglicher Fall des Verwaltungslebens". Die Richter des Oberverwaltungsgerichts korrigierten angesichts der Einwendungen der schleswig-holsteinischen Landesregierung schon nach vier Wochen das Urteil ihrer Kollegen.

Der Chef des Husumer Amtes, Hans-Wolfgang Schettler, der den Bau zusammen mit dem Deichexperten Heddies Andresen leitet, fragte sich allerdings, „ob technische und Verwaltungszusammenhänge nicht noch einfacher und verständlicher formuliert werden können, damit der Richter dem Grundgedanken folgen kann. Wir haben uns Mühe gegeben, das so zu machen." Andresen: „Das nützt aber nichts, wenn die Unterlagen vom Gericht nicht gelesen werden."

Diese Erfahrung machte im vorigen Jahr auch das Kieler Sozialministerium, das den Bau von Kernkraftwerken zwischen Nord- und Ostsee genehmigt. In einer der inzwischen mehr als zehn Teilerrichtungsgenehmigungen für das Kernkraftwerk Krümmel an der Oberelbe fand das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg im Sicherheitssystem „einen Mangel", der beseitigt werden müsse. Die Richter stellten fest: „Es handelt sich um die Druckausgleichskappen in der Decke der Kondensationskammer. Diese werden im Sicherheitsbericht in einem einzigen Satz und sonst nirgends erwähnt, weder in der Konzeptgenehmigung, noch einer der späteren Genehmigungen oder in einem der dem Senat zugänglich gemachten Gutachten. Gleichwohl handelt es sich dabei um ein für die Sicherheit der Anlage bedeutsames Detail ..." Doch das Kieler Sozialministerium mußte die Richter darauf hinweisen, daß in fünf Berichten bzw. Gutachten die Funktion dieser Ventile erläutert worden war. Auch hieß es in dem Urteil: „Die besagten Klappen sollen indessen Öffnungen von insgesamt einigen Quadratmetern ... verschließen. Die vier Sicherheitsklappen sind jedoch zusammen nur 1,17 Quadratmeter groß.

Bei der Verteilung der Gerichtskosten im Urteil sollten die drei Kläger je zwei Zehntel und die zwei Beklagten und die vier Beigeladenen je ein Zehntel tragen. Macht zusammen 120 Prozent.

Kiel legte beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde gegen das Urteil ein.

Schily: Die Grünen müssen sich an der Praxis orientieren

Bundeshauptausschuß tagte in Bonn / Deutliche Kritik am Parteivorstand

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Die Grünen sind mit sich zufrieden. Zumindest was ihre Bundestagsfraktion angeht. Nach der dreitägigen Parlamentsdebatte über die Regierungserklärung fühlen sich die 28 Abgeordneten gestärkt. Das gilt nach den internen Querelen und Anlaufschwierigkeiten sowohl für ihr Innenverhältnis als auch der Partei gegenüber. So meinte gestern Otto Schily als einer der drei Fraktionssprecher: „Die Fraktion konzentriert sich nicht nur darauf, sich mit sich selbst zu beschäftigen."

Dazu kam es aber bereits am Wochenende wieder weitgehend auf der Sitzung des Bundeshauptausschusses in Bonn: Die etwa 70 Mitglieder des höchsten Gremiums der Grünen zwischen den Parteitagen stritten über Personalfragen und Kompetenzen.

So ging es um die Auflösung des dreiköpfigen „Ständigen Ausschusses". Seine Mitglieder sollen von der Parteiseite her die Arbeit der Abgeordneten kontrollieren, bei wichtigen personellen Entscheidungen der Fraktion mitwirken und die Verbindung zum Bundeshauptausschuß halten. Dagegen gab es aber nicht nur bei den Parlamentariern Vorbehalte. So hatten die Grünen aus Baden-Württemberg das von ihnen gestellte Mitglied zurückgezogen. Denn die Abgeordneten, so die Argumentation, seien in erster Linie der Basis vor Ort und nicht den Führungsgremien gegenüber verantwortlich. Nach einer kontroversen Diskussion wurde am Nachmittag die Auflösung des Ausschusses abgelehnt.

Bereits am Samstag hatte der Parteivorstand deutlich die Kritik des Bundeshauptausschusses zu spüren bekommen, weil er seinen Geschäftsführer Lukas Beckmann entlassen wollte. Zur Begründung war ihm in einem Antrag bei sieben gegen drei Stimmen mangelnde Kooperationsbereitschaft und das Betreiben einer eigenen Politik angelastet worden.

Aufgrund des Widerstands mußte der Vorstand noch am Samstag schriftlich erklären, daß Beckmann weiter im Amt bleibt. Allerdings wurde gleichzeitig eine klare Kompetenzverteilung zwischen Vorstand und den beiden Geschäftsführern gefordert. Noch offen blieb zunächst, ob die beiden Parteifunktionäre in das Rotationsprinzip einbezogen werden sollen. Allerdings wandte sich Schily gegen eine „Kavallerie der Prinzipienreiterei". Man müsse sich vielmehr an der Praxis orientieren.

Der Hauptausschuß hatte sich gegen die Art und Weise des Vorgehens und des Umgangs gewandt. Beanstandet wurde, daß die Vertraulichkeit einer Vorstandsklausurtagung gebrochen worden war. So sprach Rudolf Bahro von einer „Wegwerf-Mentalität gegenüber Mitarbeitern" und von „gekränkten Eitelkeiten", weil Beckmann neben Petra Kelly „einen der wichtigsten Beiträge zum Aufstieg der Grünen geleistet" habe. Mit dem Rückzieher des Vorstands scheinen die Auseinandersetzung in der Führung nunmehr zumindest bis auf weiteres ausgeräumt zu sein.

Dagegen werden sich die Grünen weiter mit der Frage der Diäten für die Abgeordneten und deren Nachrücker befassen. Hier war es zum Konflikt gekommen, weil nach dem Beschluß von Sindelfingen jeder nur ein „Facharbeitereinkommen" beziehen sollte. Tatsächlich aber hätte sich das Bruttoeinkommen für die Nachrücker bis zu 7000 Mark belaufen, weil anders als bei den Abgeordneten die ihnen zugestandene 1500-DM-Aufwandspauschale zu versteuern ist. Ein Ausweg soll jetzt dadurch geöffnet werden, daß sie ihre Aufwendungen per Einzelbeleg und damit steuerfrei abrechnen. Endgültig gelöst werden soll das Problem „Facharbeiterlohn" von einer neuen dreiköpfigen Kommission.

Nach der ersten Sitzungswoche sehen sich die Grünen nach wie vor gegenüber den anderen Fraktionen benachteiligt. So wollen sie auch trotz der Ablehnung durch CDU/CSU und SPD weiter auf einen Sitz in der G-10-Kommission bestehen. Dazu planen sie bereits eine Gesetzesinitiative.

Galinski: 8. Mai Tag der Befreiung

DW. **Berlin**

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, hat sich dagegen gewandt, den Tag der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 als „Zusammenbruch" zu bezeichnen. Der Erinnerungstag an das Kriegsende sollte vielmehr als „Tag der Befreiung" begangen werden, empfahl Galinski.

In der Epoche des Grauens, die mit dem 8. Mai 1945 ihren Abschluß gefunden habe, sei es für die jüdischen Menschen nicht allein um Freiheit oder Knechtschaft, „sondern um Leben oder Tod" gegangen.

Es sei „allgemein bekannt, daß der vollständige Sieg der Alliierten über die NS-Diktatur die unabdingbare Voraussetzung für das Entstehen unserer demokratischen Ordnung" gewesen sei.

Kruse warnt vor jeglicher Nötigung

AP, **Berlin**

Gegen „gewaltfreie Aktionen" der Kirche in den Auseinandersetzungen um Friedens- und Abrüstungsfragen hat sich der Berliner evangelische Bischof, Martin Kruse, gewandt. Kruse sagte vor der Regionalsynode der Berlin-Brandenburgischen Kirche, daß die Kirche keine derartigen Aktionen veranstalten werde. Außerdem warnte er davor, mit dem Begriff „gewaltfrei" zu harmlos umzugehen. Nach seiner Auffassung stelle bereits ein Hungerstreik eine Form von Gewalt dar. Das Leben einem anderen „vor die Füße zu legen und ihm die Verantwortung aufzubürden" könne schlimmer sein, „als wenn mir jemand den Finger abhackt", bemerkte Kruse. Die Kirche sei aber auch für jene „Mitchristen da, die sich zu einem wie auch immer gearteten pazifistischen Zeugnis gedrängt sehen". In der Kirche dürfe man „sich einander nicht nötigen".

Jeder zwölfte Berliner lebt vom Staat

Senator Kunz fordert Konzentration der Sozialhilfe auf die wirklich Bedürftigen

hrk. **Berlin**

Berlins Finanzsenator Gerhard Kunz – als früherer parlamentarischer Geschäftsführer von Helmut Kohl – hat in Anwesenheit von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg im Finanzplanungsrat gefordert, „die Sozialleistungen des Staates auf die wirklich Bedürftigen zu konzentrieren". Andernfalls drohe die „Explosion" der Sozialhilfeausgaben die öffentlichen Haushalte „in ihren Fundamenten zu erschüttern".

Als Beispiel führte Kunz in seiner Rede die katastrophale Entwicklung in Berlin an: Die Stadt muß in diesem Jahr etwa 1,6 Milliarden Mark – das sind rund 15 Prozent der gesamten Bundeshilfe – für rund 150 000 Sozialhilfeempfänger ausgeben. Besonders durch die inzwischen auf 90 000 geschnellte Zahl der Arbeitslosen bezieht inzwischen etwa jeder zwölfte Berliner staatliche Unterstützung.

Etwa 30 000 Bezieher leben in Heimen, bei denen der Senat fast die gesamten Unterbringungskosten tragen muß. Berlins Sozialhilfeempfänger gehören immer häufiger jüngeren Jahrgängen an. 17 Prozent von ihnen sind erst zwischen 15 und 25 Jahre alt.

Der Senat muß morgen mit 130 Millionen Mark praktisch den halben Betrag des gesamten Nachtragshaushalts 1983 nur für weitere Sozialhilfemittel bewilligen. Berlin steht mit seinen bereits 1982 aufgewandten rund 1,2 Milliarden Mark an der Spitze sämtlicher Großstädte und Ballungsräume der Bundesrepublik.

- Hamburgs Sozialhilfekasse wurde 1982 mit rund 800 Millionen Mark in Anspruch genommen.
- München rechnet 1983 mit Mehrausgaben von rund 50 Millionen Mark.
- Nach Berechnungen des Deutschen Städtetages stiegen die Ausgaben der Städte und Gemeinden 1982 für die „Hilfen zum Lebensunterhalt" in der gesamten Bundesrepublik um rund eine Milliarde Mark.

In seinem Vortrag im Kreis sämtlicher Länderfinanzminister machte Senator Kunz ausdrücklich auf Berlins eigene Bemühungen aufmerksam, die Ausgabenflut einzudämmen: So erhalten Asylbewerber kein Bargeld mehr, sondern nur noch Gutscheine. Binnen eines Jahres sank auch, durch diesen Schritt bedingt, die Bewerberzahl von 18 000 auf 12 000, was eine Sozialhilfeersparnis von 20 bis 30 Millionen Mark pro Jahr ausmacht.

Berlin zieht jetzt auch stärker als zuvor dafür taugliche Sozialhilfeempfänger zu gemeinnützigen Arbeiten bei Gartenbau- und Fortstämtern heran.

Zur grundsätzlichen Problematik erklärte Kunz vor dem Planungsrat wörtlich: „Steigende Kosten können nicht länger durch eine immer stärkere Belastung der arbeitenden Menschen getragen werden. Es ist ohnehin der Eindruck entstanden, daß jüngere Sozialhilfeempfänger zum Teil höhere Nettoeinkommen als Arbeitnehmer unterer Lohngruppen haben."

Bund, Länder und Gemeinden müßten „verhindern, daß mißbräuchlich oder durch Ausnutzung von Gesetzeslücken Sozialleistungen in Anspruch genommen werden und damit der Sozialstaat insgesamt in Mißkredit gebracht wird".

Kunz betonte abschließend: „Alles in allem führt kein Weg daran vorbei, daß die Sozialleistungen auf diejenigen konzentriert werden müssen, die ihre sozialen Probleme nicht allein lösen können."

Wieder Großer Zapfenstreich

ms. **Tauberbischofsheim**

Erstmals seit dem Amtsantritt von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) im letzten Oktober hat die Bundeswehr wieder den Großen Zapfenstreich in der Öffentlichkeit gespielt. Minister Wörner hatte dazu das 25jährige Bestehen des 12. Panzerregiments in Tauberbischofsheim am Wochenende zum Anlaß genommen. In seiner Ansprache erklärte Wörner, die Bundeswehr sei Teil der Gesellschaft. Er wolle mit seiner Teilnahme an dem Großen Zapfenstreich bewußt ein „Zeichen" setzen. Wörner: „Ich bin entschieden dafür, daß sich unsere Soldaten in der Öffentlichkeit zeigen." Der Minister erklärte, die Bundeswehr leiste Friedensdienst und habe „keinen Grund, sich zu schämen oder sich zu genieren". Er könne es nicht befehlen, aber er wolle die Bundeswehrsoldaten ermuntern, in der Öffentlichkeit Uniform zu tragen. Wörner: „Die Zeit ist zu Ende, in der eine lautstarke Minderheit versucht hat, das Gesetz des Handelns der übrigen Mehrheit aufzuzwingen. Es gibt bei uns kein Monopol auf friedliche Gesinnung." Frieden und Freiheit wolle das ganze Volk, betonte Wörner.

Altenburg zu nuklearem Ersteinsatz in Europa

Generalinspekteur sprach vor Kommandeuren in Eichholz

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Eine bemerkenswert einhellige Analyse der sowjetischen Außenpolitik haben ein führender Bonner Politiker und der erste Soldat der Bundeswehr bei einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung gegeben. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, meinte, die Sowjetunion beabsichtige gewiß nicht, ihr großes Militärpotential direkt zur Kriegsführung gegen die demokratischen Staaten des Westens zu gebrauchen. Sie nutze es aber, um die Schwächen des Westens für sich in politischen Gewinn ummünzen zu können.

Der Generalinspekteur Wolfgang Altenburg analysierte, die Sowjetunion kenne die Militärstrategie der NATO sehr genau. Deshalb habe sie auch versucht, mit ihrer SS-20-Rüstung gerade in deren Lücke in der Reaktionsfähigkeit und damit Glaubwürdigkeit hineinzustoßen. Aus politischen wie militärischen Gründen habe deshalb insbesondere der deutsche Teil der NATO auf den Abschluß des Doppelbeschlusses gedrungen.

Mertes und Altenburg sprachen zeitlich getrennt voneinander auf einer in Eichholz bei Bonn von der Stiftung zum ersten Mal für Kommandeure der Bundeswehr veranstalteten Fachtagung über außen- und sicherheitspolitische Probleme dieses Jahrzehnts. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt gab vor den Offizieren seiner Überzeugung Ausdruck, daß im „Wettstreit der Systeme" zwischen West und Ost auf lange Sicht der Freiheitsgedanke vor dem Totalitarismus die Oberhand gewinnen und diese Tendenz auch die Sowjetunion in ihrem Innern ganz entscheidend verändern werde. Altenburg nahm sehr dezidiert zum Ersteinsatz im Rahmen der NATO-Strategie der flexiblen Erwiderung Stellung und sagte, auf absehbare Zeit sei für ihn unmöglich zu erkennen, daß die Allianz davon absehen könne, zur Kriegsverhinderung auf dem nuklearen Ersteinsatz zu bestehen. Der Ersteinsatz, wie ihn die NATO militärisch-operativ für das „Gefechtsfeld" in Europa, falls erforderlich, planerisch vorbereite, führt nach Worten des Generals keineswegs zwangläufig in den allgemeinen Atomkrieg auf unserem Kontinent. Im Gegenteil, sagte er, sei dieser Ersteinsatz dazu geeignet, den vom Osten mit konventionellen Waffen begonnenen Krieg zum Stehen zu bringen und auf diese Weise wieder „die Abschreckung herzustellen".

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Peter-Kurt Würzbach, kündigte sowohl vor den Kommandeuren auf der Eichholzer Tagung als auch anschließend vor den Delegierten einer Versammlung des Reservisten-Verbandes in Gelsenkirchen an, daß die Bundeswehr zur Deckung der ihr zum Ende des Jahrzehntes drohenden Personallücke auch Wehrpflichtige heranziehen werde, die nach heute gültigen Bestimmungen gesundheitlich zum Wehrdienst untauglich seien. An eine Verlängerung des Grundwehrdienstes von heute 15 auf 18 Monate jedoch werde erst dann gedacht, wenn „Wehrgerechtigkeit hergestellt" sei.

Die 300 Reservisten-Delegierten verabschiedeten in Gelsenkirchen eine Resolution, in der sie die Kultusminister einstimmig aufforderten, die Dissonanzen zu überbrücken und die seit zwei Jahren überfällige Empfehlung zur Behandlung der Friedens- und Sicherheitspolitik zu beschließen. Ein „gemeinsamer Impuls" der Kultusminister solle die Lehrer in ihrem Bemühen bestärken, „den Schülern die für die Wahrung des Friedens in Freiheit wesentlichen Sachverhalte zu vermitteln".

Ratzinger: Notfalls Konfrontation

KNA, **Hamburg**

Eine Verpflichtung der Kirche, verstärkt die Rolle des prophetischen Kritikers zu übernehmen und „notfalls" auf Konfrontation zu gehen, wo die Güter der Menschheit und die moralischen Güter des Glaubens es verlangten, hat der Präfekt der Glaubenskongregation im Vatikan, Kardinal Joseph Ratzinger, herausgestellt. Insofern fände er es „in sich schön", daß die amerikanischen katholischen Bischöfe den „Mut" gehabt hätten, sich quer zur Politik zu legen, sagte Ratzinger unter Bezugnahme auf das Hirtenwort der US-Bischöfe in einem Interview des „Spiegel".

Ziel einer realistischen Friedenssuche sei es, sich nicht der „Diktatur der Tatsachen" zu unterwerfen, sondern sie moralisch zu verändern, hebt Ratzinger hervor. Das „eigentliche Elend" sei, daß nur „brutale Fakten" zählten und moralische Prinzipien im Grunde als unwirklich beiseite geschoben würden. Der Kardinal: „Die Schwäche der Kirche in dieser Zeit ist doch die Schwäche der Moral." Wenn moralische Aussagen der Kirche zu nichts führten, spreche das nicht gegen solche Appelle, sondern gegen die „Verteilung der Wirklichkeitskräfte in unserer Welt". Hier zeige sich, daß etwas nicht stimme in der Wertung dessen, was Realität sei.

Ratzinger, der das Friedenswort der amerikanischen Bischöfe als „rationale Anwendung der Bergpredigt" wertet, ist der Meinung, wenn eine militärische Abschreckung erreicht sei, die zugleich auch Verhandlungen erzwinge, dürfe es mit der Rüstung nicht mehr weitergehen. Er hält es für notwendig, Verständnis für die schutzwürdigen Interessen der Gegenseite aufzubringen. Auch wenn der Gegner möglicherweise böse sei, habe er doch „legitime Interessen".

Richter und die politischen Grenzen

Senator Scholz warnt auf Verwaltungsrichtertag in Berlin vor Kompetenzüberschreitung

F. DIEDERICHS, **Berlin**

Der Appell des Berliner Senators für Bundesangelegenheiten dürfte dem Gros der mehr als 1000 Verwaltungsjuristen noch in den Ohren geklungen haben, als sie Berlin schon längst den Rücken gekehrt hatten. Die Aufforderung des Senatspolitikers Rupert Scholz zum Ausklang des 7. Deutschen Verwaltungsrichtertages, in der Rechtsprechung der „Verlockung von Kompetenzüberschreitungen" zu widerstehen und die Grenze der Politik zu respektieren, blieb ebensowenig unwidersprochen wie die Thesen der Referenten, die während der Tagung in acht Arbeitskreisen zu aktuellen verwaltungsrechtlichen Problemen zum Meinungsaustausch und kontroverser Diskussion aufgerufen hatten.

Im abschließenden Podiumsgespräch zur „Gesellschaftlichen Akzeptanz verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen" schälten sich die Schwierigkeiten heraus, die derzeit deutsche Verwaltungsrichter in der Trennung von öffentlichem Recht und Politik sehen. „Unvermeidlich", so der von einem nordrhein-westfälischen Verwaltungsrichter eingebrachte Standpunkt, sei das Einwirken zahlreicher Entscheidungen in die Politik und das politische Kräftefeld.

Vom Gesetzgeber „häufig alleingelassen", müsse sich der Richter heute notgedrungen auf politische Gebiete vorwagen, „da durch Gesetzeslücken auch bestimmte Regelungsmuster fehlen". Die Verwirklichung des Rechts, so die mit großer Zustimmung bedachte These, dürfe aber nicht zu einer Beteiligung am „Kampf um die Macht" führen. Eine Chance, „mehr Vertrauen beim Bürger zu schaffen", sieht der Vorsitzende des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter (BDVR), Georg Häring (Mannheim) in der „Drosselung der politischen Aktivitäten der Verwaltungsrichter". Anwaltsvertreter appellierten bei diesem Thema an die Verwaltungsrichter, ihre Rechtsprechung „mehr am Horizont des Bürgers auszurichten", und kritisierten die „zu langen Verfahrenszeiten" bei Verwaltungsgerichten.

Zu bislang nur in Verwaltungserlassen und Richtlinien geregelten Fragen zur Integration der Ausländer im Bundesgebiet und Regelung des Familiennachzugs erhoffen sich die Verwaltungsjuristen vom Gesetzgeber ein klares Wort; das Asyl- und Ausländerrecht charakterisierten kritische Stimmen als „juristischen Fischteich, in dem jeder nach Belieben herumangeln konnte".

Auf verfassungsrechtliche Bedenken stieß bei den Verwaltungsjuristen die Praxis von Bundesländern, die Veranstalter von Versammlungen und Demonstrationen mit den Kosten der Straßenreinigung zu belasten. Eine „wenig einheitliche Rechtsprechung" kennzeichnet auch die Frage der Kostenhaftung für mutwillig oder durch technisches Versagen ausgelöste Fehlalarme. Als Kernpunkt von Diskussionen eines Arbeitskreises stellte sich das bisher noch nicht juristisch ausgelotete Problem dar, ob Demonstranten zu den Kosten eines gegen sie angewandten Zwanges herangezogen werden könnten. In Prozessen zu dieser Frage erwarten die Verwaltungsjuristen eine Anfechtungsquote, welche die „ohnehin hohe Belastung der Verwaltungsgerichte noch weiter verstärkt". Nicht zuletzt werde auch die Frage zu klären sein, ob eine „Gebührenpflicht" für Demonstranten gegen im Grundgesetz verankerte Rechte verstößt.

Initiative für Jahr der Vertriebenen

AP, **Bonn**

Die „Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung" der CDU/CSU hat die Bundesregierung aufgefordert, sich bei den Vereinten Nationen für die Proklamation eines „Jahres der Vertriebenen" einzusetzen. In einem von der Bundesdelegiertenversammlung der Vereinigung verabschiedeten Antrag wird die Forderung mit den fortdauernden Vertreibungen begründet. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Hupka wurde von den Delegierten ohne Gegenstimme für weitere zwei Jahre in seinem Amt als Vorsitzender der Vereinigung bestätigt.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Nkomo will Bürgerkrieg verhindern

Zimbabwes Ex-Minister wirft Mugabe Errichtung eines Einparteien-Staates vor

CLAUS GEISSMAR, London

Nur 300 Meter von der Hyde Park Corner entfernt, wo sich jeder auf eine Seifenkiste stellen und über Gott und die Welt reden kann, lebt Joshua Nkomo in einer möblierten Londoner Wohnung. Der Politiker aus Zimbabwe, in dessen Heimat bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen und wo in den letzten Wochen 3000 bis 5000 Menschen starben, zieht das Einzel-Interview den lauten Worten auf einer Seifenkiste vor.

Sein seit März andauerndes Londoner Exil ist eine Paradoxie. Einst steckten ihn die Briten als Aufständischen ins Gefängnis. Nach zehn Jahren Haft, sieben Jahren im Exil und mehreren Jahren als Guerilla-Führer im Untergrund war Nkomo bis Anfang 1982 Zimbabwes Innenminister. Jetzt braucht er den Schutz der Engländer, weil Zimbabwes Premierminister Robert Mugabe damit begonnen hat, das Land nach sozialistischen Vorbildern in einen Ein-Parteien-Staat umzuwandeln. Mugabe geht dabei immer skrupelloser vor. Seine von nordkoreanischen Offizieren ausgebildete „5. Brigade" wird im Matabeleland, der Heimat Nkomos, wie eine staatliche Mörderbande gefürchtet. Während sich Nkomo in London sicher fühlen kann, lebt seine Familie unter Hausarrest.

WELT: Wie lange bleiben Sie noch als politischer Flüchtling in Großbritannien?

Nkomo: Ich arbeite an Plänen, die ich der Regierung in Harare vorlegen werde. Wir müssen uns einigen. Sonst droht Zimbabwe ein Bürgerkrieg. Das wäre furchtbar.

WELT: Wird es Robert Mugabe gelingen, aus Zimbabwe einen sozialistischen Ein-Parteien-Staat zu machen?

Nkomo: Diese Pläne sind verfassungswidrig. Mugabe steht für dieses Ziel nur ein Weg offen: Er müßte die Verfassung ändern. Das kann er ohne mich nicht. Ich werde das daher verhindern.

WELT: Von London aus ist das unmöglich. Suchen Sie internationale Kontakte?

Nkomo: Wir sind ein unabhängiger Staat. Ich habe weder mit der britischen Regierung noch mit anderen Staaten Verhandlungen geführt. Für jedes Land, das sich für Zimbabwe interessiert, gibt es nur einen Weg – offizielle Kontakte über das Außenministerium in Harare. Ich mische mich nicht in Außenpolitik ein.

WELT: Aber Sie sprechen von Bürgerkrieg. In solchen Situationen werden einzelne Gruppen oft vom Ausland unterstützt.

Nkomo: Ich will einen Bürgerkrieg vermeiden. Wenn es dazu käme, wäre es tragisch. Daß kämpfende Truppen Hilfe brauchen, ist mir klar. Woher sie kommt, wäre egal.

WELT: Wie groß sind die Chancen, sich mit Mugabe doch noch zu einigen?

Nkomo: Mugabe und seine verfassungswidrige 5. Brigade, die nicht staatlich ist, sondern auf das Kommando des Zentralkomitees der Mugabe-Partei Zanu hört, sind zu brutaler Gewalt übergegangen. Ich stehe täglich mit meinen Parteifreunden telefonisch in Verbindung. Aber meine Zapu-Partei kann nicht mehr normal arbeiten, weil Versammlungen von ministeriellen Genehmigungen abhängig sind. Mugabe muß seine Gewaltmethoden aufgeben und die Mordkommandos zügeln. Nur dann ist eine Einigung möglich. Wenn er das nicht tut, kann er auch das Volk nicht gewinnen und hat selbst keine Zukunft. (SAD)

Aufwind für Labour treibt Tories in die Enge

Unterhaus-Wahlen schon im Juni scheinen ratsam / Auch die Krise der sozial-liberalen Allianz gilt es zu nutzen

FRITZ WIRTH, London

Großbritannien bereitet sich auf Wahlen innerhalb der nächsten sechs Wochen vor. Noch bevor Premierministerin Margaret Thatcher gestern auf ihrem Landsitz in Chequers mit engsten Beratern zu einer Strategie-Konferenz zusammentraf, gab es in Westminster kaum noch Zweifel, daß im Juni gewählt wird, und daß es auf dieser Konferenz nur noch um die endgültige Festlegung eines genauen Termins im Juni ging. Zur Debatte stehen der 9., 16. und 23. Juni (Wahlen finden in Großbritannien jeweils an einem Donnerstag statt). Dabei bietet sich der 23. Juni als wahrscheinlichster Termin an, weil er Frau Thatcher noch die Möglichkeit gäbe, zuvor den Wahl-wirksamen Weltwirtschafts-Gipfel in Williamsburg zu besuchen.

Frau Thatcher hat bisher stets einen Wahltermin im Oktober bevorzugt. Die jüngsten Ereignisse und besonders das Ergebnis der Gemeindewahlen am letzten Donnerstag haben die Mehrzahl ihrer Berater – vor allem Innenminister Whitelaw, Arbeitsminister Tabbit und Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe – jedoch überzeugt, daß frühe Wahlen den Tories die besten Siegchancen bieten.

Abgesehen von Entwicklungen im wirtschaftlichen und finanzpolitischen Bereich machen zwei parteipolitische Trends eine frühe Wahl für die Tories ratsam: Zum einen ist nach Jahren der Krise eine Stabilisierung innerhalb der Labour Party erkennbar, zum anderen ist in den letzten Wochen deutlich geworden, daß die sozialliberale Allianz sich in einem Stimmen- und Stimmungstief befindet. Es liegt nahe, diese Krise zu nutzen. Sicher jedenfalls ist, daß die Zeit für die Labour Party arbeitet und daß angesichts des wachsenden Stabilisierungsprozesses der Partei ein Wahltermin im Oktober für sie günstiger wäre als für die Konservativen.

Zwei Meinungsumfragen haben diesen Regenerierungsprozeß der Labour Party bestätigt. So hat nach einer gestern veröffentlichten Meinungsumfrage des „Observer" die Labour Party mit 38 Punkten ihren höchsten Stimmenanteil seit Mitte 1981 zu verzeichnen. Sie liegt damit nur noch um acht Punkte hinter der Konservativen Partei. Nach einer Meinungsumfrage der „Daily Mail" liegt der Stimmenanteil der Labour Party bei 34 Prozent gegenüber 47 Prozent für die Konservative Partei.

So unterschiedlich die Zahlen sein mögen – sie zeigen doch einen übereinstimmenden Trend: Der konservative Wählerstamm ist relativ stabil, während der Anstieg des Wähleranteils der Labour Party fast ausschließlich auf Kosten der sozialliberalen Allianz geht, die mit 15 beziehungsweise 18 Punkten weit hinter die beiden großen Parteien zurückgefallen ist.

Diese Krise ist besonders alarmierend für den sozialdemokratischen Partner der Allianz. Die SDP muß nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge befürchten, bei der bevorstehenden Wahl ihre gesamte Führungsspitze, die sogenannte „Viererbande" (Roy Jenkins, David Owen, Shirley Williams und William Rodgers) zu verlieren. Alle vier werden jedenfalls große Schwierigkeiten haben, ihre Unterhaussitze zu verteidigen.

Der neugewonnene Optimismus der Labour Party schimmerte am Wochenende deutlich auf einer zweitägigen Arbeitskonferenz des Parteivorstandes mit britischen Gewerkschaftsführern durch, auf der die Gewerkschaftsbosse den Entschluß faßten, mit einem Zuschuß von 2,5 Millionen Pfund (knapp zehn Millionen Mark) praktisch den gesamten Wahlkampf Labours zu finanzieren. Als Preis dafür erhielten sie ein entscheidendes Mitspracherecht im bevorstehenden Wahlkampf eingeräumt: Die Gewerkschaften werden mehr als 400 Gewerkschaftsfunktionäre abstellen, um der Labour Party besonders in jenen 100 von insgesamt 650 Wahlbezirken zu helfen, die Labour den Tories abnehmen muß, um am Wahltag eine Wende herbeizuführen.

Trotz allem Optimismus, den die Partei zur Schau trägt, weiß man in der Labour-Führung dennoch, daß man nur mit einer Außenseiterchance in eine Juni-Wahl geht. Ihr Generalsekretär John Mortimer gab zu: „Wir haben noch einen langen Weg zurückzulegen, bevor wir bei einer Unterhauswahl wieder eine absolute Mehrheit gewinnen können."

- Nr. 107 - Montag, 9. Ma

Galinski: 8. Mai Tag der Befreiung

Der Vorsitzende der Jü... Gemeinde zu Berlin, Heinz ... ski, hat sich dagegen gewa... Tag der deutschen Kapitula... 8. Mai 1945 als „Zusammen... zu bezeichnen. Der Erinneru... an das Kriegsende sollte ... als „Tag der Befreiung" beg... werden, empfahl Galinski. In der Epoche des Grau... mit dem 8. Mai 1945 ihren Ab... gefunden habe, sei es für ... schen Menschen nicht ... Freiheit oder Knechtschaf... dern um Leben oder Tod ... gen. Es sei „allgemein bekan... der vollständige Sieg der Al... über die NS-Diktatur die ... bare Voraussetzung für das ... nen unserer demokratisch... nung" gewesen sei.

Kruse warnt vor jeglicher Nötigung

Gegen „gewaltfreie Ak... der Kirche in den Auseinan... ungen um Friedens- und ... tungsfragen hat sich der ... vangelische Bischof, Martin ... e, gewandt. Kruse sagte ... Regionalsynode der Berlin-... enburgischen Kirche, daß ... he keine derartigen Aktion... nstalten werde. Außerdem ... r davor, mit dem Begriff ... ei" zu harmlos umzugehen ... einer Auffassung stelle ... Hungerstreik eine Form ... alt dar. Das Leben einem ... vor die Füße zu legen und ... erantwortung aufzubürde... e schlimmer sein, „als we... mand den Finger abhack... merkte Kruse. Die Kirche ... uch für jene „Mitchristen ... ch zu einem wie auch im... rteten pazifistischen Zeug... rängt sehen". In der Kirche ... an „sich einander nicht ...

Wieder Großer Zapfenstreich

ms. Tauberbischofsheim

Erstmals seit dem Amts... on Bundesverteidigungsmi... anfred Wörner (CDU) im ... ktober hat die Bundeswehr ... r den Großen Zapfenstreich ... r Öffentlichkeit gespielt. ... örner hatte dazu das 25... estehen des 12. Panzerreg... Tauberbischofsheim am ... enende zum Anlaß genomme... iner Ansprache erklärte ... e Bundeswehr sei Teil der ... haft. Er wolle mit seiner ... e an dem Großen Zapfens... wußt ein „Zeichen" setzen ... : „Ich bin entschieden da... h unsere Soldaten in der Ö... hkeit zeigen." Der Minister ... ärte, die Bundeswehr leist... nsdienst und habe ... und, sich zu schämen oder ... nieren". Er könne es nicht ... , aber er wolle die Bundes... ldaten ermuntern, in der Ö... hkeit Uniform zu tragen. ... ie Zeit ist zu Ende, in de... utstarke Minderheit versuch... s Gesetz des Handelns de... n Mehrheit aufzuzwingen. ... i uns kein Monopol auf fried... esinnung." Frieden und ... lle das ganze Volk, betont... r.

Initiative für Jahr der Vertriebenen

AP

Die „Ost- und Mitteldeutsche ... igung" der CDU/CSU ha... ndesregierung aufgeforde... den Vereinten Nationen ... oklamation eines „Jahres ... rtriebenen" einzusetzen. ... n von der Bundesdelegierte... mmlung der Vereinigung ... hiedeten Antrag wird die ... g mit den fortdauernden ... ngen begründet. Der CDU-... ...tagsabgeordnete Herbert ... wurde von den Delegierten ... genstimme für weitere zw... m seinem Amt als Vorsitz... Vereinigung bestätigt.

WELT (usps 603-590) is publishe... pt sundays and holidays. The ... price for the U. S. A. is US-Dollar ... annum. Second class postage ... ewood, N.J. 07631 and at additio... offices. Postmaster: Send addres... to German Language Publication... Sylvan Avenue, Englewood Cli... 2.

.V.

Ist Syriens Nein nicht endgültig?

Einlenken unter Druck Moskaus und mit dem Plazet der Saudis möglich

E. LAHAV/DW. **Jerusalem**

Syrien hat am Wochenende das israelisch-libanesische Abkommen abgelehnt. US-Außenminister Shultz sagte über sein Gespräch mit Präsident Assad in Damaskus: „Es war sehr schwierig und sehr kompliziert." Zur Rettung des Vertragsentwurfes intensivierte Shultz seine Bemühungen: Er sondierte in Saudi-Arabien und erneut in Israel. Gestern nachmittag flog er nach Beirut weiter.

Die amtliche syrische Nachrichtenagentur Sana berichtete, Assad habe auf den syrischen Standpunkt verwiesen, daß Israel Libanon bedingungslos räumen müsse. Wenn es Bedingungen wie in dem Abkommen auferlege, dränge es seine Präsenz nicht nur über einen Teil, sondern ganz Libanon auf. Assad flog gestern, begleitet von seinem Außenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten, zu Beratungen mit König Fahd nach Dschidda.

Die syrische Ablehnung scheint aber trotz der Äußerungen Assads nicht endgültig zu sein. Diese Erwartung äußerten „kompetente arabische Stellen" sowie „syrische Quellen", die die israelische Zeitung „Ha'Aretz" zitiert. Assad, heißt es, werde eine Serie innerarabischer Beratungen beginnen und von König Fahd den finanziellen Segen holen. Nach den Beratungen würde Syrien seine Truppen aus Libanon abziehen. Die Sowjetunion habe Assad klargemacht, daß sie an einer vollständigen Räumung Libanons von fremden Streitkräften interessiert sei. Die Sowjets hätten zwar zugesichert, Syrien bei einem Angriff auf dessen Staatsgebiet nötigenfalls militärisch, das heißt mit Einsatz sowjetischer Truppen, zu verteidigen. Aber diese Garantie gelte nicht für das libanesische Staatsgebiet.

Unter Berufung auf eine „hochplacierte *israelische* Stelle" berichtete auch die israelische Zeitung „Davar", es werde „schwierige und komplizierte Verhandlungen" mit den Syrern geben, doch letzten Endes würden sie Libanon verlassen. Shultz selbst wies auf eine solche Entwicklung hin, als er betonte, Assad habe ihm erklärt, „die Türe steht offen für weitere Gespräche".

Die syrische Ablehnung, auch Assads Begründung („Das ist eine Kapitulation vor Israel und den USA") *schafft für Israels Premier* Begin innerpolitisch Erleichterung. Er kann damit dem Vorwurf der Opposition entgegentreten, daß das Abkommen einen großen militärischen Rückschlag bedeute. Oppositionsführer Peres hatte in einem Interview außerdem angekündigt, daß seine Partei in der Knesset gegen das Abkommen stimmen werde. Die Regierung ist zwar gesetzlich nicht verpflichtet, das Abkommen dem Parlament zu unterbreiten, wird sich aber der moralischen Verpflichtung wahrscheinlich nicht entziehen.

Ebenfalls auf der Seite der Opposition sagte Begins Amtsvorgänger, Itzhak Rabin, „das Abkommen ist schlecht, aber es ist das beste, das wir unter den gegebenen Umständen *erzielen konnten". Rabin* meinte außerdem, Libanon sei der „falsche Vertragspartner". Israel habe nicht gegen Libanon Krieg geführt, sondern gegen die PLO, und über den Abzug der Truppen aus Libanon müsse es mit Syrien verhandeln.

Sogar in der Koalition gab es viel Widerstand. Energieminister Itzhak Moda'i erklärte: „Hätte ich vorigen Sommer gewußt, wie das Ganze enden würde, so hätte ich nicht für die Erweiterung des Krieges über die ursprünglich geplanten 45 Kilometer hinaus gestimmt." In Südlibanon selbst meldeten sich jene Libanesen zu Worte, die mit den israelischen Truppen zusammenarbeiten und sich jetzt vor Racheakten durch die PLO fürchten. Das gilt besonders für Major Haddad selbst. Um dessen Befürchtungen zu zerstreuen, besuchte ihn am Samstag der israelische Generalstabschef Moshe Levy in seinem Haus in Mardjayoun gemeinsam mit einer Gruppe hoher israelischer Offiziere und versicherte ihm, er stehe weiterhin unter israelischem Schutz.

Die israelische Zustimmung zu dem Abkommen basiert, so wird hier vermutet, auf zwei Überlegungen: die eine war *die* amerikanische Methode von „Zuckerbrot und Peitsche". Israel stand unter amerikanischem Druck, Verzichte zu leisten. Sein Ja führt zu einer spürbaren Verbesserung in den Beziehungen zu seinem einzigen materiellen Rückhalt. Auch die zeitweilig abgeschnittene Waffenhilfe aus Amerika wird jetzt wieder gelockert. US-Präsident Reagan hatte im Falle der Flugzeuge vom Typ F-15 ganz deutlich erklärt, er werde die Lieferung der Flugzeuge nach der israelischen Zustimmung zum Abzug seiner Truppen aus Libanon genehmigen.

Die zweite israelische Überlegung betraf die Zukunft der Golanhöhen (die Israel im Sechstagekrieg 1967 eroberte und seither faktisch annektiert hat). Beobachter vermuten, daß Syrien als Preis für den Abzug seiner Truppen aus Libanon den Golan von Israel zurückhaben möchte – oder in diesem Zusammenhang zumindest *amerikanischen* Druck auf Israel ausüben wird.

Ein einseitiger Teilrückzug der Israelis aus Libanon ist noch immer nicht ausgeschlossen. Wissenschaftsminister Yuval Ne'man schlug gestern nach der wöchentlichen Regierungssitzung vor, Israel solle den Syrern bloß eine Woche zur Annahme des israelisch-libanesischen Abkommens geben. Sollte Syrien auch dann nein sagen, so sollte sich Israel auf eine Linie zurückziehen, die etwa 45 Kilometer *von der israelischen Grenze* entfernt liegt und mit dieser parallel läuft.

Bonn: „DDR" verstößt gegen Vereinbarung

hrk. **Berlin**

Die Bundesregierung hat der „DDR" vorgeworfen, gegen den Briefwechsel über journalistische Arbeitsmöglichkeiten vom November 1972 verstoßen zu haben. Anlaß für diese Feststellung bot die unbegründete Einreiseverweigerung für einen Journalisten der WELT und zweier Berichterstatter der „Bild-Zeitung", die am 30. März 1983 von der Fußball-Europameisterschafts-Qualifikation „DDR" gegen Belgien in Leipzig berichten wollten.

Der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Gerhard Schulze verlangte zu diesem Vorgang eine Stellungnahme der Bundesregierung. In der Antwort an den Parlamentarier heißt es unter Hinweis auf eine entsprechende Bestimmung in der damals geschlossenen Vereinbarung: „Sie (die DDR) ermöglicht bei rechtmäßiger Ausübung des Berufs die Tätigkeit als Reisekorrespondent."

Wenn die „DDR" Anträge von Reisekorrespondenten „nicht oder nur selektiv genehmigt, so schränkt sie die generell zugesagten Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten empfindlich ein. Die Bundesregierung betrachtet dies als einen Verstoß gegen den Briefwechsel mit der DDR vom 8. November 1972."

89 Festnahmen bei Hausräumung

F. D. **Berlin**

Während der Räumung eines besetzten Hauses ist es am vergangenen Samstagnachmittag in Berlin zu Krawallen gekommen, in deren Verlauf die Polizei 89 zumeist junge Leute festnahm. Die Randalierer, die nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden der Hausbesetzerszene zugerechnet werden müssen, hatten auf einer belebten Einkaufsstraße im Bezirk Steglitz Schaufenster von Banken und Kaufhäusern eingeworfen und Passanten attackiert.

Der Friedens-Protest spart die Force de Frappe aus

Frankreichs Grüne wehren sich gegen Kernenergie / Nationaler Konsens über Abschreckung hat historische Gründe

Von A. GRAF KAGENECK

In Frankreich finden keine Ostermärsche statt. Es gibt auch keine nennenswerte Friedensbewegung, die sich in bedrohlicher oder nur auffälliger Form auf den Straßen manifestierte. Zwar betätigen sich „französische Zweige" internationaler Friedensbewegungen propagandistisch in der Öffentlichkeit, aber sie finden praktisch keinen Zugang zu den Massenmedien.

Die „Ökologen", die französische Variation der deutschen Grünen, wenden sich in ihren Programmen gegen das zivile Atom, aber es findet sich nichts gegen die militärische Verwendung der Kernspaltung. Gewaltaktionen gegen im *Entstehen begriffene Atomreaktoren* hat es in Frankreich nicht minder gegeben als in der Bundesrepublik, aber es wurde daraus kein Protest gegen die Force de frappe abgeleitet.

In letzter Zeit meldet sich verstärkt der französische Sektor der internationalen „Friedensbewegung" mit Abrüstungsvorschlägen zu Wort. Er organisiert im ganzen Lande „Generalstände für die Abrüstung", auf denen neben getarnten Kommunisten auch Links-Gaullisten, der ehemalige sozialistische Minister Jean-Pierre Cot, oder übergelaufene Militärs, wie der (dem deutschen General Bastian entsprechende) Admiral Antoine Sanguinetti, das Wort ergreifen.

Zweifellos steht die kommunistische Partei hinter dieser Initiative, und sie tut es wahrscheinlich auf Weisung Moskaus. Aber es ist merkwürdigerweise nie von der französischen Atomwaffe dabei die Rede. Die Friedensbewegung brandmarkt die „Überrüstung", das Wettrüsten und seine moralischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen auf die Menschheit, die Rolle, die bei dessen Beendigung die Kirchen und die gesellschaftlichen Gruppen spielen können. Solche „Generalstände" sollen den ganzen Sommer über in fast allen der 95 Departements Frankreichs stattfinden; sie sind zeitlich auf die im Herbst zu erwartende große Auseinandersetzung über eine Nachrüstung in Europa ausgerichtet. Aber sie finden keine Beachtung in der Öffentlichkeit.

Frankreichs mächtige katholische Kirche äußert sich ebenfalls nicht zur nationalen atomaren Abschreckung. Sie habe, heißt es, ihren Standpunkt dazu noch nicht endgültig festgelegt. Um so engagierter vertritt sie die Auffassung, daß die nukleare Verteidigung eines Landes Bestandteil der konventionellen Verteidigung sei und nicht als Mittel der Abschreckung eines Angriffs ausgeschlossen werden kann, so „schrecklich" diese Waffe auch sei. Hier gehen Frankreichs Bischöfe deutlich auf Distanz zu ihren amerikanischen Confratres. Sie sagen sogar ausdrücklich, daß sie als Europäer einen anderen Blickwinkel zu diesen Fragen hätten und daß sie sich hier besonders solidarisch mit den deutschen Bischöfen fühlten.

Mit diesen zusammen arbeiteten sie im letzten Juni in Lyon ein Positionspapier aus, in dem „der Rückgriff auf die militärische Deckung als letztes Mittel einer Friedenspolitik" als vom *moralischen Standpunkt aus zu billigen* bezeichnet, einseitige Abrüstung ausgeschlossen und das Rüstungsgleichgewicht „in der augenblicklichen Situation" als Voraussetzung für wirkungsvolle Abrüstungsverhandlungen hingestellt wird.

Dies alles aber betrifft die Welt-Umstände, nicht die französischen militärischen Dinge. Die eigene Atomstreitmacht bleibt ausgeschlossen aus der Abrüstungsdiskussion, als sei sie tabu oder gar nicht vorhanden. Präsident Mitterrand hat sich in Peking wie zuvor schon viele Male energisch gegen den Versuch der Sowjets gewandt, die französischen Atomraketen in die Genfer Abrüstungsverhandlungen einzubeziehen. Die KPF unterstützt ihn in dieser Weigerung, obwohl sie stalinistisch und moskauhörig ist. Selbstverständlich würde man auch keinen Giscardisten finden, der hier einwilligt, von den Gaullisten ganz zu schweigen. Somit herrscht in der Frage der Notwendigkeit und Unantastbarkeit der nationalen und unabhängigen *atomaren Abschreckung* in Frankreich ein schweigender, aber ganz und gar durchgehender nationaler Konsensus, der die erstaunliche Kontinuität und Intransiganz der französischen Sicherheitspolitik erklärt.

Fragt man nach den Gründen für diesen Konsensus, so wird man ihn im Trauma des Zweiten Weltkrieges zu suchen haben. Die Blitzniederlage im Mai 1940, viereinhalb Jahre fremde Besatzung, mühsame Wiedererlangung der Unabhängigkeit Frankreichs nach dem Kriege durch General de Gaulle gegen die übrigen Siegermächte, Eroberung und Behauptung eines ebenbürtigen Platzes im westlichen Machtgefüge an der Seite der USA und Großbritanniens – das alles hat tiefe Spuren *im Nationalbewußtsein* der Franzosen hinterlassen.

Der Entschluß, eine französische Atombombe zu bauen, wurde nicht etwa von General de Gaulle gefaßt. Er fiel bereits 1945 mit der Schaffung eines Kommissariats für Atomenergie als Vorstufe zu einer militärischen Anwendung des Atoms. Als 1953 die erste britische Atombombe explodierte, beschleunigten sich die französischen Vorbereitungen: Am 13. Februar 1960, nur 21 Monate nach de Gaulles Amtsantritt als letzter Ministerpräsident der 4. Republik, explodiert die erste französische Bombe in Reggane in der Sahara.

Es blieb nur, die politischen Konsequenzen aus dem Besitz der „absoluten Waffe" zu ziehen. Der General zögerte nicht, dies zu tun. Als Eisenhower und MacMillan seinen Vorschlag, zusammen mit ihm ein Dreier-Direktorium über die Atlantische Allianz zu errichten, ablehnten, nahm er Frankreich 1966 aus der militärischen atlantischen Integration heraus – im wesentlichen mit dem Argument, daß man die Verantwortung über den Einsatz der Bombe nicht mit anderen teilen könne. Wenn andere die Bombe haben, muß Frankreich sie auch haben, da es sonst politisch entmannt sei, hieß ein anderes. Ein drittes war, daß man sich der Erpressung durch andere entziehen müsse. Ein viertes schließlich, daß man nicht wisse, ob Europa wirk*lich von den Amerikanern* verteidigt würde. Als Alibi für den Vorwurf des nationalen Egoismus war damals in Frankreich zu hören, daß, solange Europa (sprich Deutschland) seine Unabhängigkeit (von den USA) nicht erlangen könne, Frankreich mit gutem Beispiel vorangehen müsse.

Keines dieser Argumente ist jemals von einer politischen Partei in Frankreich dauerhaft in Frage gestellt worden. Die jüngste Willensbekundung der Links-Regierung, die Rüstungsanstrengungen auf den atomaren Sektor der Streitkräfte zu verlagern, ist im Fünfjahres-Rüstungsplan bis 1988 enthalten. Auch die Kommunisten stimmten dem zu.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Kampf gegen den Grauen Star

„Engpässe in der Medizin: Beispiel Augenchirurgie"; WELT vom 22. März

Die bisherige Starbrille nach Staroperation sei eine Zumutung und restauriere das Sehvermögen unvollkommen. Tatsächlich erreichen über 90 Prozent unserer nach bisheriger Methode Operierten 100 Prozent Sehschärfe für die Ferne und können in der Nähe mit dem Bifokalglas von weniger als 10 Gramm Gewicht kleinste Schrift fließend lesen.

Die neuen Methoden mit Ultraschall und Einpflanzen einer Kunststofflinse kommen zahlenmäßig an den Seherfolg der alten Methode noch nicht heran. Ob die Kunststofflinse auf die Dauer vertragen wird, kann man erst nach zehn Jahren sagen. Das bisher geübte Verfahren der Einpflanzung in die Vorderkammer hat so viele Nachteile gezeigt, daß man jetzt in großem Maße zur zweiten Versuchsreihe, der Einpflanzung in die Hinterkammer, startet. Aber auch hier gibt es Nachteile.

Wenn Herr Müller von einer Warteliste von rund *3000* Namen spricht, so betrifft das einzig und allein seine eine „Beispiel-Klinik" mit 22 Betten, die ihre Patienten nach zwei Tagen nach Hause entläßt und für die er offensichtlich Reklame machen will. Bei uns über 100 operierenden Belegarzt-Augenärzten kann jeder Starpatient innerhalb 2–3 Wochen einen Operationstermin erhalten. Von Engpaß keine Rede. Bekäme ich heute einen Star, ich ließe mich nicht „ambulant" operieren und mir auch keine Kunststofflinse einpflanzen.

Dr. Gerd Höfling,
Facharzt für Augenkrankheiten,
Belegarzt Krankenhaus Wülfrath

*

Angesichts der Häufigkeit des grauen Stars ist eine Verunsicherung weiter Kreise durch den Artikel zu befürchten. Die Einpflanzung von Kunststofflinsen ist keineswegs grundsätzlich anderen Verfahren überlegen. Sie findet in der Bundesrepublik lediglich bei etwa 20 Prozent aller Staroperationen Anwendung. Strengste Indikationsstellung wird gefordert im Hinblick auf Spätkomplikationen *und die nicht endgültig beantwortete Frage der Dauerverträglichkeit.* Es mehren sich diesbezüglich Berichte in der Weltliteratur. Auch die Entfernung der getrübten Linse mit Hilfe des Ultraschall-Verfahrens bezeichnet die Deutsche Ophtalmologische Gesellschaft als noch umstritten. Nicht von ungefähr haben nur wenige der über 2000 deutschen Augenärzte diese Methode übernommen. Daraus folgt, daß die herkömmlichen Operationsverfahren keineswegs als obsolet zu betrachten sind.

Dr. Wilhelm Klecker,
Facharzt für Augenkrankheiten,
Bochum

*

Hier kann und soll nicht zu *Meinungsdifferenzen auf einem medizinischen* Fachgebiet Stellung genommen werden. Nur soviel sei gesagt: Die Entwicklung fließt. Ständig werden neue Operationstechniken ersonnen und zusätzliche Erfahrungen gesammelt. Was vor sechs Jahren umstritten war, muß es heute nicht mehr oder nicht mehr in gleichem Maße sein. Welchen Stand die Entwicklung jeweils *erreicht hat, zeigt wohl* weniger der Anteil einer Methode an den Operationsfällen als der Prozentsatz, zu dem sie von den erfahrensten Operateuren *bevorzugt* wird.

Wie die Komplikationsrate im Zusammenhang mit Ultraschall-*Verfahren* und Implantation von führenden Experten eingeschätzt wird, zeigt das folgende Zitat:

„Bis vor zwei Jahren hätte ich mich noch einer intrakapsulären Katarakt-(Grauen Star)-Operation unterzogen und Kontaktlinsen gewählt. Komplikationen im Zusammenhang mit intraokularen Linsen wären für mich immer noch ein zu großes Risiko gewesen. Mit Aufkommen der hinteren Kammerlinse würde ich mich j e t z t für die extrakapsuläre Extraktion und eine in den Ziliarkörper eingebettete Linse entscheiden."

So äußerte sich 1981 auf dem Internationalen Kongreß für Katarakt-Chirurgie in Florenz laut Tagungsprotokoll der Veranstaltungsleiter Professor Maumenee, A. E. (John Hopkins Hospital, Baltimore), der in Fachkreisen „Papst der Augenchirurgie" genannt wird.

Albert Müller

Nicht zumutbar?

„Zitat des Tages"; WELT vom 3. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Frau Liselotte Funcke, glaubt, daß auch bei *einer hohen Arbeitslosigkeit* ausländische Arbeitnehmer unverzichtbar seien, da die deutschen Arbeitslosen nicht für die freiwerdenden Stellen zur Verfügung ständen. Dem ist heftigst zu widersprechen. In den schweren Zeiten nach dem 1. und 2. Weltkrieg hat jeder Deutsche die Ärmel hochgekrempelt und jede sich bietende Arbeit angefaßt. Erst eine überzogene und damit leistungs- und arbeitsfeindliche Sozialpolitik hat diese Bereitschaft unterminiert.

Wenn heute jede Arbeit für einen Arbeitslosen zumutbar wäre, vorausgesetzt, er ist gesund, wäre das Problem sofort vom Tisch. Politikern fällt aber offensichtlich das Verteilen leichter.

Dr. Wulf Rothenbächer, Diez

Vorrang für Kohle

„Gute Chancen für die Kohle"; WELT vom 30. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

für das Argument, daß die Haldenfinanzierung für die Steinkohle der Preis für unsere Energiesicherheit ist, habe ich Verständnis. In der Energiepolitik muß nämlich langfristig gedacht und Vorsorge getroffen werden. Wir können uns nicht nur auf Importe verlassen. Sie kosten Devisen und belasten unsere Zahlungsbilanz. Das gilt sowohl für Erdöl und Erdgas als auch für die Einfuhr von ausländischer Kohle, die im vergangenen Jahr *um fast 15 Prozent auf immerhin* 12,3 Millionen Tonnen angestiegen ist.

Daß dafür heimische Kohle auf Halde kommt, vermag ich nicht einzusehen. Hoffentlich bleibt auch für die neue Regierung der im Energieprogramm festgelegte „Vorrang für die heimische Kohle" bestehen.

Peter Kottwitz, Scheidegg

Ohne Vermischung

„Keine Vorreiterrolle bei den Gummigeschossen"; WELT vom 2. März

Selbst in dem Bericht der Technischen Kommission an den AK II der Innenministerkonferenz vom Herbst 1981, der auch dem Korrespondenten der Welt, Herrn Xing-Hu Kuo vorliegt, wird davon gesprochen, daß es nach „offiziellen Berichten" zweimal zum Verlust eines Auges bei Demonstranten gekommen sei. In einem Fall sei die Ursache „nicht eindeutig geklärt". Der Züricher „Verein betroffener Eltern", dessen Präsident bei der Pressekonferenz der Grünen in Stuttgart anwesend war, und Mitglieder der „Autonomen Sanität Zürich" im Schweizer Roten Kreuz sprechen von sieben Menschen, die ein Auge verloren haben bis zum Februar 1983, also zwei Jahre n a c h dem Bericht für die Innenministerkonferenz.

Die Grünen haben darüber hinaus sehr deutlich unterschieden zwischen verschiedenen Geschossen und diese den Pressevertretern teilweise auch vorgezeigt (irisches Plastikgeschoß, Gummischrot aus Zürich, Gummischrot, wie es für Baden-Württemberg geplant ist) sowie der jeweils damit verbundenen Gefahren. Von einer „Vermischung" kann keine Rede sein.

Wolfgang Schmitt,
Pressesprecher der Grünen im
Landtag von Baden-Württemberg,
Stuttgart 1

Ein Skandal

Sehr geehrte Herren,

ich habe Ihre Berichterstattung und Kommentierung zu den beiden Todesfällen anläßlich der scharfen und offensichtlich unmenschlichen Vernehmungen der DDR-Behörden mit Genugtuung zur Kenntnis genommen.

Was demgegenüber in den „Tagesthemen" seitens des Herrn Merseburger am Abend des 28. April 1983 verlautbar wurde, stellt einen Skandal dar. Herr Merseburger beanstandete nicht etwa die scharfen Verhöre der DDR-Behörden. Vielmehr wollte er diese offensichtlich aus deren „Souveränität" gerechtfertigt sehen, während er aber scharfen Tadel für alle diejenigen fand, welche die Verhältnisse, die zu derartigen Todesfällen führen, kritisiert haben.

Ich bitte Sie, ein entsprechendes Protokoll vom NDR anzufordern und hierzu vielleicht noch einmal Stellung zu nehmen. Man sollte derart skandalöse Einseitigkeit nicht unkommentiert lassen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. F.-J. Rinsche,
Hamm 1

Wort des Tages

„Es gibt nur ganz wenige Sünden, die unter gar keinen Umständen vergeben werden – zu ihnen gehört es, wenn jemand gegenüber dem Leben undankbar ist."

Horst Wolfram Geißler, dt. Schriftsteller (1893–1983)

Personalien

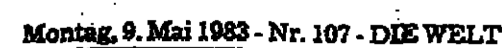
EMPFANG

„Wir befinden uns fest an der Seite der USA, deren demokratische Staats- und Gesellschaftsform unseren Freiheits- und Gleichheitsidealen entspricht." Dies sagte **Annemarie Renger**, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages (SPD), anläßlich eines Abschiedsessen für amerikanische Gäste auf der Godesburg in Bonn-Bad Godesberg. Die Delegation hatte sich im Rahmen des Mitarbeiteraustausches zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Kongreß der Vereinigten Staaten zwei Wochen in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) aufgehalten.

AUSZEICHNUNGEN

Die Internationale Liga für Menschenrechte hat dieses Jahr die *Carl-von-Ossietzky-Medaille* an den Gewerkschaftler **Heinz Brandt** und an den Geistlichen **Martin Niemöller** verliehen. Brandt war vom Staatssicherheitsdienst verschleppt und jahrelang in „DDR"-Zuchthäusern gefangengehalten worden. Niemöller wurde als führender Kopf der „Bekennenden Kirche" geehrt.

Der Komponist und Dirigent **Leonard Bernstein** erhält den mit 20 000 Mark dotierten Raiffeisen-Kulturpreis. Damit soll nicht nur das künstlerische Werk, sondern auch sein „herausragendes Engagement" für die Jugend gewürdigt werden. Prof. Dr. **Gerd Meyer-Schwickerath**, Direktor der Augenklinik an der Universität Essen, hat von der Ophtalmologischen Gesellschaft Dänemarks deren höchste Auszeichnung, die Bjerrum-Memorial-Lecture, erhalten. Die polnische Ophtalmologische Gesellschaft ernannte Prof. Meyer-Schwickerath zum Ehrenmitglied.







Köln: Experten diskutierten über Wirtschaftlichkeit beim Rundfunk

Wüsten am Stadtrand und Bildschirm

Kann man, fragte Professor Waldemar Schreckenberger, so etwas wie eine Theorie der Wirtschaftsführung öffentlich-rechtlicher Unternehmen entwickeln? Der Chef des Bundeskanzleramts war bis vor kurzem als Chef der Mainzer Staatskanzlei speziell mit den öffentlich-rechtlichen Funkhäusern befaßt. Er hat den Wildwuchs ihrer Ausgaben erlebt, er hat, wie jeder andere Befaßte, kein Rezept dagegen gefunden; er ist offenbar gern der Einladung Professor Klaus Sterns (schon vor Veröffentlichung der ersten Bände seines „Staatsrechts" einer der angesehensten Verfassungsrechtler der Republik) und seiner Kollegen Hübner und Oehler gefolgt, vor dem Institut für Rundfunkrecht der Kölner Universität über das Thema „Programmauftrag und Wirtschaftlichkeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten" zu sprechen.

Es sei der erste Versuch, die Frage der Wirtschaftlichkeit öffentlicher Betriebe im Rahmen einer juristischen Lehrveranstaltung zu untersuchen, meinte Professor Stern. Aber weder Schreckenberger noch sein Gegenredner, der hessische Intendant Wolfgang Lehr, konnten mehr dazu beitragen als, im Falle Schreckenberger, eine umfassende Problemdarstellung und, im Falle Lehr, eine hinreißend charmante polemische Zurückweisung.

Schreckenbergers Bemerkung über Kosten, die entstehen, wenn ein Kamerateam eigens in die Wüste zu Aufnahmen von Wüstensand fährt, wo doch vielleicht ein Spielplatz am Stadtrand genügend Sand aufwiese, wurde von Lehr mit köstlichem Schmerz gekontert: „Das ist der ganze Schreckenberger!" Nein, wer den Rundfunkanstalten Unwirtschaftlichkeit vorwerfe, der wisse eben nicht Bescheid; Lehr hingegen weiß Bescheid und weiß auch ein Beispiel: die „Buddenbrooks"-Verfilmung des Hessischen Rundfunks habe zwar den ganzen Etat der zuständigen Redaktion gefressen, aber sie habe eine Sehbeteiligung von 44 Prozent gehabt; die „Alexanderplatz"-Verfilmung dagegen, das verpaßte er einem im Hörsaal sitzenden Zuständigen, habe es nur auf sechzehn Prozent gebracht. Und dann die vielen Länder, die seine „Buddenbrooks" ankauften! Hier sei deutsche Kultur hinausgetragen worden, wer wird da noch die Kosten nachrechnen; darf man überhaupt Kultur bepfennigfuchsen?

Natürlich darf man; auch der höfliche Gastgeber Klaus Stern deutete dies an, als er auf die eingedampften Etats der Universitäten anspielte. Lehr merkte nicht, wie er sich selber widerlegte. Wenn seine „Buddenbrooks" wirklich ein Erfolg waren: „Alexanderplatz" war es jedenfalls nicht, und die meisten Anstrengungen des Monopolfernsehens sind es nicht.

Wenn also Schreckenberger nach einer Theorie öffentlicher Wirtschaftsführung sucht, hier ist sie: Erstens heißt der Chef, vor allem der Personalchef, allemal Parkinson. Zweitens ist Inkompetenz prinzipiell unkündbar und in der Regel unversetzbar. Drittens hat das Monopol einen unerschütterlichen Panzer an Alibis; im Fall des Fernsehens etwa: hohe Beteiligung beweist, daß wir gut sind („Buddenbrooks"); niedrige Beteiligung beweist, daß man was für die anspruchsvollen Minderheiten getan hat. Viertens: Egal, welche Kosten am Ende entstehen, der Kunde muß nachschießen. So daß, fünftens, die Ausgaben allenfalls durch besonders intensives Wehgeschrei der ausgeplünderten Gebührenzahler zu begrenzen sind. Wobei sich dann, sechstens, herausstellt, daß man in „guten" Zeiten Personalstrukturen samt dazugehörigen Pensionsansprüchen derart aufgebläht hat, daß für den eigentlichen (Programm- oder sonstigen) Auftrag immer weniger übrigbleibt.

Siebtens: Je undifferenzierter die Leistung ist (Wasser, Elektrizität), desto eher kann man die Entwicklung wenigstens einigermaßen im Griff behalten; handelt es sich dagegen um „Kultur"-Leistung, so ist kaum etwas zu bremsen, am allerwenigsten die Klage, daß Banausen der Muse die Luft abdrehen. So daß, achtens, auch aus dieser Sicht die einzige Lösung die Privatisierung ist; nicht nur deshalb also, weil sie, wie Schrekkenberger dankenswerterweise mehrfach hervorhob, bei Funk und Fernsehen verfassungsrechtlich geboten ist.

So daß, neuntens, aus Versuchen wie der Kölner Tagung, so aussichtslos ihr Vorhaben im Ansatz scheinen mag, doch Honig zu saugen ist.

ENNO v. LOEWENSTERN

STUDIO

Die Kirche legt keinerlei Wert darauf, **„in Richtung einer Electronic-Church abzudriften"**. Dies erklärte der Regensburger Bischof Manfred Müller bei einem Empfang für Journalisten seines Bistums. Dabei stehe die Kirche in Deutschland den neuen Medien durchaus aufgeschlossen gegenüber. Sie werde weiterhin darum bemüht sein, die Kommunikation mit der Gemeinde zu pflegen und die bisherigen Kanäle dazu nutzen. Auf die „Print-Medien" sei man „sehr, sehr" angewiesen. Der Bischof bat die Journalisten, sich an ihrem Platz für den Frieden in Stadt und Diözese einzusetzen. (KNA)

*

Einen neuen Film über **Käthe Kollwitz** mit dem Titel „Langer Abschied" zeigt das „DDR"-Fernsehen am 10. Mai. Die Autorin Renate Apitz stellt damit ihr erstes Fernsehspiel vor. Die Titelrolle spielt Walfriede Schmitt.

*

Hörspiel des Monats April wurde das Hörspiel „Die Mainzer Begegnung mit dem Tod" von Hans Kasper. Die Jury der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste erklärte, diese Gemeinschaftsproduktion des SR und des WDR sei in „ihrer künstlerischen Verdichtung" einmalig. Eine Grenzsituation sei „neu und überzeugend dargestellt". Der Autor verarbeitete eigene Erfahrungen auf dem Grenzgebiet zwischen Leben und Tod.

KRITIK

Zum Lachen reicht's nie

Na da schau her, der Herr Groschenromantauschzentralenbesitzer wird eingeladen und fährt ins Bayerische. Und schon hat die ARD, Abteilung Südwestfunk, ausgesorgt: Für sieben Wochen hat sie eine Serie für verregnete Samstagnachmittage: „Alfred auf Reisen."

Der Ort der Handlung verrät es schon, erst recht die produzierende ORF, von der man den Schmarrn kaufte: Dem Ekel mehr oder weniger seligen Angedenkens begegnet man nicht. Der Herr Alfred, das ist Alfred Böhm, und der ist in Österreich offensichtlich so beliebt, daß man mit ihm alles anstellen kann, ohne Unmut zu erregen.

„Anstellen" ist zuviel gesagt: Der Herr Alfred wird gezeigt, das ist es dann schon. Im übrigen verfährt man nach dem faden Rezept, ihn mit Dingen zu konfrontieren, die er nicht kennt. Oder man steckt ihn in eine Kluft, die Regisseur Helmut Pfandler für einen Ausbund von Komik hält.

Wenn freilich „das Ski-As" (erster Teil) über die Slalom-Piste stolpert, wenn es statt des Eisstokkes sich selber schießt oder mit modernen Skierbindungen nicht zurechtkommt, so liegt das auf dem Niveau, auf dem ein Amerikaner Spaghetti ißt oder ein Ureinwohner Australiens Sauerkraut. Zum Lachen reicht es nie.

Aber eine Hoffnung gibt es ja: Vielleicht scheint an den kommenden sechs Samstagen die Sonne.

KATHRIN BERGMANN

Schrecken ohne Genüßlichkeit

Von den oft verketzerten Amerikanern mit ihrer – wie viele deutsche Fernsehleute uns gern glauben machen möchten – beispiellosen Trivialität ließe sich doch gerade dies lernen: wie Spannung produziert wird, ohne bequemer Oberflächlichkeit zu verfallen, wie Schrecken auch ohne Genüßlichkeit serviert wird, wie der Zuschauer in den prickelnden Schein des Dabeiseins gehüllt wird. „Die Feuerfalle" (ZDF) hat dies einmal mehr meisterhaft gezeigt.

In eher skizzenhaften Bildern werden wir, während das Unheil in Gestalt einer angeschmorten elektrischen Leitung sich langsam und unerbittlich nähert, mit den späteren Opfern bekannt gemacht: mit unverzagten Menschen, die nicht anonym bleiben, mit deren Lebens- und Liebesschicksalen in einer Zeit breiter sozialer Not. Die Katastrophe selbst – Rekonstruktion eines weltweit Aufsehen erregenden Fabrikbrandes im New York des Jahres 1911, bei dem 146 Menschen zu Tode kamen – erscheint als unausweichliches Ergebnis zynischer Respektlosigkeit vor der Würde des Menschen. Und doch endet der glänzend inszenierte Streifen nicht in Hoffnungslosigkeit. Die Flammen der Zerstörung weichen einer Zukunft, die nicht nur deshalb besser wird, weil dieser Brand Anlaß zu schärferen Sicherheitsbestimmungen gab.

HERMANN A. GRIESSER

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Feuerfalle
US-Spielfilm, 1976
11.40 Im Gepäcknetz durch Europa
12.10 Querschnitte
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

14.10 Tagesschau

14.15 MM Montags-Markt
Gäste und Beiträge: Teatro I Macap – Eine italienische Theatergruppe / Tante-Emma-Laden – Tante Emma und Frau Bratenkötter tratschen über Ausländer / Precious Wilson mit ihrem neuen Song „Let's move Aerobic" / Bestseller-Autoren – Heinz G. Konsalik / MM-Café – mit zwei Streifenpolizistinnen / Felicia Weathers – amerikanische Opernsängerin.
Moderation. Petra Schürmann

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Abenteuer Bundesrepublik
Große Koalition
Anschließend:
Ein Platz an der Sonne

21.15 Kontraste
Ost-West-Magazin
Mit den Themen: 1. Deutschlandpolitik – nach der Regierungserklärung des Bundeskanzlers / 2. Wie „normal" läuft der Transitverkehr? / 3. Großer Bahnhof in Moskau – Das erste Treffen zwischen Honecker und Andropow.

21.45 Café in Takt
Mit Peter Horton und Bonnie Bianco, Ornella Vanoni, Dieter Reith, Jean Toots Thielemans, Gert Westphal, Gudrun Haag, Schmidt Hansl

22.30 Tagesthemen

23.00 Unsere Leichen leben noch
Film von Rosa von Praunheim
Fünf Frauen um die sechzig erleben anläßlich einer Fotoausstellung gemeinsam einige aufregende Tage in Berlin. Man hat sich viel zu erzählen – alles könnte ganz harmonisch verlaufen, doch jemand hat es auf das Leben der Frauen abgesehen!

00.35 Tagesschau

ZDF

15.20 Sport aktuell – aus Düsseldorf:
Tennis-World-Team-Cup
Reporter: Rainer Deike

17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Heinz-Johann Lang und Ricchy + Povery

17.50 Ein Colt für alle Fälle
Harte Pizza, Teil 1
Anschl. heute-Schlagzeilen

18.25 Ein Colt für alle Fälle
Harte Pizza, Teil 2

19.00 heute

19.30 Ganz schön mutig!
Gespräche und Geschichten mit Dieter Kürten und seinen Gästen

20.15 Kontakte
Magazin für Lebensfragen
Wer anders ist, ist mein Feind!
Über die Toleranz in unserer Gesellschaft
Moderation: Michael Albus
Eine Frau fährt mit ihrem behinderten Kind im Bus; die Mitfahrenden machen taktlose Bemerkungen. Ein nigerianischer Arzt geht in ein Restaurant; der Kellner teilt ihm mit, daß er einen Neger nicht bediene ... „Die Menschen haben gelernt, zu schwimmen wie die Fische, zu fliegen wie die Vögel, aber wie Brüder zusammenzuleben haben sie nicht gelernt", schrieb der amerikanische Bürgerrechtskämpfer Martin Luther King. Intoleranz, Fremdenhaß, der Aufbau von Vorurteilen und Feindbildern bestimmen vielfach den Umgang der Menschen untereinander.

21.00 heute-journal

21.20 Geheimsender 1212
Eine Episode aus dem Zweiten Weltkrieg
Regie: Rudolf Nussgruber

22.50 Sport aktuell
Tennis-World-Team-Cup

23.35 heute



Durch Lageberichte und Analysen täuschen Mario (Imo Heite, l.), Metsy (Kristina Nel, M.) und der Major die Existenz einer Widerstandsgruppe vor – „Geheimsender 1212", ARD, 21.20 Uhr FOTO: TELEPRESS

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Deutsch (31)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Sonnenwende
Mit Henry Fonda, Myrna Loy u. a.
Regie: Ralph Rosenblum
21.15 War es denn wirklich so ... ?
„Abenteuer Bundesrepublik" im Gespräch
22.45 Lokaltermin
23.15 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Ausländer – Inländer (5)
19.00 Antiquitäten in Serie (6)
19.15 Die Sprechstunde
Selbsthilfegruppen
20.00 Tagesschau
20.15 Geschichte ist Gegenwart
Berlin, 30. Januar 1933:
Eine Stadt erinnert sich
21.15 Man war nicht erwünscht
Deutsche Literatur zwischen 1933 und 1950
22.00 Alaska – Amerikas letztes Pionierland
Ein Fotofilm
22.30 Pchenz
Phantastische Erzählung von Abram Terz
23.35 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Montagsspaß (18)
19.00 Ausländer – Inländer (5)
19.30 Elternstammtisch
20.00 Tagesschau
20.15 Standpunkte
21.00 Drei aktuell
21.15 Die Schnüffler
22.00 Filmmagazin
22.50 Thema offen

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Deutsch (31)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Bonanza
100 000 Dollar Lösegeld
20.20 Menschen unter uns
21.05 Opas Weltraum-Utopien
Flash Gordon auf dem Planeten Mongo
21.15 Club 2

BAYERN

18.15 Zoogeschichten
18.40 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
18.45 Rundschau
19.00 Damals in Berlin
19.20 Ich und die Kaiserin
Dt. Spielfilm, 1933
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Die ersten Menschen (3)
Der aufrechte Gang
22.50 Rundschau



Wer steckt hinter der Fälschung?

● Fortsetzung von Seite 1

thal hält aber eine „Kombination zwischen Nazi-Fälschern in Südamerika und jenen des Staatssicherheitsdienstes in der DDR nicht für ausgeschlossen". Ähnlich äußerte sich in „Bild am Sonntag" auch Hitler-Biograph Professor Werner Maser.

In einem Bericht der neuen Ausgabe des Nachrichtenmagazins „Spiegel" heißt es, daß vor Abdruck der angeblichen Tagebücher nicht einmal die Chefredakteure des „Stern", und damit Koch und Schmidt, die Quelle erfahren hätten. Die Herkunft der 60 „Tagebücher" und „Sonderbände" sei nur dem Vorstandsvorsitzenden von Gruner + Jahr, Gerd Schulte-Hillen, vom „Tagebuch"-Beschaffer, dem „Stern"-Reporter Gerd Heidemann, mitgeteilt worden.

Nach inoffiziellen Informationen gab es im „Times"-Verlag heftige Diskussionen über die Zukunft des Historikers Hughes Trevor-Roper (Lord Dacre). Das Mitglied des Beratungsdirektoriums bei der „Times" hatte die Notizen zunächst für echt erklärt, dann jedoch einen spektakulären Sinneswandel vollzogen. Der Professor aus Cambridge war persönlich nicht erreichbar. Er soll sich verbittert über das Vorgehen des „Stern" geäußert und von „journalistischem Druck" gesprochen haben.

Die Nachricht, daß die angeblichen Hitler-Tagebücher des „Stern" von Fachleuten des Bundesarchivs in Koblenz als totale Fälschung eingestuft wurden, ist von den britischen Zeitungen mit Hohn und Spott und bei der „Times"-Gruppe mit großer Betretenheit aufgenommen worden. Der „Daily Telegraph" schrieb das „Fiasko" dem Stil und den Methoden des Verlegers Murdoch zu, des Besitzers von „Times" und „Sunday Times". Das Blatt erinnerte daran, daß die „Times" bereits 1968 ebenfalls gefälschte „Mussolini-Aufzeichnungen" veröffentlichte. Das Massenblatt „Daily Star" schrieb in einem ironischen Kommentar, die angeblichen Tagebücher seien ein „riesiger Witz" gewesen. Als „echten Scoop" veröffentlichte das Blatt vier Fotomontagen aus dem „geheimen Fotoalbum Hitlers, das von seiner Ordonanz gerettet wurde". Eine der Montagen zeigt Hitler zeitungslesend mit der darunterstehenden Anmerkung: „Ich beim Lesen der Sunday Times."

Die Pariser Sonntagszeitung „Journal de Dimanche" kommentierte: „Jetzt muß man wissen, wer die falschen Hitler-Tagebücher hergestellt hat. Handelt es sich um einen banalen kommerziellen Betrug von Fälschern, die die Verantwortlichen des „Stern" übers Ohr hauen wollten? Oder verbirgt sich dahinter etwa viel Schlimmeres, eine politische Manipulation mit der Absicht, die Bundesrepublik Deutschland zu destabilisieren oder Hitler zu rehabilitieren, indem man dem Monstrum ein menschliches Gesicht verleiht? Wie immer die Wahrheit aussieht, es ist dringend notwendig, sie kennenzulernen."

Berichte, wonach Bundeskanzler Kohl die Nachrichtendienste in die Prüfung der „Hitler-Tagebücher" eingeschaltet habe, wurden gestern von einem Regierungssprecher als unzutreffend bezeichnet. Der Sprecher wollte aber nicht ausschließen, daß die Dienste „von Amts wegen" tätig geworden seien.

USA suchen Abstimmung mit Paris vor der nächsten Genfer Runde

Die Medien blicken auf Außenminister Shultz / Aus dem Nahen Osten zur OECD

TH. KIELINGER, **Washington**

Von dem rauhen diplomatischen Terrain Nahost kommend, erwartet den amerikanische Außenminister George Shultz heute ein weiterer Einstieg in harte Wirklichkeiten, diesmal allerdings auf einem Gebiet – der Wirtschaft –, wo der 62jährige Geschäftsmann und frühere Professor sich seit langem auskennt: Shultz wird an der Sitzung der OECD in Paris teilnehmen.

In Paris wird dem Außenminister einen Tag später Verteidigungsminister Weinberger folgen, zu einem bilateralen Gespräch mit dessen französischen Amtskollegen, Hernu. Das mit wenig Publicity angekündigte Treffen der beiden Verteidigungsminister gewinnt vor dem Hintergrund der jüngsten Rede Andropows zur INF-Frage Bedeutung. Die amerikanische Abrüstungspolitik muß dringend mit der französischen Seite sprechen, ehe man am 17. Mai mit den Sowjets in Genf in die nächste Verhandlungsrunde eintritt.

Wiederum stehen die britischen und französischen nuklearen Systeme im Vordergrund –, erneut müssen sich die Alliierten sorgfältig abklären in den Positionen, die sie in bezug auf diese Systeme gegenüber Moskau vertreten. Auch bei den INF-Verhandlungen – wie im Nahen Osten – steht die Hoffnung auf Durchbruch immer hart neben der Aussicht des Scheiterns. Bisher jedenfalls geht man in Washington davon aus, daß die Genfer Runde in der Sackgasse enden muß, wenn Moskau weiterhin auf dem Einschluß der britischen und französischen Arsenale in den INF-Verhandlungen besteht. Einschluß bei START, den Gesprächen über die Begrenzung der strategischen Rüstung –, das wäre eine andere Sache, über die Amerikaner wie auch ihre Bündnispartner bereit wären zu sprechen.

Resümiert man die derzeitigen außenpolitischen Versuche der Reagan-Administration, wobei Zentralamerika als wichtiger dritter Thesenbereich hinzugezogen werden muß, so fällt immer mehr ein wichtiges Moment ins Auge: In ihren zweieinhalb Jahren hat diese gegenwärtige Administration noch keinen sichtbaren „Durchbruch" auf irgendeinem nennenswerten Feld ihrer diplomatischen Aktivitäten erzielt. Sie ist andererseits auch noch keinmal ernsthaft „eingebrochen", sieht man von dem Debakel über die Sanktionen gegen den Bau der sibirischen Gasleitung ab. Dieser Testfall ist übrigens für Shultz das bisher größte Erfolgserlebnis gewesen: Er war es, der mit sanfter Überredungskunst den Präsidenten von dem immer gefährlicher werdenden Kollisionskurs mit den Alliierten abbrachte.

Angesichts der ausgeglichenen Bilanz der Reaganschen Außenpolitik finden sich die dazu aufgerufenen Kommentatoren denn auch in einem großen Dilemma: Sie können und wollen keine Summe ziehen, da das eigentliche Fazit noch so stark in der Schwebe hängt, die Außenpolitik der Reagan-Administration wie eine Partitur wirkt, nach der noch immer nicht recht gespielt wird.

Viele Beobachter suchen daher ihr Heil im Vergleich zur unmittelbar voraufgegangenen Carter-Administration. Doch sind die Unterschiede im Stil und Wollen dieser beiden Regierungen so stark, daß ein Vergleich nur bedingt hilfreich wirkt. Jedenfalls war Carter im dritten Jahr seiner Regierung als der „Aktivist" in die Außenpolitik eingegangen, der er von Anfang an hatte sein wollen. Ihm waren bahnbrechende Erfolge gelungen – und er hatte Verluste einstecken müssen, die ihn schließlich um die Präsidentschaft bringen sollten.

Bis zum Sommer 1979 hatte Jimmy Carter die Panamakanal-Verträge unter Dach und Fach gebracht; die Beziehungen zur Volksrepublik China erweitert; das Camp-David-Abkommen eingebracht und das (später gescheiterte) SALT-II-Vertragswerk abgeschlossen, mit den NATO-Verbündeten war die Nachrüstung abgesegnet worden.

Andererseits war: Im Frühjahr 1978 Äthiopien im Gefolge eines sowjetischen Militärlifts vollständig in die marxistisch-kommunistische Sphäre übergewechselt; Afghanistan im April 1978 durch den Taraki-Putsch in die Hände einer kommunistischen Regierung gefallen (was den späteren sowjetischen Einmarsch vorbereiten half); Iran im Januar 1979 von der Khomeini-Revolution endgültig erobert worden und – im Juni 1979 – Nicaragua von den Sandinisten; der Streit um die Neutronen-Waffe, im April 1978, hatte die Allianz schwer belastet.

Außenpolitisch war die Carter-Ära eine nicht endende Abfolge hohen Dramas. Der außenpolitische Höhepunkt in der Reagan-Administration dagegen war bisher die Ablösung Alexander Haigs durch George Shultz. In der Substanz verläßt sich diese Regierung aufs Deklamatorische, wobei den Worten durch Gesetzeskraft in Washington Druck verliehen werden soll. Das gelingt – siehe Zentralamerika – nur mit Einschränkung. Ihre Vorgängerin ging ganz aufs Aktivistische – und die ungeschützten Flanken machte sie um so verwundbarer. Drama erlebten beide in der Bündnispolitik: ein Zeichen, daß die amerikanische „Westpolitik" in den letzten sieben Jahren unangenehmen Schwankungen unterworfen war.

Es ist sehr schwer vorherzusagen, welche Rolle das bisher außenpolitisch eher unterentwickelte Bild der Reagan-Regierung im heraufziehenden Wahlkampf spielen wird. Sehr viel wird von George Shultz selber und seiner Stellung in der Regierung sowie seinem Ansehen draußen, vor allem in den Medien, abhängen. Bis vor kurzem sah es so aus, als verschwände der äußerlich gewichtige Mann hinter der Masse der anfallenden Themen. George Shultz ist nicht präsent, hieß es.

Sindermann beschreibt Marschrichtung der SED

Fortsetzung aller Verhandlungen mit Bonn

H.-R. KARUTZ, **Bonn/Berlin**

SED-Politbüromitglied Horst Sindermann hat sich bei seinem Zusammentreffen mit dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker am Rande des „Luther-Tages" in Eisenach dafür ausgesprochen, sämtliche zwischen Bonn und Ost-Berlin abgesprochenen oder beabsichtigten Verabredungen und Verhandlungen zügig zu beginnen oder fortzusetzen.

Wie aus Bonn über die Unterredung mit Weizsäcker im Hause des thüringischen Landesbischofs Werner Leich (WELT v. 6. 5.) durchsickerte, ist Sindermann, Präsident der „Volkskammer", damit als erster „DDR"-Repräsentant nach Erich Honeckers Besuchsabsage auch offiziell der SED-Linie gefolgt. Sie besteht darin, die Verstimmung nicht zu vertiefen, sondern wieder auf eine geschäftsmäßige Ebene zurückzukehren.

Wie kirchliche Teilnehmer des Abendessens in der Residenz von Leich berichteten, hatten sich Sindermann und Weizsäcker zu einem separaten Gespräch zurückgezogen, bei dem auch der Vorsitzende der Ost-CDU, Gerald Götting, zugegen war. Da nach Bonner Informationen dabei die gesamte aktuelle innerdeutsche Themen-Palette zur Sprache gekommen sei, ist auch davon auszugehen, daß Weizsäcker die westliche Forderung nach meßbaren und für die Menschen im geteilten Deutschland nachvollziehbaren Erleichterungen bekräftigte. Folglich kann dabei auch das Problem des teilweise mehr als verdoppelten Zwangsumtauschs durch die „DDR" nicht ausgeklammert worden sein, das Ost-Berlin in jüngsten Äußerungen als ein „finanzielles" Problem darstellte, das nicht so sehr einen politischen Hintergrund habe.

Deshalb dürfte auch Sindermann nicht über eine entsprechende Bemerkung von SED-Politbüromitglied Günter Mittag hinausgegangen sein, der in einem Gespräch mit Uwe Ronneburger (FDP) Mitte Februar in Ost-Berlin den geldlichen Aspekt in den Vordergrund gerückt hatte. Damals war Ronneburger zum Abschied die Bemerkung mit auf den Weg gegeben worden, möglicherweise falle der Bonner Seite zu diesem Thema „eine Idee" ein.

Denkbar wäre, daß die „DDR" einer Übereinkunft zustimmt, die ihr den Mehrerlös aus der Erhöhung läßt, aber den einzelnen West-Reisenden nicht höher als bis zum Herbst 1980 belastet.

Zu den verabredeten, aber bisher nicht in Angriff genommenen Verhandlungen, auf die Sindermann offenbar in Eisenach anspielte, zählt die schon im September 1982 von Honecker bei einem Besuch von Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski zugestandene Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein Kulturabkommen. Vor der Bundestagsneuwahl zeigte die „DDR" jedoch kein Interesse.

Dafür bewegt sich jedoch auf westlicher Seite das S-Bahn-Problem, bei dem es um eine Übernahme der seit Herbst 1980 weitgehend stillgelegten S-Bahn-Anlagen in westliche Regie geht. Der in dieser Frage vereinbarte Zeit-Fahrplan kann allem Anschein nach eingehalten werden. Daran liegt vor allem der „DDR", die nach eigenen Angaben jährlich 100 bis 140 Millionen D-Mark als Defizit ausgleichen muß.

In der vergangenen Woche verabschiedete eine politische Experten-Runde auf Kanzleramts- und Ministerial-Ebene ein S-Bahn-Papier, das Berlins neuer Bundessenator Professor Rupert Scholz als abschließendes Votum des Senats vorlegte. Es sieht die Wiederbelebung eines vorerst minimalen Rumpf-Netzes mit nur noch einer S-Bahn-Verbindung zwischen West- und Ost-Berlin zum Bahnhof Friedrichstraße sowie die Aufgabe eines bislang betriebenen Bahntunnels unter der Sektorengrenze vor.

Noch vor Pfingsten soll diese Übereinkunft auf der Bonner Ministerebene gebilligt werden, bevor bei den westlichen Alliierten um ihre endgültige Zustimmung nachgesucht wird.

Kabul kann Widerstand nicht brechen

AFP, **Kabul**

Die extrem starken Sicherheitsmaßnahmen des kommunistischen Regimes zum Schutze Kabuls können eine Intensivierung der Widerstandstätigkeit in der afghanischen Hauptstadt offensichtlich nicht verhindern. Eine Serie Anschläge zeugte in den vergangenen zwei Wochen von der verstärkten Präsenz der islamischen Nationalisten in unmittelbarer Nähe der staatlichen Schalt- und Machtzentren.

Am 27. April, als sowjetische und afghanische Sicherheitskräfte massiv zum Schutz der Feierlichkeiten zum 5. Jahrestag der Revolution mobilisiert worden waren, wurden im Süden Kabuls Busse in die Luft gesprengt. Mehrere Dutzend Schüler, die zu einem offiziellen Umzug gebracht werden sollten, wurden nach Informationen aus verschiedenen Quellen bei den Attentaten getötet. Zwei Tage zuvor war Kabul durch die Sprengung von Hochspannungsleitungen von drei Elektrizitätswerken im Osten der Stadt abgeschnitten worden. Seither gibt es nur noch Sparstrom.

Am Abend des 26. April wurde im Norden Kabuls mit schwerer Artillerie geschossen. Drei Wohnungen des Randviertels „Microrayon", in dem die sowjetischen Berater und die afghanischen Spitzenfunktionäre untergebracht sind, flogen fast zum selben Zeitpunkt im Abstand von je einer halben Stunde in die Luft, nachdem den Bewohnern Sprengpakete zugestellt worden waren. 41 Personen wurden getötet, 32 weitere verletzt, hieß es aus glaubwürdiger Quelle. Das Privilegiertenviertel mit seinen grauen Betonklötzen inmitten der Einöde erinnert heute an eine Stadt im Belagerungszustand: Sowjetische Panzer, Stacheldrahtverhaue und sowjetisch-afghanische Patrouillen zeugen davon, daß die Normalisierung hier noch keine großen Fortschritte erzielt hat. Auch die Zivilisten in „Microrayon" trennen sich nie von ihren Waffen. Die Männer begleiten ihre Frauen gewöhnlich beim Einkauf. Abgesehen von den motorisierten Patrouillen wagen sich die Sowjets nur noch sehr selten in die Kabuler Innenstadt.

Wo und wie Blüm sparen will

Zwei Milliarden von der Krankenversicherung, 835 Millionen von Versicherten

GISELA REINERS, **Bonn**

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) scheint fündig geworden zu sein: Rund 2 Milliarden Mark will er von der Kranken-Versicherung und 835 Millionen von den Versicherten verlangen, um die Rentenversicherung so liquide zu machen, daß die von den Finanz- und Wirtschaftspolitikern der Koalition befürwortete Verschiebung der nächsten Rentenerhöhung unterbleiben kann.

Die Arbeitnehmer würden dabei durch indirekte Beitragserhöhungen und Leistungseinschränkungen betroffen, der Bund will seine Zuschüsse kürzen. Fest steht, daß am Mittwochnachmittag Staatssekretär Franke vom Arbeitsministerium die Kassenvertreter informiert, wo und wie der Bund sparen will.

Neu ist, daß vom Krankengeld, dem Lohnersatz, nicht nur Beiträge zur Rentenversicherung, sondern auch zur Arbeitslosenversicherung gezahlt werden sollen; auch vom Mutterschaftsgeld (nicht vom Geld, das während des Mutterschaftsurlaubs gezahlt wird) sollen diese Beiträge erhoben werden. Wer Kranken- oder Mutterschaftsgeld bezieht, soll in Zukunft 11,3 Prozent (9 Renten-, 2,3 Arbeitslosenversicherung) abführen. Die andere Beitrags-Hälfte geht zu Lasten der Krankenversicherung, insgesamt rund 650 Millionen.

Ein weiterer Eingriff soll die Kürzung des Bundeszuschusses an die knappwirtschaftliche Rentenversicherung sein, durch die Anpassung der Krankenversicherung der Knappschafts-Rentner an die gesetzliche Krankenversicherung. Zur Zeit wird die Krankenversicherung zu 100 Prozent von der knappwirtschaftlichen Rentenversicherung getragen, die wiederum zu 75 bis 80 Prozent vom Bund bezuschußt wird. Das bringt rund eine Milliarde in die Rechnung ein.

Die Verschiebung der Zuständigkeit für die Tuberkulose-Behandlung von der Renten- auf die Krankenversicherung zuzüglich der Angleichung des Kinderzuschusses für Rentner an das Kindergeld (statt 154 nur noch 50 Mark fürs erste Kind) sollen 420 Millionen bringen, das heißt, in diesen Größenordnungen wird die Bundes-Rentenkasse durch Verlagerung entlastet. Belastet wird die Krankenkasse noch durch die Aktualisierung der Rentenanpassung. Sinken die Rentenzuwächse, sinken auch die absoluten Beiträge, die der Krankenversicherung der Rentner zufließen.

Insgesamt werden nach der Rechnung des Hauses Blüm die Krankenversicherer mit etwa zwei Milliarden zur Kasse gebeten. Sie erhalten im Gegenzug rund 1,3 Milliarden aus den Beiträgen auf die einmaligen Sonderzahlungen, zu denen die Versicherten verpflichtet werden sollen. Bleibt ein Negativ-Saldo von 0,7 Milliarden. Die werden jedoch, so das Arbeitsministerium, überkompensiert durch den Fortfall der einmaligen Zahlung der Krankenkassen von 1,2 Milliarden, die der Bund ihnen für 1983 entzogen hatte unter Hinweis auf die Krankenversicherungspflicht für Zusatzeinkommen von Rentnern. Bliebe – rein rechnerisch – den Kassen ein Plus von rund einer halben Milliarde. – Die Reaktionen der Krankenversicherungsträger stehen noch aus.

Seite 2: Welch ein Job!

„DDR": Schulterschluß mit Moskau

Ergebnis des Honecker-Besuchs bei Andropow / Probleme der Wirtschaft erörtert

hrk, **Berlin**

Der fünftägige Staatsbesuch Erich Honeckers in der Sowjetunion und die dabei verabredete Gegenvisite von Jurij Andropow in der „DDR" zu einem noch abzustimmenden Termin haben den wieder deutlich enger gewordenen Schulterschluß der SED mit dem großen Bruder in Moskau demonstriert.

Zwar ohne den zu Breschnews Zeiten obligatorischen Bruderkuß auf dem Moskauer Flughafen begrüßt, aber durch Andropow mit dem „Lenin-Orden" und dem Goldenen Stern eines „Helden der Sowjetunion" höchstmöglich dekoriert, bestätigte Erich Honecker die seit Polens Ausfall eindeutige Rolle der „DDR" als die zweite Kraft im Warschauer Pakt.

Die wiederholte Bezugnahme beider Seiten auf den Freundschaftspakt zwischen der „DDR" und der UdSSR vom 7. Oktober 1975 unterstrich, daß die Reise in erster Linie dazu diente, auch die „DDR" auf den neuen Mann Andropow einzuschwören und erste Festlegungen für den Fall zu treffen, daß zum Jahresende die erste Etappe der NATO-Nachrüstung greift.

Die Zusammensetzung der „DDR"-Delegation ließ unschwer die Hauptpunkte der Gespräche erkennen: Hermann Axen gilt als „Falke" und „Außenpolitiker" mit Schwerpunkt Abrüstungspolitik der SED. Werner Felfe ist für Landwirtschaftsfragen zuständig, Günter Mittag für das komplizierte Gebiet der RGW-Zusammenarbeit, Joachim Herrmann ist der immer mehr in den Vordergrund rückende Agitationschef im SED-Zentralkomitee sowie Staatssicherheitschef Erich Mielke, der in Andropow zumindest einen dienstlich gut bekannten Kollegen vorgefunden haben müßte.

Legt man den Kern dieser fünftägigen Tour nach Moskau, Taschkent, Usbekistan bis nach Alma-Ata bloß, zeigt sich das Gesprächsthema Nr. 1., die Wirtschaft.

Die mehrfach betonte „völlige Übereinstimmung der Ansichten zu allen wichtigen Fragen der Gegenwart" fand auf ökonomischem Gebiet anscheinend ihre Grenzen. Erich Honecker kam in seinem Toast sogar ungewöhnlich deutlich auf die Probleme zu sprechen. Er sprach von der „lebenswichtigen Bedeutung" der gemeinsamen Anstrengungen für den Fortschritt von Wissenschaft und Technik und der Nutzung ihrer modernsten Erkenntnisse, zum Beispiel in der Mikroelektronik und der Robotertechnik.

Von „großer Bedeutung" in den Gesprächen seien auch die „gegenwärtigen Bemühungen der RGW-Länder, ihre sozialistische ökonomische Integration wirksamer zu gestalten". Offenbar fehlt es noch an der gewünschten Effizienz. Dabei geht es immer wieder um das alte Problem, das den Chef-Planern in Ost-Berlin Sorge bereitet: Die Sowjetunion zwingt quasi die „DDR" angesichts der Arbeitsteilung innerhalb des Comecon, sie mit der modernsten verfügbaren Elektronik und computergesteuerten schlüsselfertigen Anlagen zu versorgen, aber bei der Bezahlung weiterhin auf den ungünstigen Transfer-Rubel angewiesen zu sein.

Franc weiter unter Druck

J. Sch. (Paris) – Steuert Frankreich einer neuen Abwertung entgegen? Diese Frage stellt sich, nachdem der Franc letzte Woche zum ersten Mal seit der Paritätsbereinigung vom 21. März generell unter Druck geraten war. Der D-Mark-Kurs am amtlichen Pariser Devisenmarkt überschritt dabei zunehmend die Drei-Franc-Marke, die als „Grenze" der französischen Währungsstabilität angesehen wird.

Das ist zwar objektiv falsch, denn das Europäische Währungssystem (EWS) läßt gegenwärtig Kursschwankungen zwischen 2,9985 und 3,1363 Franc für die D-Mark zu. Mit bis zu 3,0280 Franc war die deutsche Valuta bisher noch nicht besonders stark. Jedoch überrascht, daß sich der Franc so schnell von seinem bestmöglichen D-Mark-Kurs abhob.

Nun kaufte allerdings die Bank von Frankreich in den ersten sechs Wochen nach der letzten Abwertung für immerhin 55 Milliarden Franc Devisen am Markt. Damit glich sie die zuvor wegen der Franc-Verteidigung entstandenen Devisenverluste mehr als aus.

Andererseits leidet der Franc indirekt unter der Dollar-Schwäche, die ebenfalls aus technischen Gründen den D-Mark-Kurs weltweit anziehen läßt. Die Franc-Schwäche auch gegenüber anderen EWS-Währungen spricht aber für einen eigenständigen Kursverfall. Mangels aktueller negativer Wirtschaftsdaten scheint der wichtigste Grund dafür die Verschlechterung des sozialen und innenpolitischen Klimas zu sein, durch die der neue französische Austerity-Plan in Frage gestellt werden könnte.

Probleme mit Überschüssen

Von JOACHIM NEANDER

In England, so wußte man beim Deutschen Weinbaukongreß anläßlich der „Intervitis" in Stuttgart zu berichten, mästet man Bullen versuchsweise mit Traubenmostkonzentrat. Auch Stuttgarts Oberbürgermeister Rommel, um Scherze nie verlegen, steuerte einen Tip für neue Verwendungszwecke bei, indem er auf einen württembergischen König verwies, der einst den landeseigenen Wein zum Einreiben gegen Krankheiten aller Art benutzt habe.

Die deutsche Weinwirtschaft, die nach dem von niemand erwarteten Erntesegen 1982 zum erstenmal seit langer Zeit zumindest kurzfristig mit Überschußproblemen zu kämpfen hat, wie man sie normalerweise nur aus Italien und Frankreich kennt, kann zur Zeit gute Ratschläge gebrauchen. Die Preise sind im Keller. Auch die nächste Ernte wird, wenn die Natur nicht noch gegensteuert, in der Menge überdurchschnittlich. Lagertanks haben Lieferzeiten bis November. Wer Geld hat oder auftreiben kann, baut.

Nur die Weintrinker zögern. In den ersten Monaten 1983 hat der deutsche Wein im Inlandsverbrauch mit einem Zuwachs von 7 Prozent dem Auslandswein zwar wieder etwas Terrain abgenommen. Aber insgesamt ging der Weinkonsum weiter leicht zurück.

Niemand wird erwarten, daß Erzeuger, Handel und Kommissionäre, die sich in Stuttgart die Köpfe über die Zukunft des deutschen Weins zerbrachen, zu allererst an den Verbraucher denken. Jedem sitzt das Hemd näher als die Jacke. Dennoch, es gibt ein Kriterium, an dem auch der Weinkonsument im eigenen Interesse messen kann, was sich da an Wünschen, Forderungen und Maßnahmen der Branche abzeichnet. Es ist die Frage nach dem marktwirtschaftlichen Geist.

Auf dreierlei Weise hat der Markt bereits auf bemerkenswerte Weise triumphiert. Nur Utopisten konnten glauben, die Rekordernte 1982 werde sich mit den Knappheitspreisen der mageren Jahre zuvor vermarkten lassen. Daß die Preise sanken, war marktgerecht. Aber auch, daß der Markt beim Preisverfall zwischen traditionellen, qualitativ guten und anderen Rebsorten deutlich differenziert, und daß er den neu eingeführten Deutschen Landwein überall dort zu einem glatten Reinfall werden ließ, wo die Qualität der Werbung nicht entsprach, ist eigentlich ein gutes Zeichen. Der Konsument ist nicht mehr mit ein paar romantischen Versen, einem Schloß auf dem Etikett und einem kräftigen Restzuckergehalt abzuspeisen. Er wählt.

In Stuttgart zeigte sich, daß die Mehrheit der deutschen Weinerzeuger dies nicht nur erkannt hat, sondern auch akzeptiert. Um Mengen, Preise, Qualität und Winzereinkommen wieder ins rechte Lot zu bringen (was das gute Recht der Winzer ist), hat die Branche neben einer verstärkten Werbung und einer Forcierung genossenschaftlicher Zusammenschlüsse (deren marktstabilisierende Bedeutung von niemand mehr anzuzweifeln ist) vor allem zwei Dinge ins Auge gefaßt.

Erstens einen nationalen, auf drei Jahre befristeten Neuanpflanzungs-Stopp. Die Juristen zweifeln noch ein wenig, ob dies auch bei Gericht durchsetzbar sein wird. Aber ein Anbaustopp verstieße nicht gegen marktwirtschaftlichen Geist. Eine weitere Ausdehnung der Flächen kommt so gut wie nie der Qualität der Weine zugute.

Um zu verhindern, daß bei einem allgemeinen Anbaustopp die Winzer auf den vorhandenen Flächen nun erst recht große Mengen produzieren (viele unter dem Zwang der Geldnot), soll zweitens die von der EG längst vorgeschriebene, in der Bundesrepublik mit ihren starken Klima- und Ernteschwankungen, aber aus gutem Grund bisher noch nicht praktizierte Begrenzung der Hektarerträge endlich eingeführt werden.

Aber im Detail steckt der Teufel. Mengenbegrenzung auch um der Qualität willen? Oder Mengensteuerung nur zwecks stabiler Preise? Entscheidend wird sein, ob es dem Weinbau gelingt, dies in Selbsthilfe, also ohne neue Gesetze und ohne zusätzliche Steuermittel, zu erreichen. Die beiden Vertreter des Staates auf einer Podiumsdiskussion des Weinhandelsverbandes winkten bereits deutlich ab.

Wichtig scheint die Tatsache, daß auch Weinbaupräsident Reinhard Muth (Nomen est omen) sich nicht scheut, jetzt in aller Öffentlichkeit jenen Kollegen, vor allem von der Mosel, entschieden entgegenzutreten, die Selbsthilfemaßnahmen als „dirigistisch" kritisieren und ablehnen, um am Ende aber Vater Staat und den Steuerzahler für alle eventuellen Folgen in Anspruch zu nehmen.

Wer glaubt, auch der deutsche Weinbau müsse sein Heil in der EG-Intervention und Garantiepreisen (wie die EG sie übrigens in diesem Jahr tatsächlich erstmals auch für Qualitätswein ins Auge faßt) suchen, der täuscht sich selbst. Bier-, Kaffee- und Wassertrinker werden nicht bereit sein, mit ihren Steuern die Zukunft des deutschen Weinbaus zu garantieren.

Die große Mehrheit der deutschen Winzer, ganz speziell die junge Generation, scheint dies auch ernsthaft nicht zu erwägen. Das stellt ihnen ein gutes Zeugnis aus. Sie werden damit zu Verbündeten ihrer Kunden.

BUNDESBAHN / WELT-Gespräch mit Verkehrsminister Werner Dollinger

Bessere Ausstattung trotz der Klemme im Haushalt ist dringend erforderlich

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Bundesbahn kann auf Dauer nur überleben, wenn sie die Mittel erhält, um zu einem rational wirtschaftenden Unternehmen zu werden, das die modernste Technik nutzt. Bundesverkehrsminister Werner Dollinger will sich dafür einsetzen, daß die Bahn trotz der gegenwärtigen Haushaltsklemme finanziell besser als bisher ausgestattet wird, sonst werde sie zu „einem auslaufenden Betrieb". Dollinger plant eine Novelle zum Bundesbahn-Gesetz, um den Verwaltungsrat zu reformieren.

„So wie bisher kann es bei der Bahn nicht weitergehen", betonte Bundesverkehrsminister Werner Dollinger in einem Gespräch mit der WELT. Er wolle gar nicht rechten, auf wessen Konto die Unterlassungen zu verbuchen seien, die zu den gegenwärtigen Zuständen geführt haben. Ob das Unternehmen zu lange als reine Verwaltung geführt worden sei, ob es zu wenig mit Kapital vom Eigentümer, dem Bund, ausgestattet worden sei, wolle er jetzt nicht untersuchen. Fest stehe, wenn so weiter wie bisher gefahren werde, könne es bei der Bahn nur noch schlimmer werden. Wenn ein Unternehmen im Wettbewerb zurückgefallen sei, erläutert Dollinger, so stehe es vor der Wahl, aufzuholen oder den Betrieb mit den vorhandenen Anlagen allmählich auslaufen zu lassen. Genau vor dieser Weichenstellung stehe jetzt die Bahn.

Er habe daher den Vorstand der Bundesbahn aufgefordert, ohne Rücksicht auf politische Zwänge rein betriebswirtschaftliche Vorstellungen für die Gesundung der Bahn zu entwickeln. Diese Pläne sollen dann mit den Vorstellungen verglichen werden, die in seinem Hause bestehen. Mit dem sich daraus ergebenden Konzept will Dollinger ins Kabinett gehen. Er ist sich darüber im klaren, daß es angesichts der Haushaltsschwierigkeiten nicht leicht werden wird, zusätzliche Mittel zu erhalten. Im Gespräch machte er jedoch deutlich, daß es für ihn keine Alternative gibt. Die in den letzten Wochen aus dem Finanzministerium bekanntgewordenen Modellrechnungen, die von einem leicht sinkenden Bundeszuschuß ausgehen, spiegelten nicht seine Meinung und auch nicht die des Finanzministers wider, beteuerte Dollinger.

„Ein Handwerksmeister, der heute noch mit dem Werkzeug von 1950 arbeiten muß, hat auch keine Chance." Ähnlich sieht Dollinger die Situation bei der Bahn. Weil es an Geld fehle, könnten nicht die modernen Lokomotiven angeschafft werden, die nur ein Drittel der Kosten der Geräte verursachen, die jetzt noch in Betrieb sind. Da der Unterbau nicht entsprechend sei, könnten die Züge nur mit einer Geschwindigkeit von gut 100 Stundenkilometern fahren, obwohl das Doppelte technisch möglich wäre. Aber nur wenn die Bahn entsprechend schnell und attraktiv werde, könnten die Einnahmen gesteigert werden.

In welchem Umfang Personal bei der Bahn in den nächsten Jahren abgebaut werden müsse, könne er noch nicht sagen, da das Konzept noch nicht vorliege. Die Bahn könne auf Dauer nur so viele Beschäftigte haben, wie auch Arbeit vorhanden sei. Der Bahn-Vorstand bezifferte den gegenwärtigen Personalüberhang auf 13 000.

Aber nicht nur im Interesse der Eisenbahner müsse rasch Sicherheit durch Entscheidungen über die Zukunft der Bahn geschaffen werden. Kunden der Bahn würden sich umorientieren, wenn sie nicht langfristig auf diesen Verkehrsträger setzen könnten. Dollinger sieht gute Gründe für höhere Investitionen bei der Bahn. Zum einen würden zusätzliche Baumaßnahmen oder Materialbestellungen direkt auf die Beschäftigung wirken. Zum anderen könne sich die deutsche Lokomotiven- und Waggonindustrie längerfristig kaum Chancen auf den ausländischen Märkten ausrechnen, wenn ihre Entwicklungen in der Bundesrepublik nicht eingesetzt werden.

Dollinger läßt im Gespräch keine Zweifel zu, daß er sich einen unternehmerisch handelnden Vorstand wünscht. Er ist sich im klaren darüber, daß dazu auch entsprechende Kontrollorgane gehören. Daher hat er eine Reform des Verwaltungsrats und damit eine Novellierung des Bundesbahn-Gesetzes im Visier.

USA

Besserung am Arbeitsmarkt

H.-A. SIEBERT, Washington

Weiter verbessert hat sich die Lage am US-Arbeitsmarkt. Seit Dezember, als die 17 Monate dauernde Rezession auslief und durch einen milden Konjunkturaufschwung abgelöst wurde, fanden 650 000 Amerikaner einen Job. Die Arbeitslosenquote sank von 10,8 auf 10,2 (März: 10,3) Prozent. Am günstigsten sieht es in der verarbeitenden Industrie aus, die in den vergangenen vier Monaten 450 000 Beschäftigte einstellte.

Nach einer Umfrage des Arbeitsministeriums in Washington haben im vergangenen Monat 140 Wirtschaftsbereiche Neueinstellungen vorgenommen. In der Weiterverarbeitung nahm die Zahl der Arbeitsplätze um 110 000, in der Bauindustrie um 30 000 zu. Zugleich erhöhte sich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 0,8 Prozent. Die durchschnittliche Arbeitswoche verlängerte sich auf 40,1 Stunden.

Dennoch sind die Schatten längst nicht beseitigt: Zum erstenmal seit der Großen Depression vor 50 Jahren lag die US-Arbeitslosenrate acht Monate lang über zehn Prozent. Von den Arbeitslosen mußten mehr als 2,7 Millionen über ein halbes Jahr stempeln gehen. Im April betrug die Zahl der arbeitswilligen Amerikaner ohne Job immer noch 11,3 Millionen.

Am schlimmsten geht es den schwarzen US-Bürgern. Ihre Arbeitslosenquote stieg im April von 19,9 auf 20,8 Prozent. Unter den Weißen sank dagegen die Rate von neun auf 8,9, unter den Amerikanern spanischer Abstammung von 16,2 auf 14,5 Prozent.

BILDSCHIRMTEXT

Zeitplan verschoben

GISELA REINERS, Bonn

Durch Lieferschwierigkeiten der Computerfirma IBM, die den für den neuen Fernmeldedienst Bildschirmtext (Btx) wichtigen Zentralrechner nicht rechtzeitig aufstellen kann, hat sich der Zeitplan für die Einführung verschoben. Wie aus dem Bundespostministerium verlautet, sieht der Fahrplan jetzt so aus:

– Am 3. September wird Bildschirmtext, wie vorgesehen, im Rahmen der Funkausstellung in Berlin bundesweit eingeführt. Die endgültige Eröffnung ist für den 2. Mai 1984 vorgesehen.
– Die Btx-Zentrale in Berlin wird so ausgebaut, daß sich zusätzlich zu den jetzt vorhandenen Teilnehmern des Feldversuchs in Berlin noch bis zu 8000 weitere Teilnehmer aus dem ganzen Bundesgebiet anschließen können.
– Neue Informationsanbieter werden nicht mehr zugelassen, es bleibt also bis zur Lieferung der vollständigen technischen IBM-Einrichtung sowie der Programme (Software) bei dem Anbieterkreis, der sich an den Feldversuchen in den beiden Testgebieten beteiligt hatte.
– Sogenannte Einwählknoten werden in Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart und München zwischengeschaltet, um den Teilnehmern aus dem Bundesgebiet den Btx-Dienst zu Ortsgebühren aus Berlin zukommen zu lassen.
– Wer schon nach dem neuen (besseren) Europa-Standard arbeiten kann, erhält dazu die Möglichkeit durch einen Zusatz-Computer, der in Berlin eingerichtet wird.

AUF EIN WORT

„Die beste Kontrolle für einen Unternehmer ist der konkurrierende zweite Unternehmer."

Prof. Dr. Rolf Sammet, Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG, Frankfurt.

FOTO: WOLF P. PRANGE

US-AKTIENMÄRKTE

Neue Rekorde zum Wochenschluß

H.-A. SIEBERT, Washington

Alle wichtigen Börsenbarometer haben in den USA am Freitag neue Rekorde aufgestellt. An der New York Stock Exchange nahmen der Dow-Jones-Industrieindex um 12,87 auf 1232,59, der breitgestreute Nyse-Index um 1,07 auf 95,47 Punkte zu. Trotz ansehnlicher Verluste zu Beginn gewannen sie im Wochenverlauf 6,39 und 1,20 Punkte. Die Umsätze überstiegen am Freitag 128 Millionen Papiere.

Einen Gang zurückgeschaltet haben die institutionellen Investoren. Sie folgen eher den Wall-Street-Analysen, von denen nach wie vor nahezu zwei Drittel Kurskorrekturen voraussagen. Dem widerspricht allerdings einer der bekanntesten Beobachter in Manhattan Downtown, Ronald A. Glantz von Paine webber. Für ihn sind die Papiere immer noch billig; sinkende Zinsen vorausgesetzt, visiert er für 1984 einen „Dow" an, der 1700 Punkte erreicht.

Glantz empfiehlt den Einstieg in Energie-, Bank- und Versicherungsaktien. Andere Broker setzen auf Bauunternehmen, Luftfahrtgesellschaften, Eisenbahnen und Rohstoffwerte – Bereiche also, die ebenfalls von der günstigeren Konjunktur profitieren. Am Freitag waren indes vor allem Auto- und Technologiepapiere gefragt. Auf die Aktienbörsen positiv wirken sich die jetzt stärker zurückgehenden Renditen an den US-Rentenmärkten aus. Die künftige Stimmung hängt ausschließlich von der Zinsentwicklung ab. Als Bremse kann sich die unerwartete Geldexplosion in der letzten Berichtswoche (Mit plus 1,4 Milliarden Dollar) erweisen.

KERNKRAFT

Riesenhuber nach Kairo gereist

HEINZ HECK, Bonn

Forschungsminister Heinz Riesenhuber reist heute für sechs Tage nach Ägypten. Im Mittelpunkt steht dabei unausgesprochen das deutsche Interesse an der Lieferung von Kernkraftwerken in das Land am Nil. Kairo will in Kürze die ersten Kernkraftwerke zur nationalen Stromversorgung bestellen und hat für diesen Herbst die Lieferung international ausgeschrieben.

Aus der Bundesrepublik beteiligt sich die Kraftwerk Union AG (KWU), die zwei Angebote einreichen wird: Dabei geht es um die Lieferung eines Kraftwerks mit tausend Megawatt oder um die eines Doppelblocks mit zusammen zweitausend Megawatt für den Standort El Dabaa am Mittelmeer. Der Preis der Druckwasserreaktoren wird auf etwa drei Milliarden Mark je Einheit veranschlagt.

Der ägyptische Beitrag zum Bau des Kraftwerks wird bei diesen ersten Anlagen noch gering veranschlagt. Soweit bekannt, sind auch Lieferunternehmen aus den USA und Frankreich aufgefordert worden, sich an der Ausschreibung zu beteiligen. Das Hauptproblem dürfte die Finanzierung sein.

Riesenhuber kann seinen Gastgebern in Kairo das Angebot machen, ihnen einen deutschen Forschungsreaktor zu schenken, der zur Zeit noch in der Universität Frankfurt steht. Seine Gespräche gelten der bilateralen Zusammenarbeit nicht nur in Fragen der Kernenergie, sondern auch der Elektronik und der erneuerbaren Energiequellen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Beiersdorf mit acht Mark Dividende

Hamburg (dpa/VWD) – Der Chemie- und Körperpflegemittelkonzern Beiersdorf AG, Hamburg, schlägt der Hauptversammlung am 21. Juni die Ausschüttung einer Dividende von acht Mark je 50-Mark-Aktie auf das Grundkapital von 163 Millionen Mark vor. Das beschloß der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am Freitag. Die Ausschüttung bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert. Damals waren aus Anlaß des 100jährigen Bestehens eine Dividende von sieben Mark und ein Bonus von einer Mark gezahlt worden. In den ersten vier Monaten des laufenden Geschäftsjahres lag der Umsatz nach Angaben des Unternehmens im Inland um 6,4 Prozent höher als im Vorjahr. Im Ausland blieb er etwa auf Vorjahreshöhe. Im Geschäftsjahr 1982 stieg der Umsatz der Beiersdorf AG um 5,4 Prozent auf 1,5 Milliarden Mark, der Gruppenumsatz weltweit um 6,2 Prozent auf 2,17 Milliarden Mark.

Weg der Kurse

	6. 5. 83	29. 4. 83
Boeing	38,375	38,375
Chrysler	28,625	26
Citicorp	45,375	45,25
Coca-Cola	55,375	57,75
Exxon	35,25	35,25
Ford Motors	52	51,50
IBM	117,625	117,125
PanAm	6,50	5,375
US Steel	23,75	24,375
Woolworth	33,50	34,50

US-Handelsbilanz

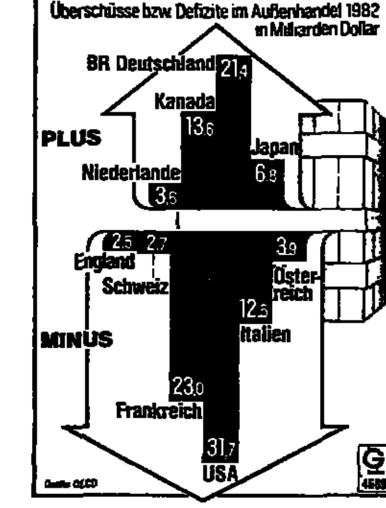
Washington (rtr) – Der Warenverkehr der Vereinigten Staaten mit dem Ausland hat im ersten Quartal dieses Jahres mit einem knapp vier Milliarden Dollar niedrigeren Defizit als im vierten Quartal 1982 abgeschlossen. Nach Angaben des US-Handelsministeriums sank der Fehlbetrag der Außenhandelsbilanz auf Zahlungsbilanzbasis und saisonal bereinigt auf 8,43 Milliarden von 12,14 Milliarden Dollar im vorangegangenen Drei-Monats-Zeitraum. Das Defizit liegt damit jedoch noch über dem im ersten Quartal des Vorjahres von 5,94 Milliarden Dollar.

117 Prozent Inflation

Rio de Janeiro (dpa/VWD) – Die jährliche Inflationsrate in Brasilien hat zum April 117,4 Prozent erreicht, teilte die Wirtschaftsstiftung Getullo Vargas in Rio de Janeiro mit. Nach einer Monatsinflation von 9,2 Prozent wurden seit Jahresbeginn 39,6 Prozent erreicht.

Diedesheim übernommen

Düsseldorf (J. G.) – Die Thyssen Industrie AG, Essen, übernimmt die Maschinenfabrik Diedesheim GmbH, Mosbach, und hebt hervor, daß man damit zur Arbeitsplatzsicherung in einem strukturschwachen Gebiet Baden-Württembergs beitrage. Das 1947 gegründete Unternehmen erzielt etwa 100 Millionen Mark Umsatz mit der Produktion von Werkzeugmaschinen und Anlagen für die Serienfertigung. Damit soll das Programm des Thyssen Maschinenbaus im Bereich spanender Werkzeugmaschinen ergänzt werden.



Von allen westlichen Industriestaaten hat die Bundesrepublik mit 21,4 Milliarden Dollar (rund 51,3 Milliarden Mark) den höchsten Ausfuhrüberschuß. Dieses Plus ist allerdings notwendig, damit die Bundesrepublik ihren Zahlungsverpflichtungen an das Ausland nachkommen kann. Hierbei handelt es sich beispielsweise um die Reiseausgaben der Touristen, um Überweisungen von Gastarbeitern und um finanzielle Leistungen an internationale Organisationen.

QUELLE: GLOBUS

Zahlungsbilanzüberschuß

Frankfurt (VWD) – Einen Überschuß von 5,531 Milliarden Mark wies die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland im März 1983 aus. Im Februar hatte der Aktivsaldo bei 5,025 Milliarden Mark gelegen. Wie die Deutsche Bundesbank weiter mitteilte, ergibt sich damit im ersten Quartal dieses Jahres ein Aktivum in der Zahlungsbilanz von 12,395 Milliarden Mark, verglichen mit einem Passivum von 0,423 Milliarden Mark im gleichen Vorjahreszeitraum.

Londoner Kassapreise

	6. 5. 83	29. 4. 83
Kupfer (£/t)	1113	1120,25
Blei (£/t)	277,5	289
Zink (£/t)	463,75	455,75
Zinn (£/t)	8652,5	8817,5
Gold ($/Unze)	432	429,5
Silber (p/Unze)	785,95	766,25
Kakao [1] (£/t)	1307,5	1327,5
Kaffee [2] (£/t)	1653	1685,5
Zucker (£/t)	129	122
Kautschuk (p/kg)	72,25	75
Wolle (p/kg)	394	394
Baumwolle [3] (cts/lb)	80,25	80,50

[1]) Abladung Juli; [2]) Abladung Juli;
[3]) A-Index-Preis Liverpool

WERFTEN

SPD-Politiker fordern eine Erhöhung der Reederhilfe

W. WESSENDORF, Bremen

Massive Kritik richtet die SPD-Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Bremen gegen das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsinstitute. Das unverhüllt gesetzte Signal zum Rückmarsch ins wirtschaftsliberale Zeitalter lasse „die Sicherheit der Arbeitsplätze zu einer Restgröße verkümmern".

Der Vorschlag der fünf Weisen, Subventionen für Werften und Stahl abzuschaffen, bedeute eine Rückkehr in die Ellenbogengesellschaft. Mit der Empfehlung, auf staatliche Hilfen zu verzichten, würde der Verlust mehrerer 10 000 Arbeitsplätze in Kauf genommen. Das zeige angesichts der krisengeschüttelten Branchen Stahl und Werften, wohin die Reise gehe: „Im Vordergrund steht die Rentabilität des eingesetzten Kapitals."

Gegen die Weisen fordern die SPD-Politiker einstimmig, den Werften zu helfen. Der Forderungskatalog umfaßt eine Aufstockung der Reederhilfe (12,5 Prozent) im Volumen und eine Erhöhung der Exportauftragsförderung auf 10 Prozent.

Auch der Investitionszuschuß solle deutlich über 7,5 Prozent liegen, da die Eigenkapitaldecke der Schiffbauunternehmen für Umstrukturierungsmaßnahmen nicht reiche. Außerdem wird eine ständige Werftenkonferenz unter Vorsitz der Bundesregierung gefordert. Im Bereich Stahl sollen die Quotenregelung der EG geändert, Ersatzarbeitsplätze in den betroffenen Regionen geschaffen und wettbewerbsverzerrende Subventionen abgebaut werden.

GROSSBRITANNIEN / Netto-Einkommen der Bauern 1982 um 45 Prozent gestiegen

Hohe Subventionen lösen Kritik aus

WILHELM FURLER, London

Um durchschnittlich 45 Prozent sind die Netto-Einkommen der britischen Landwirte im vergangenen Jahr gestiegen, obwohl auch 1981 keineswegs schlecht ausgefallen war. Landwirtschaftsminister Peter Waaw Walker hatte für den größten Jahreszuwachs im Einkommen der Landwirte, die Großbritannien jemals ausweisen konnte, schnell eine Erklärung zur Hand: Die nahezu perfekten Wetterverhältnisse im Jahre 1982. Dennoch meldeten sich überall im Land höchst kritische Stimmen, die zu einer intensiven Debatte um die Zukunft der britischen Landwirtschaft führten.

Immer mehr Politiker fragen, wie lange es noch hingenommen werden könne, daß zum einen mit erheblichen Steuergeldern ohnehin schon reiche Bauern noch reicher gemacht werden, und daß zum anderen mit einem Teil dieser Gelder der landwirtschaftliche Anbau so stark intensiviert wird, daß weiter Teile des ländlich-idyllischen Großbritanniens „veramerikanisiert" werden. Die Subventionierung der Landwirtschaft durch Steuergelder wurde 1947 eingeführt, um nach dem Krieg die Land-Bevölkerung auf ihren Höfen zu halten. Seither hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe allerdings um mehr als die Hälfte auf gut 200 000 verringert.

In der gleichen Zeit hat sich die Steuerlast zur Unterstützung der überlebenden Agrarbetriebe verdoppelt. Dies hat erheblich dazu beigetragen, daß die durchschnittliche Hofgröße in Großbritannien mit 120 Hektar heute deutlich über der in den übrigen europäischen Ländern liegt. Etwa die Hälfte der Betriebe stellt ungefähr 90 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Produktion Großbritanniens her. Rund 30 000 große Farm-Einheiten, die mindestens vier Mitarbeiter voll beschäftigen, erbringen 50 Prozent der Gesamtproduktion des Landes.

Die hohe Arbeits-Produktivität, die zwischen 1961 und heute um mehr als 150 Prozent gestiegen ist, hat vor allem bei Milch zu einer erheblichen Überproduktion geführt, die nun hart kritisiert wird. Dies ist mit ein Grund für den Landwirtschaftsminister, die Flucht nach vorn anzutreten. Bis vor kurzem wurde der Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse sehr vernachlässigt. Mit einer neuen zentralen Absatz-Organisation „Food from Britain" sollen vor allem Molkerei-Produkte und Getreide weit stärker ausgeführt werden als bisher.

GROSSBRITANNIEN / Produktivität verbessert

Erfolge im Außenhandel

WILHELM FURLER, London

Die britischen Exporte erreichten im März mit 5,283 Milliarden Pfund (rund 20 Milliarden Mark) den höchsten Wert, der bisher in einem Monat gemeldet wurde. Dem Volumen nach stellen sie das zweitbeste Ergebnis dar.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß die britischen Ausfuhren schon im vergangenen Jahr nicht schlecht abschnitten. Trotz der weltweit unterkühlten Konjunktur stiegen die Gesamtexporte Großbritanniens 1982 dem Volumen nach um zwei und dem Wert nach um neun Prozent. Dabei spielten der Verkäufe von Nordseeöl und der Dienstleistungs-Transfer erneut eine wichtige Rolle. Aber auch die Ausfuhren der herstellenden und verarbeitenden Industrie nahmen 1982 zu einer Zeit, da der Welthandel im Warenbereich um mehr als drei Prozent gefallen sein dürfte, wertmäßig um acht und mengenmäßig um ein Prozent zu.

Stolz sind die Briten vor allem darauf, daß ihr Land die Stellung der Bundesrepublik als Nummer eins in Europa auf dem Gebiet der Elektronik und ihrer Komponenten anzugreifen beginnt. Auch darüber, daß die Luft- und Raumfahrt-Industrie Großbritanniens ihre Exporte um mehr als 20 Prozent auf gut drei Milliarden Pfund gesteigert hat, wird mit Zufriedenheit registriert. Seit 1960 bis heute hat sich der Anteil der britischen Exporte am Bruttosozialprodukt von 20 Prozent auf mehr als 30 Prozent erhöht und damit auf einen Wert, der nur von der Bundesrepublik überboten werden dürfte.

Je näher die nächsten Parlamentswahlen rücken (immer häufiger wird in Westminster von einem bereits für Juni angesetzten Wahltermin gesprochen), desto häufiger lassen Mitglieder der Regierung Thatcher ihre potentiellen Wähler wissen, was ihrer Ansicht nach einzig zählt: daß nämlich ihre feste Haltung gegenüber allen Forderungen nach einem reflationären Kurs – sei es im Inland oder aus dem Ausland – ganz wesentliche Voraussetzungen für die verbesserte Exportleistung und den sich damit abzeichnenden Konjunktur-Aufschwung geschafft hat. In der Amtszeit von Premierministerin Thatcher ist die Inflationsrate von über 20 Prozent auf weniger als fünf Prozent gedrückt worden.

Mit einer Jahres-Inflationsrate von nur noch 4,6 Prozent und damit der niedrigsten seit rund 15 Jahren, mit einem Zinsniveau, das im Gefolge der sparsamen Ausgabenpolitik der Regierung ständig zurückgegangen ist (allerdings mit einem Basis-Ausleihesatz von derzeit zehn Prozent noch nicht weit genug), mit unübersehbaren Verbesserungen der Produktivität in der Wirtschaft während der schweren Rezession und schließlich mit Lohnkosten, die im Gefolge des *Inflationsrückgangs* inzwischen nur noch weniger als sechs Prozent steigen, hat die britische Wirtschaft deutlich an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen.

Berücksichtigt man nun den vor allem wegen der vorübergehenden Ölpreis-Unsicherheiten seit November vergangenen Jahres von 4,30 auf heute etwa 3,90 Mark gefallenen Pfundkurs, der die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft zumindest vorübergehend zusätzlich verbessert, dann bestehen gute Chancen, daß der schon fast zwei Jahre lang beschworene Konjunktur-Aufschwung in Großbritannien jetzt beginnt. Auch die britischen Unternehmer zeigen sich zunehmend optimistisch.

JAPAN / Die großen Handelshäuser spüren die Konjunkturflaute – Gewinne gesunken

Verkauf von Spargel bis Atomreaktoren

FRED de la TROBE, Tokio

Die mächtigen Handelsgiganten Japans sind infolge struktureller Schwächen und einer unbefriedigenden Gewinnlage in ein Wellental geraten, aus dem sich noch keine Aufwärtsbewegung abzeichnet. Die neun großen Generalhandelshäuser (Sogo Shosha) erzielten im Geschäftsjahr 1982/83 (April bis März) nach teilweise noch vorläufigen Ergebnissen einen Umsatz im Wert von 846 Milliarden Mark oder 5,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig nahmen aber die Reingewinne um 6 Prozent auf zusammen 670 Millionen Mark ab.

Der Umsatzwert, der ungefähr 30 Prozent des japanischen Bruttosozialprodukts und einem Drittel mehr als dem Staatshaushalt für das laufende Fiskaljahr entspricht, erhöhte sich vor allem wegen Preissteigerungen für Rohstoffe und größeren Handel mit so wenig profitablen Gütern wie Getreide. Für die Abnahme der Gewinne waren in erster Linie die gesunkenen Gesamtexporte Japans und die noch stärker gefallenen Importe verantwortlich. Die neun Firmen – Mitsubishi, Mitsui, C. Itoh, Marubeni, Sumitomo, Nissho Iwai, Toyo Menka, Kanematsu-Gosho und Nichimen – wickeln etwa die Hälfte der *japanischen Ausfuhren* und 60 Prozent der Einfuhren ab.

Die Schwierigkeiten dieser Unternehmen rühren wesentlich von ihrer starken Abhängigkeit von Grundstoffindustrien her, die fast alle unter Absatznöten und unausgenutzten Kapazitäten leiden. Dazu kommt die *Flaute der* Weltkonjunktur, die verschärfte Konkurrenz und die hohe Verschuldung vieler Staaten – vor allem in Lateinamerika und Osteuropa.

Nach Statistiken für das vergangene Fiskaljahr entfielen vom Gesamthandel der neun Firmen 25 Prozent auf Erze und Metalle, 20 Prozent auf Maschinen und Geräte, 17 Prozent auf Chemikalien, 13 Prozent auf Nahrungsmittel, 11 Prozent auf Öl und andere Energieträger, 8 Prozent auf Textilien und der Rest auf anderes. Die großen Unternehmen handeln jeweils mit bis zu 20 000 verschiedenen Produkten – von Spargelkonserven bis zu Atomreaktoren. Branchen, in denen die Präsenz der neun Gesellschaften schwach ist, sind die sehr konkurrenzfähigen Exportrenner des Automobilbaus, der Elektronik, Kamera- und Uhrenindustrie. Hier verfügen die Herstellerfirmen *meist über eigene Absatzorganisationen*. Zwar versuchen die neun Firmen neuerdings, in diesen Bereichen besser Fuß zu fassen, doch tun sie sich als Nachzügler nicht leicht. Bei technisch hochentwikkelten Produkten sind sie ebenfalls spät dran und haben Mühe, verlorenes *Terrain aufzuholen*.

Einen hohen Stellenwert für die Handelsriesen hat die Erschließung von Rohstoffvorkommen im Ausland. Meist gehen sie dabei den Weg über joint ventures mit lokalen Unternehmen. Nach den letzten vorliegenden Zahlen beliefen sich die Auslandsinvestitionen der neun Firmen im März 1981 auf einen Wert von 7,5 Milliarden Mark. Die Konjunkturflaute und eine gesunkene Nachfrage nach Rohstoffen hat die Gewinnmargen in den beiden letzten Jahren niedrig gehalten.

Die Zahl der Auslandsfilialen und *-büros der neun großen Handelshäuser* liegt bei etwas über tausend. In Japan sind es 365. Die neun beschäftigen knapp 60 000 Personen, von denen 16 500 keine Japaner sind. (SAD)

NIGERIA / Fünf Mrd. Dollar Schulden – Banken beraten

Die Verhandlungen stocken

WILHELM FURLER, London

Trotz langwieriger Verhandlungen ist es 22 internationalen Banken, bei denen die *kurzfristigen* Außenhandelsschulden Nigerias auf geschätzte fünf Milliarden Dollar oder zum gegenwärtigen Kurs umgerechnet 12,17 Milliarden Mark aufgelaufen sind, nicht gelungen, sich auf einen gemeinsamen Refinanzierungsplan zu einigen. Nur eine *kleine Gruppe* von Banken unter Führung der britischen Barclays Bank, darunter auch die Banque Nationale de Paris, Société Générale und Standard Chartered, haben sich entschlossen, einen Refinanzierungsvorschlag an die nigerianische Regie*rung zu* übermitteln.

Nach Angaben der in der Regel gutunterrichteten Londoner Financial Times dürfte das Refinanzierungspaket nicht einmal an den von Lagos gewünschten Kredit in Höhe von zwei Milliarden Dollar heranreichen, um damit den Überhang an Außenhandelsschulden auszugleichen. Die Frage ist nun, ob und wie viele andere führende Gläubigerbanken aus Deutschland, der Schweiz, Frankreich, Großbritannien und den USA sich dem Schritt dieser Gruppe im Laufe der Zeit anschließen.

Danach würden die kurzfristigen Kreditüberhänge, die Nigeria den Gläubigerbanken schuldet, durch einen Kredit überbrückt, der nach einer sechsmonatigen tilgungsfreien Zeit innerhalb von 18 Monaten zurückgezahlt werden sollte. Ein Banker soll gesagt haben, daß sowohl die Zahl der sich an dem Vorschlag beteiligenden Banken als damit auch der Kreditbetrag „weit unter dem liegt, was jedermann erhofft hatte". Allerdings gäbe es eine ganze Reihe von Banken, die nicht abgeneigt seien, so daß man damit rechnen könne, daß sich die Gruppe im Verlauf der *nächsten Woche* vergrößert.

Die Banken, die sich an der Refinanzierung, so wie sie jetzt vorgeschlagen wurde, nicht beteiligen, wollen abwarten, auf welches Sanierungsprogramm sich Nigeria mit dem Internationalen Währungsfonds einigt, bevor das Problem der kurzfristigen Kreditüberhänge gelöst werden sollte. Nigerianische Regierungsvertreter werden in dieser Woche in London erwartet, um den jetzt vorgelegten Vorschlag zu diskutieren.

SCHWEDEN / Regierung forciert die Einführung von Arbeitnehmerfonds

Wirtschaft kritisiert ‚zusätzliche Steuer'

R. GATERMANN, Stockholm

Schwedens Hauptstadt erlebte am Samstag eine eigenartige und bisher einmalige *Demonstration*. Knapp eintausend Aktiensparer waren auf die Straße gegangen, um gegen die Pläne der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften zu protestieren, kollektive Arbeitnehmerfonds einzuführen, die aus den Unternehmensgewinnen gespeist werden sollen. Am Tag zuvor hatte der Fondsexperte der Regierung, Per Olof Edin, einen Plan für die Gewinnteilung vorgelegt, der nach seinen eigenen Berechnungen die rund 5000 davon betroffenen Unternehmen umgerechnet zwischen 300 und 900 Millionen Mark ihres 1984 erwirtschafteten Ertrages kosten würde.

In Schweden diskutiert man bereits seit 1975 über sogenannte Arbeitnehmerfonds. Sozialdemokraten und Gewerkschaften wollen diese einführen, weil sie glauben, die Fonds könnten zu einer breiteren Vermögensstreuung führen. *Zum anderen würden dann die* Arbeitnehmer auf inflationstreibende hohe nominelle Lohn- und Gehaltserhöhungen verzichten.

Entscheidend für die Partei und die Arbeitnehmerorganisationen *waren bisher jedoch* zwei *Punkte*: Die Fonds, die Aktien erwerben sollen, müssen kollektiv verwaltet werden. Der einzelne Arbeitnehmer darf keine individuellen Anteile besitzen und sie müssen unter gewerkschaftlicher Kontrolle stehen. Die Verfechter der Fonds haben Schwierigkeiten, ihr Vorhaben technisch zu lösen. Außerdem ist es bisher weder Gewerkschaften noch Sozialdemokraten gelungen, den Bürger von diesem System zu überzeugen. Nicht einmal 20 Prozent sind für diese Fonds.

Die sozialdemokratische Regierung hält jedoch an ihrem Plan *fest*, bis 1985 *Arbeitnehmerfonds einzuführen*. Einen Teil der Vorarbeit soll der vom Gewerkschaftsbund geholte Per Olof Edin leisten. Nach dem Vorschlag seiner Kommission sollen ab dem Geschäftsjahr 1984 die „Gewinne geteilt" werden. Der letztlich mit einer 20-Prozent-Abgabe belastete Ertrag errechnet sich *folgendermaßen*: Zunächst wird der Gewinn inflationsbereinigt, danach kann eine Pauschale von umgerechnet 150 000 Mark oder sechs Prozent der Lohnsumme abgezogen wor*den und schließlich auch noch die* Steuer. Von diesem „Realgewinn" sind dann 20 Prozent zu zahlen. Nach Edins Berechnungen liegen rund 5000 Gesellschaften über dieser Gewinnschwelle. Noch nicht klar ist, wie diese Gelder plaziert und verwaltet werden sollen.

Während Edin seinen Plan als „einen Baustein auf dem Weg zu Arbeitnehmerfonds" sieht, bezeichnet ihn die gesamte Wirtschaft als „ersten Schritt zur Sozialisierung". Die wichtigsten Gegenargumente sind, daß es derartiger Fonds nicht bedarf. Statt dessen sollte das von immer mehr Unternehmen eingeführte System der individuellen Gewinnbeteiligung der Belegschaft ausgebaut werden, in deren Genuß bisher ungefähr 70 000 Arbeitnehmer kommen. Zum anderen kritisieren sie die komplizierte Berechnungsweise. Mit diesem System würde keine weitere *Investitionsbereitschaft* und somit keine neuen Arbeitslätze geschaffen.

ZANUSSI / Kooperationsabkommen mit Philips

Sanierung bald abgeschlossen

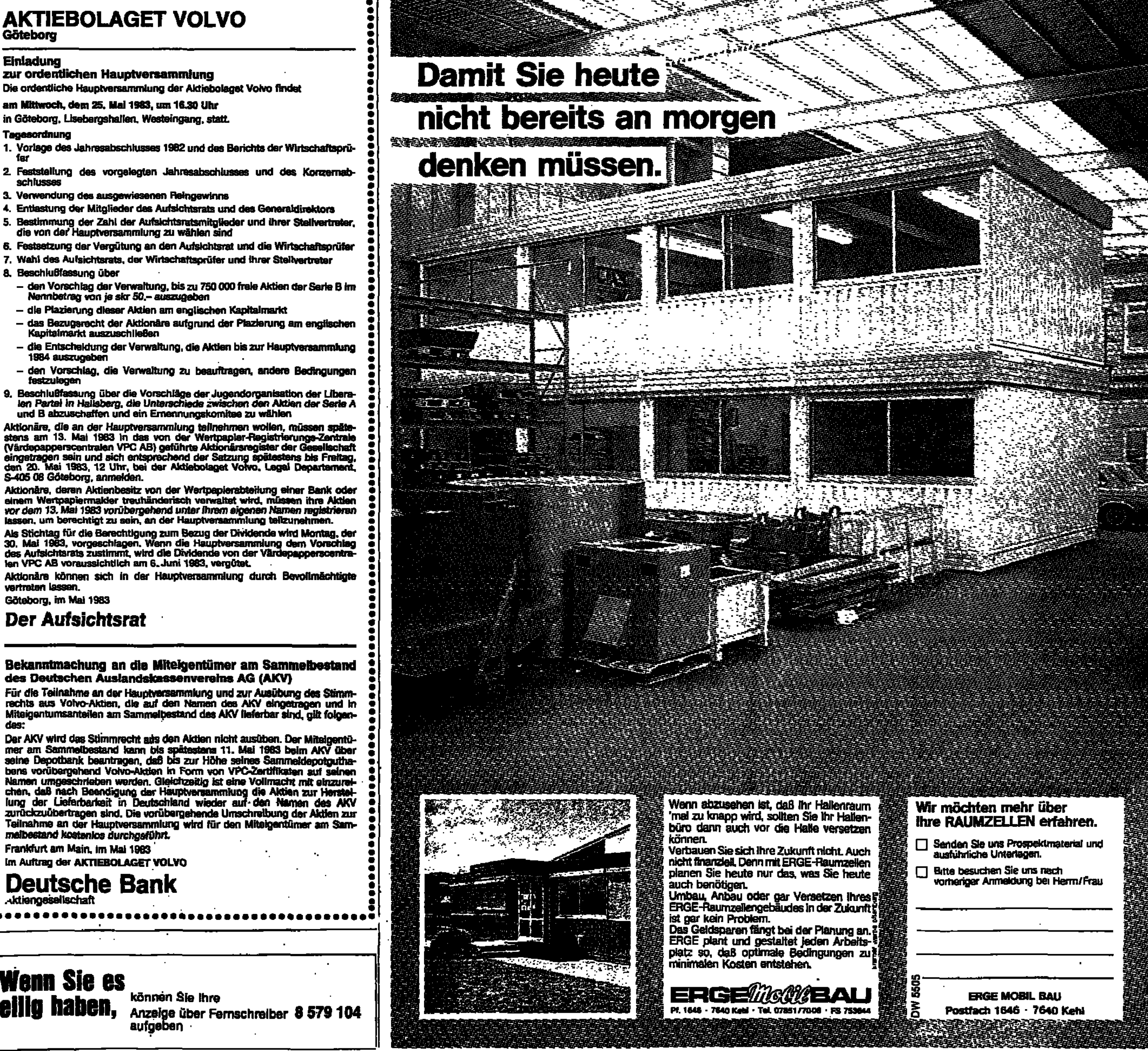
GÜNTHER DEPAS, Mailand

Spätestens bis Ende dieses Monats will das italienische Industrieministerium die Sanierung des größten italienischen Herstellers von Konsumelektronik, Zanussi Elettronica, unter Dach und Fach bringen. Die Pläne sind darauf gerichtet neben der neuen staatlichen Sanierungsgesellschaft für die Konsumelektronik (REL) ausländisches Kapital an dieser Tochter des Zanussi-Konzerns zu beteiligen. Im Gespräch ist dafür die holländische Philips, mit der am vergangenen Freitag ein Kooperationsabkommen abgeschlossen wurde, das Zanussi Zugang zu Philips' Know-how sichert. Neben Philips will das italienische Industrieministerium auch die französische Thomson-Brandt als Partner gewinnen, um, wie Minister Filippo Maria Pandolfi erklärte, einen „europäischen Großkonzern" der japanischen Konkurrenz gegenüberstellen zu können.

Der konsolidierte Umsatz des Zanussi-Konzerns belief sich 1982 *auf 1565 Milliarden Lire (rund* 895 Millionen Mark). Der größte Teil davon entfiel auf weiße Elektrogeräte, wo das Unternehmen Branchenführer in Europa ist. In seine Elektroniktochter hat der Zanussi-Konzern bisher 300 Milliarden Lire gesteckt. Das Unternehmen (3700 Beschäftigte) verlor zwischen 1978 und 1982 rund 160 Milliarden Lire. Weitere 35 Milliarden Lire pro Jahr würden verlorengehen, wenn keine Rationalisierung erfolgt.

Die Pläne der Gesellschaft sind darauf gerichtet, mit Hilfe eines oder mehrerer Partner die Produktions- und Absatzbasis zu erweitern und durch Vorstoß in neue Produktionsgebiete Arbeitsplätze zu sichern.

Ziel ist eine Jahresproduktion von 550 000 bis 600 000 Farbfernsehgeräten, mehr als doppelt soviel wie jetzt. Nur dann wird eine angemessene Ertragsentwicklung als gesichert angesehen. Zanussi ist am italienischen TV-Color-Markt mit zwölf Prozent beteiligt, etwa ebensoviel halten die anderen italienischen Hersteller. Der Rest verteilt sich auf Importe und die Produktion ausländischer Firmen (hauptsächlich Grundig und Philips).





RANK XEROX / Große Hoffnung auf Büronetztechnik

Das Kopiergeschäft ist hart

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit mindestens fünf Prozent Plusrate soll der Umsatz der Rank Xerox GmbH, Düsseldorf, in 1982/83 (31. 10.) klar die Schwelle der 800 Mill. DM überschreiten. Die seit vier Jahren ständig leicht gestiegene Mitarbeiterzahl soll, bei Einschränkung im Verwaltungs- und Aufstockung im Verkaufsbereich, um fünf bis sechs Prozent sinken. Parallel zur Erhöhung der Personalproduktivität soll auch der einst stattliche und seit einigen Jahren drastisch gesunkene Gewinn wieder etwas besser werden.

Aus dieser Prognose von Hans-Adolf Bartelmeh, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung bei der großen deutschen Vertriebstochter des Rank-Xerox-Konzerns, läßt sich schon ähnliches wie der Beginn einer Konjunkturwende entnehmen. Denn in dem diesem Unternehmen angestammten Produktbereich des Kopierens zeigte sich die Nachfrage im letzten Jahr weit stärker konjunkturanfällig als in anderen Sparten der wachstumsorientierten Büro- und Informationstechnik. Bartelmeh: „Hier wird viel eher und viel öfter der Rotstift angesetzt, und wichtige Modernisierungen werden hier oft auf die lange Bank geschoben."

Und dies mit dem Resultat unverändert harter Preiskämpfe unter den Anbietern von Kopiergeräten. Was andererseits aber die amerikanische Mutter nicht hinderte, für die Entwicklung einer neuen „Marathon"-Serie an Kopiergeräten, die seit 1983 „mit Absatzerfolgen über unseren Erwartungen" auch auf dem deutschen Markt ist, gut 1,2 Mrd. DM an Forschungs- und Entwicklungskosten auszugeben. Weit größer noch sind auch bei der deutschen Tochter die Absatzerwartungen für die jungen Netzwerk-Bürosysteme („Ethernet"). Zwar wachse der Markt bei allen Anbietern solcher lokalen Büronetzwerke zunächst langsamer als gedacht. Aber aus bisher 3 Prozent Anteil am Umsatz der deutschen Vertriebstochter sollen in spätestens zehn Jahren 50 Prozent werden.

In 1981/82 kam die Rank Xerox GmbH bei 3981 (3978) Beschäftigten, trotz der Preiskämpfe auf dem Kopiermarkt, noch auf 766 (763) Mill. DM Umsatz, überwiegend aus dem je zur Hälfte über Kauf und über Miete laufenden Geräteabsatz. Der auf 10,3 (13,7) Mill. DM weiter gesunkene und abgeführte Jahresüberschuß bedeutet einen Renditetiefstand von noch 1,3 (1,8) Prozent des Umsatzes.

Die amerikanische Mutter in Stanford/Cennecticut spürte im Gesamtkonzern 1982 die gleiche Tendenz. Bei 109 940 (117 930) Beschäftigten wurde der Umsatz mit 8,46 (8,51) Mrd. Dollar nur knapp behauptet, während der Reingewinn auf 424 (598) Mill. Dollar zurückfiel.

CITIC / China will mit Steuererleichterungen Kooperationsprojekte fördern

Auf der Suche nach Auslands-Kapital

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Im Rahmen ihrer „Politik der Öffnung nach außen" will die Volksrepublik China die Abwicklung von Kooperationsprojekten weiter erleichtern. Als wesentliche Ansatzpunkte der Lockerung nennt Rong Yiren, als Präsident der China International Trust and Investment Corporation (Citic) derzeit auf einer 14tägigen Rundreise durch die Bundesrepublik, drei Prinzipien:

- Die ausländischen Partner in Joint Ventures dürfen Gewinne machen. Diese Gewinne dürfen sogar in Form von Devisen abgezogen werden, allerdings nach einer Zusatz-Besteuerung von 10 Prozent. Die Reinvestition in China dagegen wird durch eine Steuerermäßigung um 40 Prozent attraktiv gemacht.
- Die Versorgung der Gemeinschaftsbetriebe mit Rohstoffen und Maschinen wird durch günstigere Einfuhrbedingungen erleichtert.
- Formalitäten sollen generell weiter abgebaut werden, zum Beispiel bei der Einreise von Auslandspersonal, aber auch im Arbeitsablauf der Citic, die im wesentlichen als Vermittlungsstelle zwischen den chinesischen Staatsbetrieben und den ausländischen Unternehmen fungiert.

Nicht nur damit zeigt die Citic beachtliches Feingefühl für die Wünsche ihrer marktwirtschaftlich orientierten Partner: „Neben Joint Ventures und Kompensationsgeschäften halten wir auch andere Formen der Zusammenarbeit für möglich, wenn ausländische Firmen mit entsprechenden Vorschlägen zu uns kommen", erklärt der frühere Banker Rong. Sogar zu Gemeinschaftsunternehmungen außerhalb Chinas ist man grundsätzlich bereit.

Auch die Finanzierungsform des Leasing haben die Chinesen inzwischen entdeckt. Mit zwei ausländischen Leasing-Instituten wurden bereits Kontakte aufgenommen, die im ersten Anlauf ein Geschäftsvolumen von 20 Millionen Dollar bringen sollen.

Ziel auch der anstehenden Rundreise bei deutschen Firmen – von AEG über Daimler, Hoechst, Holzmann bis zu T & N und Thyssen – ist es, Auslandsmittel zu aktivieren: „Ausländisches Kapital und die Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen können die Modernisierung beschleunigen und den wirtschaftlichen Aufbau in China voranbringen", erklärt Rong vor einem Unternehmer-Seminar in Frankfurt.

Drei wichtige Stoßrichtungen sehen die Chinesen im Augenblick:

- Die Modernisierung der vorhandenen Betriebe im Hinblick auf die Produktqualität, den Einsatz neuer Materialien und die Energieersparnis.
- Die Erschließung der Bodenschätze Chinas, insbesondere im Hinblick auf Energieträger, begleitet vom dazu nötigen Ausbau des Verkehrswesens.
- Die Erweiterung der Palette exportfähiger Produkte.

Die Erfahrungen der ersten zwanzig Joint Ventures unter Citic-Fittichen haben gezeigt, daß diese – erst 1979 aufgenommene – Kooperationsform „sehr günstig für unsere Wirtschaft" ist. Mit Wella war auch ein deutsches Unternehmen an diesen Erfahrungen beteiligt. In Frankfurt sprach Rong vor etwa 100 Unternehmern, denen er mit erheblichen Steuererleichterungen ebenso imponiert haben dürfte wie mit dem Investitionsvolumen von rund einer Milliarde Dollar, das die Citic in den nächsten 5 Jahren bewältigen will.

ELBSCHLOSS-BRAUEREI / Absatzeinbußen

Verluste beim Flaschenbier

J. BRECH, Hamburg

Die Elbschloß-Brauerei AG, kleinste der drei noch in Hamburg ansässigen Brauereien, hat auch im Berichtsjahr 1982 Absatzeinbußen hinnehmen müssen. Wie aus dem auf Mindestaussagen getrimmten Geschäftsbericht hervorgeht, ging der Gesamtausstoß um 2,9 Prozent auf 418 000 hl zurück. Im Vorjahr hatte Elbschloß 3,4 Prozent an Volumen eingebüßt. Der Rückgang wird mit Verkaufsverlagerungen innerhalb der Gruppe und mit Zurückhaltung bei der Absatzförderung über den Preis begründet. Die Verluste seien besonders bei Flaschenbier und hier speziell bei Billigwaren eingetreten.

Den Umsatz weist Elbschloß mit rund 70 Mill. DM aus. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Prozent beruht auf Preiserhöhungen und einem, wie es heißt, mengen- und wertmäßig beachtlich vergrößerten Mälzereigeschäft. Der Jahresüberschuß ist mit 0,88 Mill. DM auf die Dividende von 11 Prozent zugeschnitten. Im Vorjahr hatte die Brauerei anläßlich ihres 100jährigen Jubiläums zusätzlich 2 Prozent Bonus gezahlt und dafür 1,04 Mill. DM ausgewiesen. Das Grundkapital von 8 Mill. DM halten die DUB-Schultheiss-Gruppe mit 58 Prozent, die Münchner Rück mit 26 Prozent und freie Aktionäre mit 16 Prozent.

Gestützt wird die Ertragslage von Elbschloß wie seit Jahren durch die 75,8-Prozent-Beteiligung an der Einbecker Brauhaus AG, Einbeck. Mit einem Umsatz von 79,5 Mill. DM (plus 5,6 Prozent) und einem Ausstoß von 0,55 Mill. hl (plus 1 Prozent) ist die Tochter größer als die Muttergesellschaft. Der Jahresüberschuß von 3,3 Mill. DM belegt zudem eine solide Ertragskraft. In Form von 20 Prozent Dividende und 3 Prozent Bonus sind Elbschloß an Beteiligungserträgen unverändert 1,9 Mill. DM zugeflossen.

Die Aussichten für dieses Jahr beurteilt der Elbschloß-Vorstand zurückhaltend. Die Absatzmöglichkeiten seien begrenzt und die Ertragskontinuität könne nur über umfassende Rationalisierungsmaßnahmen gewahrt bleiben.

YTONG / Geschäft mit Eigenheimen besonders lebhaft

In der Baukrise behauptet

VWD, München

Die Ytong AG, München, konnte auf dem Höhepunkt der Baukrise den Umsatzrückgang in Grenzen halten und 1982 wieder einen Gewinn erwirtschaften. Bei einem Rückgang des Absatzes großformatiger Steine und Montagebauteile um 17 Prozent auf 1,3 Mill. Kubikmeter verringerte sich der Umsatz des Ytong-Konzerns, der die Gesellschaften in der Bundesrepublik, Frankreich, Österreich und der Schweiz umfaßt, auf 245 (260) Mill. DM.

Ytong habe sich aus ruinösen Preiskämpfen herausgehalten und sich auf neue Aktivitäten konzentriert. So konnte das Dienstleistungsgeschäft mit dem Schwerpunkt in der Erstellung rohbaufertiger Hallen um 10 Mill. auf über 50 Mill. DM abgerechneter Leistungen ausgeweitet werden.

Das Betriebsergebnis vor Steuern ging auf 5,3 (6,4) Mill. DM und der Cash-flow auf 11,3 (13,6) Mill. DM zurück. Die Gewinn- und Verlustrechnung der AG schließt mit einem Jahresüberschuß von 1,1 (1,4) Mill. DM, aus dem eine bescheidene, aber echt verdiente Dividende von 4 (6) Prozent auf 27 Mill. DM Grundkapital ausgeschüttet werden soll. Anteilseigner sind die schwedische Yxhult AB mit 70 und die RWK Kalkwerke Dornap GmbH, Wuppertal, mit 30 Prozent.

Zum Jahreswechsel hat Ytong die Federführung im weltweiten Lizenz- und Anlagengeschäft übernommen und dazu von der Yxhult sämtliche gewerblichen Schutzrechte, Warenzeichen und Lizenzrechte außerhalb Skandinaviens erworben.

Das Geschäftsjahr 1983 sei bei einem Umsatzplus von 5 Prozent gegenüber 1982, das je zur Hälfte aus der Mengen- und Preisentwicklung stamme, auch ertragsmäßig gut angelaufen. In besonderem Maße zeichne sich eine Belebung beim Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern ab.

VETTER / Sonderanfertigungen für alle Branchen

Mit Langzeitbus voran?

WERNER NEITZEL, Fellbach

Nach einem gewissen Auftragsstoß gegen Ende letzten Jahres – ausgelöst durch die Investitionszulage – verlief das Geschäft im ersten Jahresdrittel genauso schlecht wie vor Jahresfrist. Gemäß dieser Lagebeschreibung wird man deshalb bei der Fahrzeug- und Karosseriefabrik Walter Vetter GmbH & Co., Fellbach, nach Worten ihres geschäftsführenden Gesellschafters Walter Vetter froh sein, wenn man im laufenden Jahr den Vorjahresumsatz halten könne.

Die Firma, die sich als Hersteller maßgeschneiderter Busse versteht, mußte 1982 einen Umsatzrückgang von 50 auf 42 Mill. DM hinnehmen. Um etwa 10 Prozent verringerte sich die Produktion auf rund 200 Einheiten. Der Auslandsanteil am Umsatz wird mit 25 bis 30 Prozent angegeben. Beim Ergebnis sei man in rote Zahlen geraten. Das Programm von Vetter („Wir leben nicht von Großserien") besteht zu einen hohen Anteil aus Sonderbussen, darunter sind beispielsweise fahrbare Büchereien, Fahrzeuge für medizinische Untersuchungen, Sicherheitsfahrzeuge für die Polizei, Busse für Rollstuhlfahrer, Vorfeldomnibusse (für Flughäfen) und Ausstellungsfahrzeuge.

Abnehmer sind zu etwa 50 Prozent öffentlich-rechtliche Institutionen. Etwa jedes zweite Fahrgestell stammt aus Eigenproduktion, die Aggregate werden zugekauft.

Viel verspricht sich das Unternehmen von einem für die schweizerische Stadt Chaux-de-Fonds entwickelten Langzeit-Omnibus mit Kunststoff-Karosserie. Die 1922 gegründete Firma zählt derzeit rund 350 Mitarbeiter.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Terry Farnsworth: Wie, bitte, geht's nach oben? Aus dem Amerikanischen von Angelika Jaeger, Econ Verlag, Düsseldorf 1983, 263 S., 32 Mark.

Ein amüsanter Ratgeber, der in humoriger Weise Tips für das berufliche Weiterkommen und Erfolgreichsein gibt. Leistung allein, so bemerkt der Autor, ist nur der halbe Weg zum Erfolg. Die zweite Hälfte besteht aus Glück und dem Glück will Farnsworth „auf die Sprünge helfen".

Werner Otto: Die Otto-Gruppe, Econ Verlag, Düsseldorf 1983, 319 S., 38 Mark.

Der Otto Versand Hamburg steht auf Platz zwei in der Weltrangliste der Versandhandelsunternehmen. Aufschluß über den Aufstieg vom unscheinbaren Flüchtlingsunternehmen zum Weltkonzern gibt dieses geschichtsnahe Zeitdokument, das mehr als nur eine Erfolgsstory der Otto-Gruppe sein will. Einleitend stellt der Begründer des deutschen Großunternehmens zwölf Grundprinzipien auf, die gestern wie heute für einen erfolgreichen Unternehmensauf- und -ausbau erforderlich sind, und setzt sich mit den grundsätzlichen Problemen und Aufgaben der Wirtschaft und einzelner Unternehmen auseinander.

Manfred Vogels: Grundstücks- und Gebäudebewertung – marktgerecht, Bauverlag, Wiesbaden 1982, 340 S., 86 Mark.

Wer vollständig über alle zeitgemäßen Wertermittlungsverfahren zur sachgerechten Festsetzung von Grundstückswerten informiert werden will, der bekommt mit diesem Buch das notwendige Material und die notwendige Sachkunde dargeboten. Es werden nicht nur das einfache Überschlagsverfahren oder die Normalverfahren nach der Wertermittlungsverordnung berücksichtigt, sondern auch moderne amerikanische Verfahren, die sich stärker an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientieren, als die bei uns üblichen Methoden. Dabei bleibt die Relevanz dieser Berechnungsarten für die tägliche Praxis noch abzuwarten.

Rudolf Weber-Fas: Staatsverträge im Internationalen Steuerrecht, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1982, 146 S., (Ln.), 79 Mark.

Das deutsche Internationale Steuerrecht (IStR) blickt zurück auf eine nicht unbedeutende Tradition zwischenstaatlicher Doppelbesteuerungsabkommen (DBA). Diese Schrift befaßt sich mit den Grundproblemen des Rechts der zwischenstaatlichen Steuerabkommen und versucht, wichtige Entwicklungslinien aufzuzeigen und rechtliche Grundsatzfragen zu klären.

RENTENMARKT / Stimmung bessert sich

Zinsen leicht abwärts

Erstmals seit der Leitzinssenkung im März zeigt der Rentenmarkt jetzt Anzeichen einer Stabilisierung. Die wochenlang gestiegenen Renditen bildeten sich sogar geringfügig zurück. Den Anstoß dazu geben Zinssenkungsspekulationen, die in den USA im Hinblick auf den Gipfel in Williamsburg angestellt werden. Im Zuge dieser Entwicklung hatte sich der Renditenvorsprung der USA vor der Bundesrepublik in der letzten Zeit etwas verringert. In Händlerkreisen ist man sich zwar noch nicht ganz sicher, ob die Zinsstabilisierung von Dauer sein wird. Aber man war erleichtert, daß die Bundesanleihe mit ihren zu schlechten Konditionen wenigstens die Stimmung nicht verdorben hat. (cd.)

Emissionen	6. 5. 83	29. 4. 83	30. 12. 82	30. 12. 81	30. 12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,92	6,96	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,74	6,71	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,07	7,01	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	7,15	7,10	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,15	7,13	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,75	6,72	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,73	7,70	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,13	7,10	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	7,80	7,79	8,45	10,32	8,32

Conti-Gummi mit besserem Ergebnis

dos. Hannover

Die Continental Gummi-Werke AG, Hannover, hat zwar 1982 ihr Ergebnis deutlich verbessert, verzichtet aber erneut auf die Ausschüttung einer Dividende. Nach Angaben des Unternehmens stieg der Jahresüberschuß der AG auf 5,7 (0,6) Mill. DM. Davon werden 2,85 Mill. DM der freien Rücklage zugewiesen. Einschließlich des Gewinnvortrags von 5,6 Mill. DM ergibt sich so ein Bilanzgewinn von 8,4 Mill. DM.

Die Verwaltung schlägt der Hauptversammlung am 29. Juni vor, den Bilanzgewinn und den durch den Dividendenverzicht entstehenden steuerlichen Minderaufwand (4,7 Mill. DM) zur Stärkung der freien Rücklage um 9,1 Mill. DM zu nutzen und die verbleibenden 4 Mill. DM auf neue Rechnung vorzutragen. Die HV soll ferner einer bedingten Kapitalerhöhung zustimmen, um die Aufnahme einer Optionsschuldverschreibung „im Laufe der nächsten fünf Jahre" zu ermöglichen.

Stärker noch als in der AG, verbesserte sich mit 20 (0,7) Mill. DM der Konzern-Jahresüberschuß. Der Umsatz nahm in der AG um 2,3 Prozent auf 1,87 Mrd. DM und weltweit um 0,6 Prozent auf 3,25 Mrd. DM zu.

SCHWEPPES / 200 Jahre alter Markenartikel

Schon lange Hoflieferant

HEINZ HILDEBRANDT, London

Wer bisher der Ansicht war, der klassische Markenartikel sei erst knapp hundert Jahre alt, und dabei beispielsweise an die Pionierleistungen von Persil, Odol oder Dr. Oetkers Backpulver denkt, sollte diese Meinung revidieren. Schweppes, das erste künstliche Mineralwasser der Welt, kann jetzt bereits seinen 200. Geburtstag begehen und sprudelt auch heute noch so kräftig wie eh und je.

Und gleich ein anderes Vorurteil sollte in diesem Zusammenhang revidiert werden. Die Produkte mit dem Markenzeichen „Schweppes", eine Art Synonym für die feine englische Lebensart mit einem Hauch von Snob-Appeal, werden zwar auf den Britischen Inseln produziert, der Gründer und Namensgeber des Unternehmens war jedoch ein Deutscher, der Bauernsohn Jacob Schweppe, geboren 1740 im hessischen Witzenhausen.

Der gelernte Uhrmacher entwickelte so ganz nebenbei eine Maschine, die künstliches Mineralwasser mit Kohlensäure herstellte. Bereits 1783 kam er damit erstmalig auf den Markt, verlegte aber wenige Jahre später seinen Wohnsitz von Genf nach England. Hier fand sein „Soda Water" bald reißenden Absatz.

Eine gekonnte Werbung unterstützte den Absatz, und die natürlichen, aber wenig transport- und lagerfähigen Wasser aus Spa und Pyrmont hatten eine ernst zu nehmende Konkurrenz bekommen. Schon 1830, wenige Jahre nach dem Tode von Jacob Schweppe, produzierten fünf Fabriken Soda Water, und 1837 wurde das Unternehmen Hoflieferant der britischen Krone.

Noch vor Ende des Jahrhunderts kamen Ginger Ale und Schweppes berühmtes Tonic Water auf den Markt, eine stürmische Expansion des Unternehmens auslösend, das nun in allen Erdteilen produzierte. 1957 wurde die Bitterlimonade, ein Getränk, mit dem Schweppes weltweit zum Marktführer wurde, eingeführt.

Zwölf Jahre später, 1969, erfolgte die Fusion mit Cadbury zur Cadbury Schweppes Ltd., London, die damit zu einem der weltweit größten Hersteller von Süßwaren und Erfrischungsgetränken sowie zum bedeutenden Anbieter von Kaffee und Tee wurde. Der Konzern verzeichnete im letzten Geschäftsjahr einen Umsatz von 1,58 Mrd. Pfund, ein Plus von 24 Prozent gegenüber dem Vorjahr, und beschäftigt inzwischen in seinen 43 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften rund 38 000 Mitarbeiter.

Auch auf dem deutschen Markt hat Schweppes erfolgreich Fuß gefaßt, ganz im Gegensatz zum Cadbury-Süßwarenbereich, dessen Schokolade sich hier nach mehreren vergeblichen Anläufen nicht durchsetzen konnte.

Die deutsche Cadbury Schweppes GmbH, Hamburg, konnte 1982 ihren Umsatz von 75 auf 85 Mill. DM steigern, wozu neben englischer Konfitüre und dem Malt Whisky Glenfiddich vor allem die in Buxtehude produzierten typischen Schweppes-Getränke beisteuerten. Bei herb-bitteren Erfrischungsgetränken ist man auch hierzulande Marktführer, erfolgreich konnte auch das Limonaden-Bier-Mixgetränk „McTwo" vermarktet werden.

Trotz Bauflaute kräftig gewachsen

hdt., Bielefeld

Trotz der bis in jüngster Vergangenheit anhaltenden Flaute auf dem Baumarkt konnte die Goldbeck GmbH, Bielefeld, ihren Umsatz im Geschäftsjahr 1982/83 (31. 3.) um 16 Prozent auf 49 Mill. DM steigern. Das mittelständische Familienunternehmen fertigt Stahlbauelemente, die durch eigene Montagekolonnen vor allem zu Produktions- und Lagerhallen zusammengesetzt werden. Rund 60 Prozent des Umsatzes entfallen auf diesen Bereich, weitere 30 Prozent auf den Geschoßbau, 10 Prozent jedoch bereits auf Transport- und Lagertechnik.

Ortwin Goldbeck, Firmengründer und geschäftsführender Gesellschafter, erklärt den seit Jahren kontinuierlichen Umsatzanstieg vor allem mit der marktgerechten Konzeption, bei der schlüsselfertige Anlagen erstellt und den Kunden somit komplette Problemlösungen geboten werden. Nicht Schritt gehalten mit der Umsatzentwicklung hat allerdings die des Ertrages.

Der neue Fertigungszweig Transport- und Lagertechnik ist der Beginn einer Diversifikation. Hier bietet Goldbeck komplette Regaleinrichtungen einschließlich Kommissionierbühne für die Entnahme ab. Weitere Chancen werden im Geschoßbau gesehen, wo sich die Stahlbauweise als schneller und flexibler gegenüber herkömmlichem Betonbauverfahren erweist. Die derzeitige Tendenz des Weg-vom-Beton läßt auf weite Sicht sogar Chancen im Wohnungsbaubereich erkennen.

Für das laufende Jahr rechnet Goldbeck im Inland mit einem realistischen Umsatzplus von rund 10 Prozent. Im Exportbereich, im Vorjahr mit rund 15 Prozent am Gesamtumsatz beteiligt, lassen sich solche Voraussagen nicht treffen.

ERGEBNISSE

Köln – München	2:0 (1:0)
Bremen – Karlsruhe	3:0 (1:0)
Dortmund – Frankfurt	4:1 (1:0)
K'lautern – Bochum	1:0 (1:0)
Schalke – Bielefeld	5:0 (3:0)
Nürnberg – Leverkusen	0:1 (0:0)
Stuttgart – M'gladbach	3:2 (1:0)
Berlin – Hamburg	1:2 (1:1)
Düsseldorf – Braunschw.	5:0 (1:0)

DIE SPIELE

Düsseldorf – Braunschweig 5:0 (1:0)
Düsseldorf: Kurth – Zewe – Löhr, Theis – Bockenfeld, Fach (83. Gores), Dusend (69. Thiele), Weikl – Bommer, Edvaldsson, Ormslev. – **Braunschweig:** Josef – Borg – Tripbacher, Hollmann, Merkhoffer – Geiger, Zavisic, Ellmerich, Kindermann – Herbst, Worm. – **Schiedsrichter:** Tritschler (Freiburg). – **Tore:** 1:0 Ormslev (40.), 2:0 Fach (50.), 3:0 Edvaldsson (52.), 4:0 Edvaldsson (87.), 5:0 Gores (90.). – **Zuschauer:** 7000. – **Gelbe Karte:** Merkhoffer.

Köln – München 2:0 (1:0)
Köln: Schumacher – Strack – Prestin, Steiner, Willmer – Hönerbach, Zimmermann, Neumann, Engels – Littbarski, Fischer. – **München:** Pfaff – Beierlorzer – Dremmler, Grobe, Horsmann – Kraus, Dürnberger, Augenthaler, Del'Haye – Hoeneß, Rummenigge. – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Tore:** 1:0 Strack (45.), 2:0 Steiner (66.). – **Zuschauer:** 59 000.

Berlin – Hamburg 1:2 (1:1)
Berlin: Quasten – Gruler – Schneider, Rasmussen, Stöhr – Timme, Blau, Mohr, Ehrmanntraut – Glöde, Remark (70. Killmaier). – **Hamburg:** Stein – Groh – Wehmeyer, Jacobs, Kaltz – Hartwig, Rolff, Magath (31. Hieronymus) – von Heesen, Hrubesch, Bastrup. – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen). – **Tore:** 1:0 Schneider (25., Foulelfmeter), 1:1 Rolff (39.), 1:2 Hartwig (68.). – **Zuschauer:** 36 336. – **Gelbe Karten:** Hartwig (4/1), Groh (3).

K'lautern – Bochum 1:0 (1:0)
Kaiserslautern: Reichel – Dusek – Wolf, Briegel, Brehme – Melzer, Geye, Bongartz – Eilenfeldt, Nilsson, Kitzmann (20. Allofs). – **Bochum:** Mager – Bast – Zugcic, Jakobs, Lameck – Knüwe, Woelk, Oswald, Patzke – Pater (64. Krella), Schreier (46. Benatelli). –

Schiedsrichter: Gabor (Berlin). – **Tor:** 1:0 Briegel (10.). – **Zuschauer:** 20 277. – **Gelbe Karte:** Pater.

Stuttgart – M'gladbach 3:2 (1:0)
Stuttgart: Grüninger – Makan – Schäfer, K.-H. Förster, B. Förster – Kempe, Ohlicher (46. Jeske), Sigurvinsson, Allgöwer – Keisch, Reichert. – **Mönchengladbach:** Kamps – Veh (85. Hochstätter) – Schäffer, Borowka, Ringels – Mohren, Matthäus, Bruns, Schmider – Brandts, Reich. – **Schiedsrichter:** Umbach (Rottorf). – **Tore:** 1:0 Kempe (9.), 2:0 Allgöwer (70., Foulelfmeter), 3:0 Allgöwer (72.), 3:1 Brandts (74.), 3:2 Matthäus (80., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karten:** B. Förster (7/2), Borowka (4/2), Veh (3).

Dortmund – Frankfurt 4:1 (1:0)
Dortmund: Immel – Rüßmann – Koch, Hein – Huber, Tenhagen, Bönighausen, Raducanu, Keser (85. Wagner) – Abramczik, Klotz (85. Eggeling). – **Frankfurt:** Jüriens – Pezzey – Körbel, Falkenmayer – Schreml, Sziedat, Kroth, Trieb, Nickel – Gulich (52. Kaczor), Tscha. – **Schiedsrichter:** Roth (Salzgitter). – **Tore:** 1:0 Abramczik (7.), 2:0 Klotz (58.), 3:0 Abramczik (59.), 3:1 Tscha (62.), 4:1 Abramczik (84.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karte:** Jüriens.

Bremen – Karlsruhe 3:0 (1:0)
Bremen: Burdenski – Fichtel – Okudera, Gruber, Otten – Sidka, Möhlmann, Bracht (46. Neubarth) – Reinders, Völler, Meier. – **Karlsruhe:** Wimmer – Bold – Groß, Kleppinger, Boysen – Walz, Wiesner (62. Zahn), Dittus – Günther, Hofeditz, Hagmayr. – **Schiedsrichter:** Dellwing (Osburg). – **Tore:** 1:0 Reinders (13.), 2:0 Möhlmann (67.), 3:0 Sidka (85.). – **Zuschauer:** 21 300. – **Gelbe Karte:** Groß (4/1).

Schalke – Bielefeld 5:0 (3:0)
Schalke: Junghans – Dietz – Kruse, Geier, Schipper – Bittcher, Lorant, Opitz (33. Bücker) – Abramczik, Abel, Wuttke. – **Bielefeld:** Diergardt – Wohlers – Schnier, Hupe, Geils – Pohl, Kühlhorn, Schröder – Rautiainen, Krajczy (46. Pagelsdorf), Lienen. – **Schiedsrichter:** Klauser (Vaterstetten). – **Tore:** 1:0 Abramczik (18.), 2:0 Wuttke (24.), 3:0 Wuttke (40.), 4:0 Wuttke (61.), 5:0 Dietz (90.). – **Zuschauer:** 7000. – **Gelbe Karte:** Lorant (7/1).

Nürnberg – Leverkusen 0:1 (0:0)
Nürnberg: Kargus – Weyerich – Täuber, Reinhardt, Stocker – Eder, Botteron, Hintermaier (60. Heidenreich), Schlegel (60. Dreßel) – Trunk, Heck. – **Leverkusen:** Greiner – Bruckmann – Saborowski, Wojtowicz, Posner – Hörster, Winklhofer, Röber, Vöge (86. Hermann) – Ökland (75. Bittorf), Waas. – **Schiedsrichter:** Liebi (Schweiz). – **Tor:** 0:1 Waas (73.). – **Zuschauer:** 12 500. – **Gelbe Karte:** Röber (3).

VORSCHAU

Freitag, 13. 5., 19.30 Uhr

Bielefeld – Nürnberg	(1:1)

Freitag, 13. 5., 20.00 Uhr

Karlsruhe – Düsseldorf	(3:4)
Leverkusen – Bremen	(1:3)

Samstag, 14. 5., 15.30 Uhr

Hamburg – Köln	(1:1)
Frankfurt – Schalke	(2:3)
Bochum – Dortmund	(1:3)
München – K'lautern	(2:3)
Gladbach – Berlin	(2:0)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

FUSSBALL / München verspielte letzte Chance auf die Meisterschaft – Schalkes 5:0 und die Erinnerung an den Skandal von 1971







Dreifacher Jubel, ein Küßchen und 500 Rosen. Rüdiger Abramczik (Foto links, nach zweien von drei Toren für Dortmund) konnte sich gestern schon gar nicht mehr so recht freuen. Er muß zum Saisonende gehen, trotz der Tore. – Für Mildred Scheel, die Präsidentin der Deutschen Krebshilfe, war das schönste am Spiel Köln – München „der Kuß von Toni Schumacher". Ihr wurde ein Scheck in Höhe von 14 000 Mark überreicht – Erlös einer Kalenderserie mit Bildern der Nationalspieler. – Rosen erhielt Fichtel für sein 500. Spiel. Aber erst nach dem Schlußpfiff, vorher war er zu nervös . . .

FOTOS: WEREK (2), MÜLLER

„Tja, das war es wohl", sagte Dieter Hoeneß, und der Direktor des Sponsors Magirus fordert die Entlassung von Pal Csernai

Von ULRICH DOST

Tja, das war es dann wohl" – diesen Satz sagte **Dieter Hoeneß** (30), Mittelstürmer des FC Bayern München, als er nach der 0:2-Niederlage beim 1. FC Köln die Kabine verließ. Das war es dann wohl, FC Bayern, der Traum von der Meisterschaft, wenn ihn überhaupt noch jemand geträumt hatte, war endgültig vorbei. In den Worten von Dieter Hoeneß schwang noch nicht mal Bitterkeit, Enttäuschung oder Verärgerung mit. Nein, jetzt waren alle Vorzeichen geklärt, niemand brauchte mehr Hoffnung zu spielen, wie sie es vorher taten. Der FC Bayern war aus dem Rennen, der Hamburger SV und Werder Bremen werden den Kampf um die deutsche Fußball-Meisterschaft alleine ausmachen. Nun sind es nur noch zwei.

Jetzt, nachdem alles klar ist, durften die Münchner Spieler auch wieder ehrlich sein. Wie Mannschaftsführer **Karl-Heinz Rummenigge** (27), der sagte: „Unsere Chancen waren doch sehr gering. Immerhin hatten wir zwei Titelaspiranten vor uns, die beide hätten stolpern müssen. Nun müssen wir uns damit abfinden."

Uli Hoeneß (33), Manager der Bayern, meinte, die Tatsache, daß der Verein im Rennen um die Meisterschaft ausgeschieden sei, stimme ihn zwar sehr traurig, aber nicht böse. Dabei hätte der Manager, bezogen auf die 0:2-Niederlage, eher andersherum fühlen müssen. So klar nämlich, wie die Angelegenheit auf den ersten Blick für die Kölner aussah, war das Spiel nämlich nicht. Die Bayern besaßen in den ersten 45 Minuten die weitaus besseren Torchancen, hatten die größeren Spielanteile und hätten eine Führung verdient gehabt. Doch das Ausnutzen der Torchancen, so der Bayern-Manager, sei in den letzten Wochen das große Problem der Mannschaft. Als den Kölnern mit dem Halbzeitpfiff durch Libero **Gerd Strack** (27) die Führung gelang, war der ohnehin spärlich vorhandene Widerstandswille der Bayern gänzlich gebrochen. Da solle man sich nichts vormachen, so **Paul Breitner** (31), „da fällt die Spannung der letzten Monate von einem ab".

Die Kölner haben sich gewundert, daß der FC Bayern so vollkommen ohne ernsthafte Gegenwehr die Dinge hat fahren lassen. Die Bayern hätten doch nichts gebracht, meinte Nationaltorwart **Harald Schumacher** (29) vom 1. FC Köln, die bisherigen Spiele beider Klubs hätten vielmehr Dramatik und Klasse besessen. Den Willen, das Steuer noch einmal herumzureißen, so der Nationaltorwart, haben er und seine Kollegen bei den Bayern am meisten vermißt.

*

Aber immer dann, wenn es um die Bereitschaft geht, das Letzte aus sich herauszuholen und alles zu geben, greifen die Bayern zur alten Leier. Ein Typ wie Paul Breitner, so Karl-Heinz Rummenigge, habe gefehlt, „der Wille, wie ihn der Paul hat". Breitner hätte bestimmt den richtigen Paß gespielt, mit ihm hätten sie das Steuer herumgerissen. Was nutzt aber das ganze Gejammer: Die Bayern haben nun mal keinen Breitner mehr, an dem sie sich aufrichten können.

Breitner selbst hat übrigens das Spiel in Köln gar nicht gesehen. Er war in Rio, um nach der Absage der italienischen Weltmeister einige Brasilianer für sein Abschiedsspiel am 31. Mai in München zu verpflichten. 35 Flugstunden nahm der Münchner auf sich, aber die Sache habe sich für ihn gelohnt. Denn mit **Zico** (29) kann er dem Münchner Publikum einen der besten Fußballspieler der Welt präsentieren. Zico bringt noch **Adilio** (23) von Flamengo und **Nelinho** (28) von São Paulo mit, gegen den Breitner auf der letzten Südamerikareise der Nationalmannschaft im Mai 1982 spielte.

*

Paul Breitner mag sich freuen, die Zukunft seines Vereins dagegen sieht gar nicht rosig aus. Besonders in die Schußlinie geraten ist einmal mehr Trainer **Pal Csernai** (50) nach der Niederlage in Köln. Auch Karl-Heinz Rummenigge fiel auf, daß der Trainer sich den Gang der Dinge geruhlich ansah, statt etwas zu unternehmen. Rummenigge: „Dazu muß sich der Trainer selbst äußern. Ich habe mit ihm ausgemacht, daß ich ihm nicht reinrede. Ich werde fürs Fußballspielen bezahlt. Doch vielleicht hätte uns eine Auswechslung weitergebracht." Durch solch eine Niederlage, so der Nationalspieler, sei die Situation für den Trainer bestimmt nicht besser geworden. Doch wenn er die Worte seines Präsidenten **Willi O. Hoffmann** (52) richtig deute, „ist die Trainerfrage bei uns derzeit kein Thema".



Beim Vorstand des FC Bayern vielleicht (derzeit) nicht, der Wirtschaftsbeirat des Klubs dagegen beschäftigt sich sehr intensiv damit und hat sogar massiv die Entlassung des Trainers gefordert. Beiratsmitglied **Herbert Jackisch** (54) sagte gestern der Deutschen Presse-Agentur (dpa): „Bereits bei der letzten Sitzung unseres Gremiums hat sich die Mehrheit für einen Trainerwechsel ausgesprochen." Und Jackisch, Direktor des Bayern-Sponsors Magirus-Iveco, liefert auch gleich eine Begründung: Das Image des Trainers sei zu negativ. Jackisch: „Einen solchen Mann kann sich der FC Bayern eigentlich gar nicht leisten. Herr Csernai hat überdies dem FC Bayern wirtschaftlichen Schaden in hohem Maße zugefügt." Er habe den Spieler **Karl Del'Haye** (27) verlangt und ihn dann auf die Bank gesetzt, habe **Asgeir Sigurvinsson** (28) und **Norbert Nachtweih** (25) gefordert und sie dann kaum eingesetzt. Jackisch: „Die Liste von Csernais Fehlern läßt sich lange fortsetzen. Außerdem ist er für uns kein positiver Werbeträger. Ich bin immerhin schon froh, daß er sich mittlerweile wenigstens unsere Jacke anzieht."

Mit der vereinsinternen Opposition um den Münchner Geschäftsmann **Hans-Werner Wilde** (56) hat sich Jackisch schon an einen Tisch gesetzt: „Ich verstehe ihre Sorgen um den Verein." Für diese Woche hat die Opposition neue Aktionen gegen Hoffmann und Trainer Csernai angekündigt.

Das Münchner Präsidium steckt jetzt in einer Zwickmühle. Wie soll sich der Klub, der sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet, reagieren, wenn sich der Sponsor aus Verärgerung über den Trainer Pal Csernai zurückziehen will. Trainer oder Geld – so lautet die Frage. Meistens hat es darauf eine klare Antwort gegeben: Das Geld ist wichtiger.

*

Na, na, sie werden doch nicht schon wieder . . .? Die Schalker und die Bielefelder nämlich. Bielefeld ließ einen hohen 5:0-Erfolg zu, wodurch Schalke 04 noch einmal den vielleicht rettenden Zipfel packen konnte.

Da werden Erinnerungen wach, da fällt einem wieder der Bundesliga-Skandal ein. Am 17. April 1971 ließen die Schalker für 40 000 Mark Bielefeld, das damit nicht abstieg, 1:0 gewinnen. Und nun wieder die beiden. „Nein, nein", winkte gestern morgen Bielefelds Trainer Horst Köppel (34) ab, „in der Beziehung ist schon alles in Ordnung gegangen".

Es ist auch kaum vorstellbar, daß diesmal der Mann mit dem Koffer wieder auf Reisen gegangen ist. Dennoch: Ein fader Beigeschmack bleibt immer. Denn, ob gewollt oder nicht, Wettbewerbsverzerrung haben die Bielefelder allemal begangen.

Horst Köppel war deshalb auch einen Tag nach dem Spiel noch „restlos sauer". Man könne ein Spiel verlieren, aber nicht mit dieser Einstellung. In der ersten Erregung, so Köppel, seien ihm ganz komische Gedanken durch den Kopf gegangen. Die ganze Mannschaft hätte er auswechseln wollen, oder auf die Reise zu den nächsten Auswärtsspielen gleich verzichten. Köppel: „Ich habe meine Mannschaft vorher gewarnt, daß die Schalker alles versuchen werden, um nicht abzusteigen. Das ist einfach unsportlich, denen die Punkte ohne Kampf und Einsatz zukommen zu lassen."

Heute will der Trainer mit den Spielern und dem Vorstand ein Gespräch führen und sich dabei stark für eine Geldstrafe machen: „Irgend etwas in diesem Rahmen müssen wir uns überlegen." Er habe, so der Trainer, während des Spiels „tatsächlich das Gefühl gehabt, als wenn meine Spieler zu gut verdienen und es nicht mehr nötig haben, zu rennen und zu kämpfen." Im übrigen sei dieser Trend bei seiner Mannschaft schon des längeren erkennbar.

Sei's drum, die Schalker können jetzt wieder hoffen, und die Konkurrenz aus Karlsruhe und Berlin wird sich vollkommen zu Recht darüber ärgern, daß es Kollegen in der Bundesliga gibt, denen es nichts ausmacht, die Gesetze der Fairneß mit Füßen zu treten.

Klaus Fichtel – ein Monat Fußball an einem Stück . . .

DW. Bremen

500 Spiele in der Fußball-Bundesliga, das sind 45 000 Minuten oder etwas mehr als 30 Tage, also ein Monat Hochleistung an einem Stück. Leistungsbereitschaft ohne Pause – so ist Klaus Fichtel, mit 38 Jahren der älteste Feldspieler in der Bundesliga. Und nur einer hat noch mehr Spiele bestritten als er: Willi Neuberger mit 518. Ihn will Fichtel, für 50 000 Mark von Schalke nach Bremen als „altes Eisen" verscherbelt, noch erreichen. Und vielleicht wird er ja in diesem Jahr auch noch Meister. Der Sportinformationsdienst (sid) sprach mit Fichtel.

Frage: Nach dem wenig glanzvollen 3:0-Sieg über den Karlsruher SC machten Sie den Eindruck, als hätten Sie die Ehrungen richtig genossen.

Fichtel: Eigentlich wollte ich ja meine Karriere bei Schalke 04 beenden. Aber dort wollte man mich nicht mehr haben, weil man glaubte, ich sei zu alt. Und wenn ich jetzt zum 500. Mal in der Bundesliga eingesetzt worden bin, erfüllt mich das schon mit einigem Stolz.

Frage: Obwohl Sie seit 1980 in Bremen sind, hat man den Eindruck, daß Ihr Herz noch sehr an den Schalkern hängt.

Fichtel: 15 Jahre in Gelsenkirchen kann man nicht einfach beiseiteschieben. Es waren teilweise schöne Zeiten, aus denen ich noch viele Freunde besitze. Es waren aber auch Jahre, in denen es viel Theater gab. Und jetzt hoffe ich natürlich, daß die Schalker den drittletzten Platz erreichen. Ich habe bereits alle Möglichkeiten durchgerechnet. Möglicherweise kann Schalke das Zünglein an der Waage werden und uns zum Meister machen.

Frage: Ihren Vertrag in Bremen haben Sie um ein Jahr verlängert. Was verspricht sich der 38 Jahre alte Bundesliga-Senior von der kommenden Saison?

Fichtel: Zuerst bin ich schon einmal zufrieden mit dem, was wir bereits in dieser Saison erreicht haben. Unser Ziel war ein UEFA-Cup-Platz. Und der ist uns nicht mehr zu nehmen. Jetzt gehen wir befreit in die restlichen Spiele und können im Kampf um die Meisterschaft für eine Überraschung sorgen. Im nächsten Jahr werde ich wohl nicht alle 34 Spiele mitmachen, aber mein Ehrgeiz ist es, etwa 20 Bundesliga-Einsätze zu schaffen. Und dann hätte ich den Frankfurter Willi Neuberger eingeholt.

Frage: Worauf führen Sie den Bremer Höhenflug zurück?

Fichtel: Was in Bremen an Neuzugängen gekauft wurde, hat voll eingeschlagen. So etwas habe ich in meiner Karriere noch nicht erlebt. Außerdem behagt uns die kombinierte Raum- und Manndeckung sehr.

Frage: Eine Ihrer schwärzesten Stunden war der Bundesliga-Skandal im Jahre 1971. Wie denken Sie heute über die Ereignisse von damals?

Fichtel: Ich weiß, daß wir damals großen Mist gemacht haben. Es war für mich eine Jugendsünde, und ich habe dafür gebüßt. Das Kapitel ist für mich abgeschlossen, und ich habe es auch verarbeitet.

Frage: Seit August 1965 spielen Sie jetzt in der Bundesliga. Wie hat sich in dieser Zeit aus Ihrer Sicht der Fußball gewandelt?

Fichtel: In der Zeit von 1965 bis 1970 war das Tempo noch nicht so hoch wie heute. Die Spiele waren technisch besser, die Spielerpersönlichkeiten kamen mehr zu Entfaltung. Im Jahre 1974 wurde dann mehr auf Kampf und Schnelligkeit Wert gelegt als auf die Technik. Als Bayern München und der Hamburger SV ihre Spielsysteme 1977 dann auf die Raumdeckung umgestellt hatten, bekamen die Spieler auch wieder mehr persönliche Freiheiten auf dem Spielfeld. Ich glaube, daß die Misere mit den fehlenden Spielerpersönlichkeiten bald behoben ist. Allerdings ist der Leistungsdruck, der auf jungen Spielern lastet, in den letzten Jahren enorm groß geworden.

Der Brüder Abramczik Freud und Leid

B. WEBER, Gelsenkirchen

Siegfried Abramczik (58), ehemaliger Maschinenschlosser, seit einiger Zeit Rentner, stand an der Theke des Palisander-Raumes im Gelsenkirchener Parkstadion und orderte kaltes Bier, obwohl er das wegen seines angeschlagenen Magens eigentlich gar nicht trinken darf. „Heute kann mich mein Hausarzt mal", sagte er freudig erregt, „heute ist ein Feiertag für mich, wie ich ihn lange nicht mehr erlebt habe." Seine Frau Helga, sonst immer besorgte Aufpasserin, nickte diesmal verständnisvoll.

Die Freude von Vater Abramczik ist verständlich. Das Spiel der Schalker gegen Bielefeld, der überraschende 5:0-Sieg, hatte ihn in Euphorie versetzt. Daß sein Sohn Volker (19) nach neun Monaten Verletzungspause ein wahrlich glanzvolles Comeback auf den Rasen zauberte und zudem noch mit einem sehenswerten Kopfballtor den Erfolg einleitete, löste bei Siegfried Abramczik einen Glücksrausch aus. Aber nicht nur bei ihm. Ganz Schalke lag seinem Sohn zu Füßen – dem fast sogar noch mehr als dem dreifachen Torschützen Wolfram Wuttke. Die Geschichte von Volker Abramczik ist die Geschichte von der Karriere eines Fußballspielers, die eigentlich schon beendet war, bevor sie richtig begonnen hatte.

Blenden wir exakt neun Monate zurück: Da lag der kleine Außenstürmer auf der Intensivstation eines Gelsenkirchener Krankenhauses. Die Ärzte ließen außer seinen Eltern niemanden zu ihm. Die Diagnose, die sie zu hören bekamen, war niederschmetternd. Schädelbruch, mehrere Rippenbrüche, Beinbruch, Meniskus und mehrere Bänder gerissen. Das alles war passiert, nachdem Volker Abramczik, nur wenige Tage nachdem er seinen Führerschein gemacht hatte, mit seinem Wagen ins Schleudern *geraten, sich überschlagen und im* Schaufenster eines Geschäftes gelandet war. „Damals", sagt Mutter Abramczik, „waren wir eigentlich sicher, daß Volker nie wieder Fußball spielen kann. Es war uns egal, Hauptsache, er hatte überlebt."

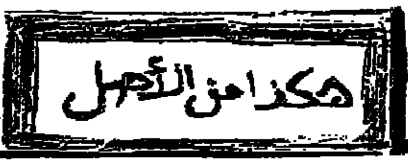
Die Eltern, die Ärzte – sie alle hatten nicht mit dem unbändigen Willen des schmächtigen Jungen gerechnet. Bereits sechs Wochen nach dem Unfall machte er die ersten Kraftübungen im Krankenbett. Vier Monate lang mußte Volker Abramczik an Krücken gehen. Doch schon während dieser Zeit ließ er sich ins Parkstadion fahren, um in der Kraftkammer Gewichte zu stemmen. Seine Beine indes waren so spindeldürr geworden, daß Volker jedesmal das blanke Entsetzen bekam, wenn er zu ihnen herunterschaute. Als er die Krücken endlich wegwerfen konnte, begann er sofort mit einem Krafttraining für die Oberschenkel.

„Es war mörderisch", erinnert er sich, und „es gab viele Tage, an denen ich aufgeben wollte." Vor fünf Wochen dann hatte der Rechtsaußen sein erstes großes Erfolgserlebnis. Er konnte wieder am Training teilnehmen, und Trainer Jürgen Sundermann wunderte sich, wie sehr belastbar er schon wieder war. „Ich bin sicher", sagte Sundermann nach diesem Training, „daß wir Volker im Abstiegskampf noch einsetzen können." Keiner glaubte dem Trainer. Am Samstag meinte er: „Mit Volker schaffen wir auch noch den Klassenerhalt. Er hat super gespielt."

Dem wollte sich Manager Rudi Assauer nicht so ganz anschließen. Er machte bei der Leistungsbeurteilung eine ziemliche Einschränkung: „Natürlich war es ein guter Einstand, aber man hat auch gesehen, daß noch eine Menge fehlte." Wobei man wissen muß, daß dieser Aussage *ein ziemliches Maß an* Taktik zugrunde liegt. Volker Abramczik hat vor ein paar Tagen seinen auslaufenden Vertrag formell gekündigt. Das heißt: Vertragsverhandlungen stehen bevor, und Assauer will seinen neuen, alten Rechtsaußen nicht teurer machen als er es ohnehin schon sein wird. Klar ist, daß sich Volker im Falle des Abstiegs auf jeden Fall einen neuen Klub suchen wird.

„Bei uns in der Familie", scherzte Vater Siegfried, „ist derzeit halt viel Bewegung." Und dann nahm er einen tiefen Schluck auf seinen älteren Sohn, der die Zuschauer am Samstag ebenfalls zu Begeisterungsstürmen hingerissen hatte. Ein paar Kilometer weiter, im Dortmunder Westfalenstadion. Dort war Rüdiger Abramczik (27) der große Mann. Drei Tore steuerte er zum 4:1-Sieg seiner Borussia über Eintracht Frankfurt bei. Dennoch verschwand der „Flankengott aus dem Kohlenpott" sehr schnell nach Hause. „Zum Feiern war mir nicht. Ich habe mit meiner Frau Christa und mit meinem Manager Toni Preuß ein Pils getrunken. Das war's auch schon", meinte er gestern.

Freimütig gab er zu, eher traurig zu sein. Es habe ihn halt sehr getroffen, daß der Dortmunder Vorstand ihm am letzten Donnerstag die Kündigung ausgesprochen habe. Ob er insgeheim damit rechne, daß sich das Präsidium bei gleichbleibenden Leistungen in den restlichen Spielen zu einem Umdenken entschließen könne, wurde Rüdiger gefragt. „Nein", antwortete er „der Fall ist abgeschlossen. Die wollen mich nicht mehr." Angebote von anderen Vereinen, das sagte Rüdiger Abramczik auch ganz offen, habe er bisher noch nicht vorliegen.



Der 30. Bundesliga-Spieltag

							Heim:		Auswärts:	
1. Hamburg	30	17	11	2	68:29	45:15	38:10	25:5	30:19	20:10
2. Bremen	30	20	5	5	66:34	45:15	44:13	28:2	22:21	17:13
3. München	30	16	9	5	67:25	41:19	43:7	25:5	24:18	16:14
4. Stuttgart	30	16	8	6	69:42	40:20	42:19	24:6	27:23	16:14
5. Köln	30	15	9	6	62:35	39:21	40:15	25:5	22:20	14:16
6. K'lautern	30	13	12	5	50:35	38:22	39:13	27:3	11:22	11:19
7. Dortmund	30	16	5	9	68:45	37:23	45:18	23:7	23:27	14:16
8. Frankfurt	30	11	5	14	44:46	27:33	33:10	23:7	11:36	4:26
9. Düsseldorf	30	9	8	13	52:70	26:34	34:34	18:12	18:36	8:22
10. Nürnberg	30	10	6	14	39:58	26:34	26:20	21:9	13:38	5:25
11. Bielefeld	30	10	6	14	39:64	26:34	31:20	21:9	8:44	5:25
12. Bochum	30	7	11	12	33:42	25:35	22:17	16:14	11:25	9:21
13. Leverkusen	30	8	8	14	36:59	24:36	17:16	17:13	19:43	7:23
14. Braunschw.	30	7	10	13	32:56	24:36	19:15	17:11	13:41	7:25
15. Gladbach	30	9	4	17	50:54	22:38	32:19	17:13	18:35	5:25
16. Hertha	30	5	9	16	36:54	19:41	24:22	15:17	12:32	4:24
17. Schalke	30	6	6	18	42:63	18:42	25:26	13:17	17:37	5:25
18. Karlsruhe	30	6	6	18	34:76	18:42	20:19	16:14	14:57	2:28

Der Spitzenkampf

Nur noch zwei Mannschaften können Meister werden: Hamburg und Bremen. Nur noch drei Klubs müssen befürchten, direkt abzusteigen. Das ist die Bilanz nach 30 Spieltagen der Bundesliga, wenn einmal alle theoretische Rechnerei außer acht gelassen wird. Und es bleibt dabei: Im Kampf um den Titel besitzt Bremen das leichtere Restprogramm: Leverkusen (A), Bielefeld (H), Frankfurt (A), Bochum (H). Hamburg spielt noch gegen Köln (H), K'lautern (A), Dortmund (H) und Schalke (A). Im Kampf gegen den Abstieg spricht jetzt vieles dafür, daß Hertha BSC seinen 16. Platz, der zur Qualifikation gegen den Dritten der Zweiten Liga berechtigt, nicht halten kann. Die Berliner haben nur noch ein Heimspiel (Braunschweig), müssen aber in Gladbach, Stuttgart und Köln antreten. Das Programm von Schalke und Karlsruhe ist leichter.

Statistik in Kürze

Rudi Völler von Werder Bremen führt weiter die Torschützenliste mit 21 Treffern an. Karl-Heinz Rummenigge (18 Tore) hat einen weiteren Konkurrenten bekommen, Karl Allgöwer zog mit ihm gleich. Dem Stuttgarter Bernd Förster droht die dritte Sperre in dieser Saison. Er sah bereits zum neunten Mal die gelbe Karte. Fünf Spieler sind mit sechs Verwarnungen belastet. Zum ersten Mal in dieser Saison gab es einen Spieltag ohne Unentschieden. Die Gesamtbilanz der bisherigen 270 Spiele: 152 Heimsiege, 69 Unentschieden, nur 49 Auswärtserfolge. Nur Kaiserslautern und Hertha BSC haben noch kein Spiel beim Gegner gewonnen. Bremen jagt den Rekord des 1. FC Köln, der in der Saison 69/70 neunmal hintereinander gewann. Das 3:0 über Karlsruhe bedeutete bereits den achten Erfolg der Bremer in unterbrochener Reihenfolge.

2. Liga

DW. Bonn

Vier Spieltage vor Saisonende in der Zweiten Fußball-Liga fehlen den Offenbacher Kickers nach dem 2:2 zu Hause gegen Darmstadt 98 immer noch drei Punkte zum Aufstieg. Darmstadts Trainer Manfred Krafft gratulierte den Offenbachern nach dem Unentschieden dennoch zur Rückkehr in die erste Liga. Für Offenbach wäre es der vierte Aufstieg seit 1968. Für die Darmstädter ist nach der Punkteteilung wohl die letzte Chance auf den dritten Tabellenplatz, der zu zwei Qualifikationsspielen gegen den 16. der ersten Bundesliga berechtigt, vertan. Darmstadt kann sich nun ganz auf seine finanzielle Situation konzentrieren und für eine Deckung jener 300 000-Mark-Lücke im Haushalt sorgen, von der der Deutsche Fußball-Bund (DFB) die Erteilung der Lizenz für die nächste Saison abhängig gemacht hat. Als Lösung bietet sich für Darmstadt der Verkauf von Torschützenkönig Bodo Mattern (Ablösesumme 350 000 Mark) an. Bis zum 20. Mai haben die Darmstädter noch Zeit, dann verhandelt der Liga-Ausschuß des DFB wegen der Darmstädter Beschwerde gegen den angekündigten Lizenzentzug.

ERGEBNISSE

Uerdingen – Stuttgart	2:1	(1:1)
Augsburg – Kassel	1:0	(0:0)
Lüttringhausen – Köln	0:2	(0:0)
Neuhaus – Wattenscheid	0:5	(0:2)
Osnabrück – Duisburg	0:2	(0:0)
Aachen – Freiburg	1:1	(0:0)
Offenbach – Darmstadt	2:2	(1:1)
Mannheim – Essen	3:1	(2:0)
Solingen – Fürth	ausgef.	

DIE TABELLE

1. Mannheim	34	20	9	5	77:30	49:19
2. Offenbach	34	20	7	7	71:37	47:21
3. Uerdingen	34	17	9	8	57:43	43:25
4. Köln	34	15	10	9	74:47	40:28
5. Kassel	34	17	5	12	62:49	39:29
6. Stuttgart	34	15	8	11	60:47	38:30
7. Darmstadt	34	14	10	10	66:52	38:30
8. Freiburg	34	12	14	8	45:42	38:30
9. Aachen	34	14	9	11	46:47	37:31
10. Osnabrück	34	15	4	15	50:57	34:34
11. Duisburg	34	13	7	14	48:49	33:35
12. Hannover	33	11	9	13	52:60	31:35
13. Fürth	33	10	10	13	50:63	30:36
14. Lüttringh.	34	11	8	15	45:66	30:38
15. Essen	34	10	9	15	46:53	29:39
16. Wattensch.	34	12	5	17	56:63	29:39
17. Solingen	33	8	10	15	46:67	26:40
18. Augsburg	34	8	8	17	26:52	26:42
19. Frankfurt	33	8	7	18	42:73	23:43
20. Neuhaus	34	5	6	23	37:89	16:52

VORSCHAU

Freitag, 13. 5., 19.30 Uhr: Wattenscheid – Offenbach; 20.00 Uhr: Hannover – Augsburg; 20.30 Uhr: Darmstadt – Frankfurt; Samstag, 14. 5., 15.30 Uhr: Köln – Uerdingen, Kassel – Lüttringhausen, Fürth – Schloß Neuhaus, Essen – Solingen, Freiburg – Osnabrück; Sonntag, 15. 5., 15.00 Uhr: Stuttgart – Aachen, Duisburg – Mannheim.

MOTORRAD / Großer Preis von Deutschland vor 120 000 Zuschauern – Wieder Sieg für Nieto

Als es regnete, stoppte Wimmer das Rennen

DIETER SCHULZ, Hockenheim

Das Fehlen von Weltmeister Toni Mang (Inning) konnte die Hochstimmung von 120 000 Motorrad-Fans im ausverkauften Motodrom von Hockenheim beim Großen Preis von Deutschland nicht verderben, ein Regenschauer auch nur wenig. Enttäuschung machte sich nur breit, als in der Klasse bis 250 ccm die deutschen Spitzenfahrer Martin Wimmer und Manfred Herweh vorzeitig die Segel streichen mußten. Wimmer beging möglicherweise einen taktischen Fehler. Denn als nach dem Start zum vierten WM-Lauf seiner Klasse ein Regenschauer niederging, war es der zu diesem Zeitpunkt führende Münchner selbst, der die Jury wild gestikulierend zum Abbruch des Rennens aufforderte. Rennleiter Wilhelm Herz schaltete sofort, holte alle Fahrer an die Boxen.

Ähnliche Umstände hatten 1982 beim finnischen Grand Prix in Imatra ein Todesopfer gefordert. Damals konnte sich der Veranstalter nicht zum Abbruch entschließen. Zahlreiche Fahrer beendeten deshalb das Rennen aus Protest vorzeitig, darunter auch Wimmer. Für dieses Jahr wurde der Große Preis von Finnland aus dem WM-Kalender gestrichen.

Zurück zu Hockenheim: Beim zweiten Start 40 Minuten später hatte Wimmer – er heiratet am Mittwoch – dann genauso wenig Glück wie der Lampertheimer Manfred Herweh, der sich wenigstens noch zwei Runden als Spitzenreiter feiern lassen konnte. Wimmer fuhr in der neunten Runde mit zerfetzten Reifen an die Box, Herweh stellte seine Maschine in der siebten Runde mit Motorschaden an der Ostkurve ab. Die Ehre der Deutschen rettete Europameister Reinhold Roth auf Yamaha. Er kam als fünfter ins Ziel.

Sieger wurde – wie vor 14 Tagen in Monza – der Venezuelaner Carlos Lavado auf Yamaha. Er sicherte sich mit seinem siebten Grand-Prix-Sieg vor dem Franzosen Patrique Fernandez und dem belgischen Vize-Weltmeister Didier de Radigues mit 34 Punkten nach drei Rennen die Führung in der 250er-Klasse vor Radigues (32) und Fernandez (25).

In der Kategorie bis 50 ccm, die im nächsten Jahr in der Weltmeisterschaft von der Klasse bis 80 ccm abgelöst wird, verewigte sich Weltmeister Stefan Dörflinger (Schweiz) auf Kreidler bei seinem Tagessieg vor dem Italiener Eugenio Lazzarini (Garelli) mit einer letzten Bestzeit in dieser Klasse im Rekordbuch von Hockenheim. Mit 2:46,05 Minuten fuhr der 35jährige Basler, der nach seiner Reifenpanne in Le Mans wieder auf deutsche Reifen zurückgegriffen hatte, einen Schnitt von 147,13 km in der Stunde.

Ein Privatfahrer aus Königswinter, der 27 Jahre alte Gerhard Bauer auf einer Ziegler GP, gab den übrigen Deutschen das Nachsehen: Er wurde Dritter. Der Bietigheimer Rainer Kunz als Fünfter, Hagen Klein aus Leinfelden als Siebenter vor Ingo Emmerich (Stolberg) und Gerhard Singer (Ditzingen) rundeten das gute Abschneiden ab. Klein liegt in der WM-Wertung hinter Lazzarini (39), Dörflinger (30) und dem Holländer Looijensteijn (24) mit 19 Punkten auf Platz vier.

Der Spanier Angel Nieto steuert in der Klasse bis 125 ccm seinen zwölften WM-Titel an. Der 36jährige spielte bei seinem 79. Grand-Prix-Sieg mit der Konkurrenz Katz und Maus und schraubte die Hockenheim-Rekordmarke in dieser Klasse auf 2:26,00 Minuten (167,341 km/Std.). Lazzarini hatte auch in der Achtelliterklasse das Nachsehen, sicherte aber als Zweiter den Garelli-Doppelsieg vor dem dreifachen italienischen Weltmeister Pierpaoli Bianchi und dem Schweizer Bruno Kneubühler. Nieto (30) und Lazzarini (24) führen in der WM-Wertung, in der Gerhard Waibel aus Schorndorf als Achter die ersten drei WM-Zähler einfuhr.

Die Ergebnisse des Rennens der sogenannten „Königsklasse" bis 500 ccm war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt. Doch schon beim Training hatte der Amerikaner Freddy Spencer den von ihm selbst gehaltenen Rundenrekord vom vergangenen Jahr um 1:25 Sekunden unterboten. Die neue Bestmarke: 2:08:66 Minuten (190 Stundenkilometer). Der dreifache Weltmeister Kenny Roberts (USA) war um zwei Sekunden langsamer und schüttelte nur verwundert den Kopf, als er von der Zeit Spencers erfuhr. „Die Strecke liegt mir, das Motorrad läuft optimal und ich meine, daß man noch um ein paar Zehntel schneller sein kann", erklärte der Rekordhalter.

RALLYE / Röhrl durfte nicht gewinnen

„Ich kam mir blöd vor"

dpa/sid, Ajaccio

Im Ziel der Korsika-Rallye, die nach 1720 Kilometern mit dem Sieg des Finnen Markku Alen (32) auf Lancia zu Ende ging, war dessen Team-Kollege Walter Röhrl nicht nur um 14 WM-Punkte für seinen zweiten Platz, sondern auch um eine wichtige Erkenntnis reicher. „Jetzt weiß ich endlich, warum ich fürs Rallyefahren Geld bekomme", sagte er, „die bezahlen mich, damit sie mir auch mal sagen können, ich sollte langsamer fahren."

Zum ersten Mal in seiner Karriere durfte der Regensburger nicht so schnell fahren, wie er eigentlich gekonnt hätte. Stall-Order nennt man das in der Branche. Lancia-Teamchef Cesare Fiorio erteilte sie seinen vier Fahrern, die zu diesem Zeitpunkt die ersten vier Plätze belegten, schon nach der Hälfte der Distanz und stellte klar: „Von jetzt an wird nicht mehr überholt."

Röhrl sorgte dennoch für Spannung. Er fuhr auf den letzten Wertungsprüfungen noch Bestzeiten und handelte sich dafür, weil der führende Alen dadurch trotz aller Absprachen immer nervöser wurde, zwei Verwarnungen seines Teamchefs ein. „Dabei bin ich doch sowieso schon Schrittempo gefahren," beteuerte Röhrl hinterher, „ich kann doch nicht auch noch rückwärts fahren, nur damit ich nicht gewinne." Und: „Die letzte Sonderprüfung bin ich fast im Schritt gefahren, ich kam mir schon richtig blöd vor."

Röhrl, der auf den zweiten Saisonsieg nach der Rallye Monte Carlo verzichten mußte, liegt in der WM-Wertung mit 47 Punkten nun hinter dem Finnen Hannu Mikkola und knapp vor Alen (45).

70 Prozent der 178 gestarteten Teams schieden aus. Lediglich 53 Fahrzeuge erreichten das Ziel. Es gab prominente Ausfälle: Michel Mouton, Frequelin, Andruet (alle Frankreich). In einer Kurve kam der Renault-5-Turbo des Franzosen Paul Touren/Jean Vieau von der Strecke ab und erfaßte drei Zuschauer, die sich unerlaubterweise in einer Sperrzone aufgehalten hatten. Dabei wurden zwei Männer schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt.

BOXEN / Zwei sind schon ausgeschieden

Stefan Gertel unterlag klar

sid, Varna

Bei den 25. Amateurbox-Europameisterschaften sind mit Stefan Gertel und Alexander Künzler bereits zwei Boxer aus der Bundesrepublik Deutschland ausgeschieden. Einen Sieg landete dagegen Reiner Gies. Die Niederlage für Stefan Gertel (Worms) gegen den Bulgaren Konstadin Georgiev im Bantamgewicht fiel mit 0:5-Richterstimmen deutlich aus und zerstörte die Medaillenhoffnungen des Deutschen Amateurbox-Verbandes (DABV) in dieser Klasse gleich in der ersten Runde. Für Gertel gab es an seiner Schlappe nichts zu deuteln.

Der Wormser trauerte den verpaßten Chancen nicht lange nach und richtete den Blick schon nach Los Angeles: „Beim Boxen gibt es keine Trostrunde. Nur wer auch verlieren kann, gewinnt eines Tages eine Medaille." Die Niederlage des zweimaligen Meisters Alexander Künzler (Karlsruhe) im Halbschwergewicht war für den DABV dagegen keine Überraschung. Seinen Gegner, den Junioren-Europameister Siegfried Mehnert („DDR"), erklärten die Punktrichter denn auch einstimmig zum Sieger. Bundestrainer Helmut Ranze kommentierte die Niederlage anerkennend: „Alexander ist gegen einen Turnierfavoriten ausgeschieden."

Freude herrschte bei den Funktionären des DABV nach dem Kampf von Leichtgewichtler Reiner Gies (Kaiserslautern). Nach seinem 5:0-Punktsieg über den Finnen Jose Tuominen geht es für den 20 Jahre alten Gies im nächsten Kampf bereits um den Einzug in die Runde der letzten Vier und damit um eine Bronzemedaille. Allerdings wartet mit Vize-Europameister Carlo Russolillo aus Italien ein schwerer Gegner auf Gies. Sportwart Birkle räumte nach den ersten Kämpfen ein, daß die angestrebten zwei Medaillen sehr schwer zu erreichen sein werden. Birkle: „Es besteht kein Grund zur Panik. Aber unsere Auslosung war hundsmiserabel." Ohne Kampf stehen Graciano Rocchigiani (Berlin) im Halbmittel- und Thomas Claßen (Mülheim) im Superschwergewicht im Viertelfinale.

SPORT-NACHRICHTEN

Tor von Maradona

Barcelona (sid) – Diego Maradona und Bernd Schuster waren die herausragenden Spieler beim 2:0-Sieg des FC Barcelona im Halbfinal-Hinspiel um den spanischen Fußball-Pokal gegen Real San Sebastian. Vor 100 000 Besuchern im Stadion „Nou Camp" erzielte Maradona nach der Führung durch Viktor das 2:0.

Afrikaner über 17 m

Tokio (sid) – Der Nigerianer Ajayi Agbebaku sorgte beim internationalen Leichtathletik-Meeting in Tokio für die beste Leistung. Der Afrikaner gewann den Dreisprung-Wettbewerb mit 17,07 Meter.

Reiten: Mehlkopf Zweiter

Rom (sid) – Willibert Mehlkopf (Aachen) kam auf Edelmann im S-Springen beim CSIO-Reit- und Springturnier in Rom mit null Fehlern und 34,10 Sekunden auf den zweiten Platz. Siegerin wurde Deborah Shaffner (USA) auf Abdullah in 32,33 Sekunden.

Schwede gewann Marathon

München (dpa) – Der Schwede Kjell-Erik Stahl gewann den 1. Internationalen Olympia-City-Marathon in München in 2:13:33 Stunden vor dem Weilheimer Franz Horneburger (2:16:06) und dem Münchner Andreas Weniger (2:16:09). Bei den Damen siegte die fünfmalige Deutsche Meisterin Christa Vahlensieck aus Barmen in 2:33:45 vor der ehemaligen Deutschen Ski-Langlaufmeisterin Susi Riermeier aus München (2:36:29).

Daviscup: Gegen Belgien

Düsseldorf (sid) – In der zweiten Runde der Europazone A des Tennis-Davispokals trifft die deutsche Mannschaft vom 10.–12. Juni auf Belgien. Die Belgier führten im Spiel gegen Polen nach zwei Einzeln und dem Doppel bereits uneinholbar mit 3:0.

McEnroe im Finale

New York (dpa) – Der Amerikaner John McEnroe, der wegen Beleidigung seines Viertelfinalgegners Tomas Smid (CSSR) mit 1000 Dollar Geldstrafe belegt wurde, steht beim Tennisturnier der Meister in Forest Hills bei New York im Finale. Nach seinem 6:1, 6:1-Erfolg über Guillermo Vilas (Argentinien) trifft er auf Vitas Gerulaitis (USA), der sich gegen Johan Kriek (USA) mit 6:2, 7:5 durchsetzte.

Zweiter Sieg über „DDR"

Eisenhüttenstadt (dpa) – Die Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) unter 16 Jahren („U 16") gewann nach dem 5:0-Erfolg im Hinspiel auch das Rückspiel in der Qualifikation zur Europameisterschaft gegen die „DDR" in Eisenhüttenstadt mit 1:0. Das Tor erzielte Knäbel (Bochum) vor 5200 Zuschauern in der 68. Minute.

Werbung wird abgestimmt

Frankfurt (dpa) – Eine gemeinsame Kommission des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) für Deutschland und der Deutschen Sporthilfe soll zukünftig die wirtschaftlichen Maßnahmen beider Organisationen abstimmen. Dies ist das Ergebnis eines Gesprächs von NOK und Sporthilfe in Frankfurt.

Meyfarth über 1,90 m

Tel Aviv (sid) – Am Schlußtag der Hapoel-Spiele in Tel Aviv gewann Weltrekordlerin Ulrike Meyfarth (Leverkusen) den Hochsprung der Frauen mit 1,90 Metern.

Im Volleyball-Finale

Imatra (sid) – Die deutsche Volleyball-Nationalmannschaft der Damen hat sich für die Europameisterschafts-Finalrunde im September in der „DDR" qualifiziert. In Imatra gewann das deutsche Team beim Qualifikationsturnier nach den Erfolgen gegen Belgien und Norwegen auch das Spiel gegen die Niederlande mit 3:0.

Müllers Abschiedsspiel

Frankfurt (sid) – Gerd Müller, früherer Fußball-Nationalspieler, wird am 21. September mit Bayern München sein Abschiedsspiel bestreiten. Gegner ist die deutsche Nationalmannschaft.

Sunnys Halo vorn

Louisville (sid) – Jockey Eddie Delahoussaye gewann auf Favorit Sunnys Halo das mit insgesamt 531 000 Dollar dotierte Kentucky-Derby in Louisville, das größte Pferdesport-Ereignis in den USA.

Golf: Erster Sieg

London (GB) – Die Nationale Offene Deutsche Golfmeisterin Barbara Helbig (Dortmund) feierte ihren ersten Sieg auf der europäischen „Ladies-Tour". Die 23jährige Berufsspielerin gewann auf dem Woburn-Platz bei London die Ford Ladies-Classic mit 74+76+76+72=298 Schlägen überlegen vor Ann Figueras-Dotti (Spanien) 75+82+75+74=304 und kassierte dafür über 10 000 Mark.

Damen-Pokal an Duisburg

Frankfurt (sid) – Als Nachfolger der SSG 09 Bergisch Gladbach gewann der KBC Duisburg durch einen 3:0-Endspiel-Erfolg beim FSV Frankfurt den Deutschen Fußball-Vereinspokal der Damen.

HANDBALL

Schwabing schockt Gummersbach

J. NEUSSER, Düsseldorf

Aus dem Alleingang des VfL Gummersbach ist im Endspurt um die Deutsche Handballmeisterschaft 1983 plötzlich ein Vierkampf geworden. Eine Woche nach dem Europapokal-Triumph gegen ZSKA Moskau verlor der Titelverteidiger aus dem Oberbergischen Land beim MTSV Schwabing mit 19:20 auch das sechste Saisonspiel mit einem Tor Differenz und gab erstmals seit dem 11. September die Bundesliga-Spitze an die Münchner ab.

Der Aufsteiger kann nun die großen Töne des inzwischen ausgeschiedenen Mäzens Urs Zondler erfüllen, der vor dem Saisonstart großspurig erklärt hatte: „Mit Glück werden wir Meister, mit Pech Zweiter." Jahrelang machten die Schwabinger zwar auch wegen ihres unaufhaltsamen Durchmarsches bis in die Bundesliga Schlagzeilen, aber vor allem wegen der publicityträchtigen Showeinlagen ihres Schweizer Sponsors Urs Zondler. Im November 1982 kam es dann zum Krach zwischen dem Mäzen und dem Abteilungsvorstand. *Unter großem Theaterdonner* verließ Zondler die Schwabinger, die seitdem unter der Führung von Abteilungsleiter Günther Lamatsch und *Manager* Udo Böbel ruhiger, aber sportlich erfolgreicher auftraten. Auch ohne Rahmenprogramm (Lamatsch: „Die Damen aus dem Pariser Lido kommen nicht.") stimmen Kasse und Leistung.

Neben Schwabing (29:13) und Gummersbach (28:12) stehen jetzt auch noch der TV Großwallstadt (28:14) und der THW Kiel (26:14) im Kampf um den Titel. Kiel gewann bei Grün-Weiß Dankersen mit 16:14 und ist seit dem 18. Dezember 1982 (15:1 Punkte) ungeschlagen. „Soviel Spannung hat es seit Einführung der eingleisigen Liga vor fünf Jahren nie gegeben", sagt Simon Schobel, der schon im September das Ende des Zweikampfes zwischen Gummersbach und Großwallstadt vorhergesagt hatte.

Der Bundestrainer sah in der Münchner Rudi-Sedlmayr-Halle ein spannendes, aber niveauarmes Spitzenspiel. „Schlimmeres habe ich selten gesehen. Das war destruktiver Handball, nur Kampf und Krampf", sagte der zum Saisonende ausscheidende Gummersbacher Trainer Petre Ivanescu. Gummersbachs Kapitän Heiner Brand vermißte nach dem Saisonhöhepunkt mit dem Europapokalsieg „die Motivation bis in die Haarspitzen", doch rechnet er fest mit dem neunten deutschen Titel: „Wir haben mit drei Heimspielen und einer Auswärtsbegegnung ein leichtes Restprogramm."

6000 Zuschauer, die die Rekordeinnahme von rund 75 000 Mark in die Kasse der Schwabinger fließen ließen, sahen eine ausgeglichene erste Halbzeit (10:10). Nach der Pause ging Schwabing 14:12, 19:15 und 20:17 in Führung. Gummersbach kam auf 19:20 heran, ging in den letzten Sekunden auf offene Manndeckung über, doch der Ausgleich fiel nicht mehr.

Der 36 Jahre alte Ungar Hrvoje Horvat war bei den Münchnern der große Regisseur, sein jugoslawischer Landsmann Zdravko Radjenovic (5) der beste Torschütze. Erhard Wunderlich erzielte sieben Treffer, konnte aber ebenso wie Torhüter Andreas Thiel nicht an seine Bestform anknüpfen.

Bester Bundesliga-Torschütze mit insgesamt 145 Treffern ist der Göppinger Jerzy Klempel vor Wunderlich (143). Der Pole war beim 27:23-Sieg des deutschen Rekordmeisters gegen den stark abstiegsgefährdeten Europacup-Gewinner von 1981, TuS Nettelstedt, zehn Tore. In überragender Form präsentierte sich der 147malige deutsche Rekordnationalspieler Horst Spengler mit sieben Treffern beim 23:21 des TV Hüttenberg über TuS Hofweier. Mit diesem Sieg haben die Hessen wieder einmal den Klassenerhalt geschafft.

TENNIS / Skandal um Franzosen Yannick Noah beim World-Team-Cup in Düsseldorf – Keretic gewann kampflos mit 6:0, 6:0

Wie Profis ihre Zuschauer vergraulen Einer spuckt, einer kommt gar nicht

DIETER LUDWIG, Düsseldorf

Turnierboß Horst Klosterkemper schwante schon vor Tagen nichts Gutes: „Ich ahne, daß da noch etwas auf uns zukommt." Es kam einiges auf die prächtige Veranstaltung um den Ambre-Solaire-World-Teamcup für Tennismannschaften im Düsseldorfer Rochusclub zu, nicht nur der Regen.

Die häßlichen Randerscheinungen eröffnete der Schwede Anders Jarryd im Doppel gegen die USA, als er wegen einer angeblichen Fehlentscheidung eine Linienrichterin bespuckte. Den peinlichen Schlußpunkt setzte schließlich am Samstag der exaltierte Franzose Yannick Noah, der zu seinem Match gegen den Stuttgarter Damir Keretic nicht antrat, ohne Abmeldung, ohne Entschuldigung.

Jarryd erhielt von Oberschiedsrichter Kurt Nielsen (Dänemark) sofort eine 500-Dollar-Buße aufgebrummt. Noahs Gelder sind zunächst eingefroren. Aufgrund seiner Plazierung in der Weltrangliste (Nummer 11) stehen ihm neben seinem Anteil aus der 22 500-Dollar-Prämie für das Erreichen des dritten Gruppenplatzes in den Vorrundenspielen mit seinen Team*kollegen zusätzlich 14 000 Dollar* aus dem Bonuspool zu.

Nielsen sprach als Rechtsvertreter des Weltverbandes gegen Yannick Noah sofort eine Strafe von 6000 Dollar aus. Dem Franzosen droht zusätzlich noch eine Sperre zwischen 21 Tagen (Minimum) und einem Jahr. Bis zum 19. Mai hat Noah Zeit, sich zu rechtfertigen. Möglicherweise greift auch die Gewerkschaft der Profispieler (ATP) ein, deren Exekutiv-Direktor Mike Davies in Düsseldorf erklärte: „Wir wollen Noah zunächst einmal hören, wir wollen nicht sofort den Stab über ihn brechen, denn es könnte ja höhere Gewalt wie beispielsweise ein Autounfall im Spiel sein." Das aber war's nicht. Noah, so verlautete gestern, habe unter einer Magenverstimmung gelitten und sei erst am Samstag um 16.00 Uhr in seinem Landhaus bei Paris aufgewacht.

Für soviel Frechheit des Franzosen müssen sowohl die Spielergewerkschaft, die im Programmheft von Düsseldorf als einer der beliebtesten Tenniswochen spricht, als auch der Weltverband und die Turnierleitung für die Zukunft vorsorgliche Maßnahmen ergreifen. Noahs Sprüche vor ein paar Tagen, er könne machen, was er wolle, hätten Aufmerksamkeit erregen sollen, vor allem schon deshalb, weil er anfügte, ob er hier verliere oder gewinne, das schlage sich in Punkten auf der Weltrangliste sowieso nicht nieder.

Betrogen muß sich auch mancher Zuschauer fühlen. Turnierchef Horst Klosterkemper bekam erste Reaktionen nach dem ausgefallenen Match zwischen dem Stuttgarter Damir Keretic und Noah direkt zu spüren. Eine Zuschauerin verlangte wütend ihr Geld zurück mit der Bemerkung, sie habe für Sport bezahlt und nicht für eine Kirmes.

Klosterkemper stellt Noah auf die gleiche Stufe der Taktlosigkeit, aber auch Ungezogenheit wie den Tschechoslowaken Ivan Lendl, der im letzten Jahr lieber in New York den Schläger schwang.

Klosterkemper: „Die Mannschaftskameraden von Noah, Bedel und Moretton, sind ebenfalls verärgert und wollen nicht mehr in einem Team mit Noah spielen." Lendl mußte eine Strafe von 20 000 Mark bezahlen, wobei Mike Davies anfügte, er wisse, mit solchen Beträgen könne man Profis vom finanziellen Kaliber eines Lendl kaum treffen, aber das Reglement schreibe eben als Höchstmaß nicht mehr vor. Nach seiner Meinung seien Sperren die wirksamsten Strafen. Im Falle Noah werde man sich innerhalb der ATP bemühen, noch vor Beginn der französischen Meisterschaften in 14 Tagen in Paris eine Entscheidung zu treffen, „und das könnte so aussehen, daß Noah weder in Paris noch in Wimbledon im Juni antreten kann" (Davies).

Yannick Noah vermasselte Da*mir Keretic gleichzeitig einen* glanzvollen Abgang im Rochusclub, nachdem der 23 Jahre alte Stuttgarter eindrucksvoll in den Begegnungen gegen Spanien und Neuseeland aufgetreten war. Sein „Spiel" gegen Noah wurde mit 6:0, 6:0 gewertet.



Zuverlässig und stets bereit, das Beste zu geben: Der Spanier José Higueras, der gestern Elliot Teltscher 6:1, 6:0 besiegte. FOTO: FMS

Auf Platz 3 geeinigt

sid, Düsseldorf

Zum dritten Mal nach 1979 und 1981 hat die deutsche Tennis-Mannschaft beim 6. Ambre-Solaire-World-Team-Cup in Düsseldorf den dritten Gruppenplatz belegt. Im letzten Spiel gegen Frankreich stand es nach den beiden Einzeln 1:1 unentschieden, in beiderseitigem Einvernehmen wurde anschließend auf das abschließende Doppel verzichtet. Für den gemeinsamen dritten Gruppenplatz kassierten die Franzosen und das deutsche Team jeweils umgerechnet 60 000 Mark.

Zum ersten Mal in der fünfjährigen Turnier-Geschichte mußten Spiele wegen ständiger Regenschauer von den Aschenplätzen im Rochusclub in das Eisstadion an der Brehmstraße verlegt werden.

Peter Elter aus Essen, Erster der deutschen Rangliste, verlor das erste Einzel gegen den Franzosen Dominique Bedel mit 7:6, 4:6, 3:6. Das Kuriose daran: Den ersten Satz, den er auch gewann, durfte Elter noch im Rochusclub auf dem Aschenplatz spielen, dann wurde das Spiel *im Eisstadion* auf Hallenboden fortgesetzt. Elter konnte sich auf diesen harten Hallenboden am schlechtesten umstellen und verlor die beiden folgenden Sätze. Zuvor war der Stuttgarter Damir Keretic zum 6:0, 6:0-Sieger gegen den erneut nicht erschienenen Yannick Noah erklärt worden.

TURNEN / Deutsche Riege erstaunlich stark

„Wir wollen ein klein wenig träumen dürfen . . ."

M. RUHROTH/DW. Göteborg

Astrid Beckers mußte vom Stufenbarren absteigen, Yvonne Haug patzte am Schwebebalken – doch das alles trübte die Freude in der deutschen Delegation bei den Kunstturn-Europameisterschaften in Göteborg nicht. Eduard Friedrich, der ehemalige Kunstturner und jetzige Beobachter des Bundesausschusses Leistungssport (BAL): „Ich bin keineswegs enttäuscht. Absteiger gehören zum turnerischen Alltag. Was sogar einer Szabo aus Rumänien und einer Jurtschenko aus der Sowjetunion passiert, darf unseren Turnerinnen auch passieren. Unser Ziel sind die Weltmeisterschaften im Herbst in Budapest."

Die Freude war groß nach dem Kür-Vierkampf, denn hinter der Siegerin Olga Bicherova aus der Sowjetunion hatten Anja Wilhelm (Wolfsburg) und Yvonne Haug (Berlin) gemeinsam den 16. Platz belegt, Astrid Beckers war auf Rang 25 eingekommen. Das ist die Führungsposition in Westeuropa, die jedoch nur eine Übergangsphase sein soll. „Mittel- und langfristig muß es unser Bestreben sein, in die Phalanx des Ostblocks einzubrechen. Mit Vladimir Prorok haben wir einen Trainer, dem man solches zutrauen kann", steckte Bundessportwart Hans-Jürgen Zacharias bereits weitere Ziele ab. Prorok dazu: „Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir brauchen Ruhe im Hause, damit das erfolgreich Begonnene bis zu den Weltmeisterschaften in Budapest fortgesetzt wird."

Ruhe im Hause – das bedeutete zum Beispiel im Falle der erst 14 Jahre alten Anja Wilhelm, daß die mitgebrachten Ausgaben der WELT vom 6. Mai im Koffer blieben und erst nach dem Vierkampf Anja Wilhelm zum Lesen gegeben wurden. Ein darin veröffentlichtes Porträt der Wolfsburgerin hätte wohl die Spannung vor dem Start zusätzlich erhöht, befanden Prorok und der Vater von Anja Wilhelm.

Rivalität unter den deutschen Turnerinnen kam diesmal nicht auf. Dafür steht das Beispiel der deutschen Meisterin Yvonne Haug (16). Sie sagte über Anja Wilhelms Vorstellung: „Ich find' das Spitze, daß die Kleine genauso gut ist wie ich. Das kann doch nur eine gute Riege geben." Daß diese Riege vor allem im Pflichtturnen – das bei Europameisterschaften nicht auf dem Programm steht – sehr präzise goworden ist, hat man auch im „DDR"-Verband gemerkt. Zwischen den Wettkampf-Abschnitten paukten die „DDR"-Mädchen auch in Göteborg weiterhin Pflichtelemente und Technik. Cheftrainerin Hannelore Sauer aus Leipzig: „Wir wissen schließlich auch, was eure Mädchen auf diesem Gebiet schon können." Eine Delegation aus Südafrika hatte beim Wettkampf ihre Kameras stets auf Anja Wilhelm, Yvonne Haug und Astrid Beckers ausgerichtet. Die Delegationsleiterin: „Das ist genau der Leistungslevel, an dem wir uns auch orientieren werden." Der holländische Cheftrainer Hans van Zetten: „Wenn die deutschen Turnerinnen so weitermachen, müssen sich künftig sogar Ostblock-Riegen, zum Beispiel die aus Ungarn und Bulgarien, vor ihnen in acht nehmen. Denn vor allem beim Pflichtturnen sind die Deutschen stark."

Viel Lob also in Göteborg für eine hervorragend turnende Riege aus Deutschland, doch wenn es in Budapest um die Olympia-Qualifikation geht, dann droht den deutschen Turnerinnen die Konkurrenz aus Spanien und Portugal. In Göteborg waren die Verbesserungen enorm, und Ana Manzo (Spanien) wurde ebenso wie Anja Wilhelm und Yvonne Haug 16. im Kür-Vierkampf. Vladimir Proroks Ehefrau Alena: „Wir wollen den neunten Platz von den letzten Weltmeisterschaften in Moskau halten und ein klein wenig vom achten Platz träumen dürfen."

Inzwischen träumen die Rumäninnen wie einst bei ihrem früheren Star-Trainer Bela Karoly wieder vom WM-Gold. Die knapp geschlagene Lavinia Agache: „Ich war Dritte beim Weltpokal in Zagreb und hier in Göteborg Zweite. Da müßte ich in Budapest eigentlich gewinnen."

TISCHTENNIS

Zuschauer aus Deutschland

sid, Tokio

Das Trauerspiel bei den Weltmeisterschaften in Tokio war für den Deutschen Tischtennis-Bund (DTTB) bereits am Samstag beendet. Als einen Tag später die weltbesten Spieler ihre Tischtennis-Gala eröffneten, saßen die Deutschen staunend auf den Rängen: Sie waren spätestens in der dritten Runde ausgeschieden.

Hier zogen als letzte Kirsten Krüger (Kiel) mit 12:21, 10:21, 12:21 gegen die Chinesin Cao Yenhua sowie das Doppel Andrea Gutknecht/Monika Grefberg (Kronshagen/Finnland) mit 0:3 gegen Lee Mewod/Shen Deukhwa (Südkorea) den kürzeren. So steht unter dem Schlußstrich für den DTTB das schwächste Abschneiden bei Weltmeisterschaften überhaupt.

Die Pleite von Tokio wird im deutschen Tischtennis-Lager Konsequenzen nach sich ziehen. Bundestrainer Istvan Korpa hatte schon nach den ersten Enttäuschungen seinen Posten zur Verfügung gestellt. Der DTTB wird sich in einer Vorstandssitzung Ende Mai mit der Situation befassen und Entscheidungen mitteilen. Dazu DTTB-Präsident Hans-Wilhelm Gäb: „Mir geht es nicht darum, Trainer zu feuern. Es geht aber sehr wohl darum, Persönlichkeiten zu finden, die den Spielern mehr Härte, mehr Begeisterung und mehr Wissen vermitteln."

Gäb, der jetzt zwei Jahre im Amt ist, sagte auch: „Ich werde nicht aufhören, wenn gerade erste Änderungen durchgeführt sind. Wir sind mit 700 000 Aktiven seit langem eine Breitensport-Organisation. Jetzt müssen wir uns endlich auch konsequent zum Spitzensport bekennen."

Trotz der Pleite in Tokio, der Deutsche Tischtennis-Bund (DTTB) bewirbt sich wieder einmal um die Ausrichtung der Weltmeisterschaften. 20 Jahre (1969) nach den Tischtennis-Weltmeisterschaften in München will der DTTB 1989 die Wettkämpfe in Deutschland ausrichten. Weitere Interessenten für diese 40. WM sind England und die USA. 1985 finden die Weltmeisterschaften in Göteborg statt.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . .

FUSSBALL

Englische Meisterschaft: Arsenal – Sunderland 0:1, Birmingham – Tottenham 2:0, Brighton – Manchester City 0:1, Ipswich – Watford 3:1, Liverpool – Aston 1:1, Luton – Everton 1:5, Manchester United – Swansea 2:1, Nottingham – Norwich 2:2, Stoke – Coventry 0:3, Bromwich – Southampton 1:0, West Ham – Notts 2:0.

„DDR"-Oberliga, 23. Spieltag: Union Ost-Berlin – Aue 0:0, Rostock – Leipzig 2:0, Zwickau – Dresden 1:3, Jena – Erfurt 6:0, Frankfurt/O. – Magdeburg 2:1, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) – Halle 0:0, Böhlen – Dynamo Ost-Berlin 2:9.

EM-Qualifikationsspiel „U 16": „DDR" – Deutschland 0:1 (0:0), Hinspiel 0:5 – Deutschland weiter.

LEICHTATHLETIK

Hapoel-Spiele in Tel Aviv, Schlußtag, Männer, 400 m: 1. Sanders 45,29 Sek., 2. Taylor (beide USA) 45,81. – 10 000 m: 1. Wills (USA) 29:02,58 . . . 3. Kohl (Deutschland) 29:51,30. – 4 x 100 m: 1. USA 40,38 Sek. – Weitsprung: 1. Myricks (USA) 8,08 m. – Diskus: 1. Tuokko (Finnland) 62,98 m. – Frauen, 200 m: 1. Sussiek 22,94 Sek., 2. Betz 23,39, 3. Decker (alle Deutschland) 23,47. – Hochsprung: 1. Meyfarth (Deutschland) 1,90 m, 2. Soetewey (Belgien) 1,87. – Speerwerfen: 1. Verouli (Griechenland) 66,54 m.

TISCHTENNIS

Weltmeisterschaften in Tokio, Herren-Einzel: zweite Runde: Stellwag (Deutschland) – Cho Yon Ho (Nordkorea) 21:17, 13:21, 20:22, 16:21, Böhm (Deutschland) – Saito (Japan) 17:21, 19:21, 21:15, 18:21. Damen-Einzel: zweite Runde: Krüger (Deutschland) – Bellinger (England) 21:12, 22:20, 19:21, 15:21, 22:20, Gutknecht (Deutschland) – Lippens (Belgien) 18:21, 14:21, 9:21, Ullmann (Deutschland) – Perkucin (Jugoslawien) 15:21, 11:21, 17:21, Wenzel (Deutschland) – Lijuan (China) 10:21, 15:21, 21:18, 6:21. – Dritte Runde: Krüger – Yenhua (China) 12:21, 10:21, 12:21. – Damen-Doppel: zweite Runde: Krüger/Wenzel – Ling/Quijuan (China) 9:21, 19:21, 6:21, Gutknecht/Grefberg (Deutschland/Finnland) – Palmer/Alboiu (Neuseeland/Rumänien) 21:8, 16:21, 21:11, 21:9. – Dritte Runde: Gutknecht/Grefberg – Mewod/Deukhwa (Südkorea) 13:21, 11:21, 12:21. – Herren-Doppel: zweite Runde: Plum/Martin (Deutschland/Frankreich) – Yenhua/Chenmao (China) 16:21, 16:21, 16:21.

TURNEN

Europameisterschaft, der Damen in Göteborg, Kür-Vierkampf, Endstand: 1. Bitscherowa (UdSSR) 39,15 Punkte, (Pferdsprung 9,90/Stufenbarren 9,70/ Schwebebalken 9,65/Boden 9,90), 2. Agache (Rumänien) 39,10 (9,75/9,70/ 9,85/9,80), 3. Schischowa (UdSSR) 38,90 (9,75/9,70/9,70/9,75) und Szabo (Rumänien) 38,90 (9,80/9,85/9,35/9,90), 5. Heese („DDR") 38,55 (9,65/9,55/9,65/ 9,70), . . . 16. Haug 37,75 (9,60/9,50/9,05/ 9,60) und Wilhelm 37,75 (9,40/9,35/9,50/ 9,50) . . . 25. Beckers 36,70 (9,35/8,80/ 9,15/9,40) alle Deutschland.

VOLLEYBALL

EM-Qualifikation der Damen in Imatra/Finnland, 3. Tag: Deutschland – Holland 3:0, Norwegen – Belgien 3:2. – Tabelle: 1. Deutschland 6 Punkte/9:0 Sätze, 2. Norwegen 4/3:8, 3. Holland 3/3:3, 4. Finnland 3/3:3, 5. Belgien 2/2:6.

HANDBALL

DHB-Pokal der Damen, Viertelfinale: Lützellinden – Auerbach 13:14, Sindelfingen – Eilbek 24:13.

Bundesliga, Herren: 23. Spieltag, Göppingen – Nettelstedt 27:23, Schwabing – Gummersbach 20:19, Dankersen – Kiel 14:16, Hüttenberg – Hofweier 23:21.

HOCKEY

Bundesliga (Feld), 6. Spieltag, Gruppe Süd/Berlin: Rüsselsheim – Frankfurt 2:2, Frankenthal – Heidelberg 0:1 abgebrochen, Limburg – Berlin 1:1 abgebrochen; Gruppe Nord/West: Leverkusen – Gladbach 1:1, RW Köln – Großflottbek 3:3, Kahlenberg – Hannover 1:1. – Damen: Gruppe Nord/West: BW Köln – Braunschweig 1:1, RW Köln – Hamburg 1:4, Leverkusen – Großflottbek 3:0.

BASKETBALL

Vier-Länderturnier, Herren: Deutschland – Frankreich 71:76.

RADSPORT

Spanien-Rundfahrt, Etappenwertung der 17. Etappe: 1. Hinault (Frankreich) 5:57:03 Std., 2. Lejarreta, 3. Belda (beide Spanien) gleiche Zeit, 4. Fignon (Frankreich) 6:00:08, 5. Kuiper (Holland) gleiche Zeit, . . . 36. Thurau (Deutschland) 6:18:03. – Gesamtwertung: 1. Hinault 85:16:56 Std., 2. Lejarreta 85:18:08, 3. Fernandez (85:20:54, 4. Pino (beide Spanien) 85:22,05, 5. Kuiper 85:27:22, . . . 45. Thurau 1:12:51.

MOTORSPORT

Korsika-Rallye, 5. Lauf zur Fahrer- und 4. Lauf zur Marken-WM, 31. Wertungsprüfungen, 1715 Kilometer: 1. Alen/Kivimäki (Finnland/Lancia Rallye) 12:43:38 Std., 2. Röhrl/Geistdörfer (Deutschland) 1:49 Min. zur., 3. Fudafieri/Pirolo (Italien/Lancia Rallye) 6:30. – Stand in der Fahrer-WM nach 5 von 12 Saisonrennen: 1. Mikkola 65 Punkte, 2. Röhrl 47, 3. Alen 45, 4. Mouton 37, 5. Vatanen 34. – Stand in der Marken-WM nach 4 von 10 Wertungen: 1. Lancia 50, 2. Opel 49, 3. Audi 48, 4. Nissan 24, 5. Renault 16.

Großer Preis von Deutschland in Hockenheim, Klasse bis 125 ccm (14 Runden = 95,35 km): 1. Nieto (Spanien) Garelli 34:52,57 Min., 2. Lazzarini (Italien) Garelli 34:56,20, 3. Bianchi (Italien) Sanveniro 35:00,15, 4. Kneubühler (Schweiz) MBA 35:86,22, 5. Vitali (Italien) MBA 35:13,14, 6. Gresini (Italien) MBA 35:15,58, . . . 8. Waibel (Deutschland) MBA 35:28,39. WM-Stand nach dem dritten Lauf: 1. Nieto 30 Punkte, 2. Lazzarini 24, 3. Tormo (Italien), 5. Kneubühler je 18.

TENNIS

World-Team-Cup in Düsseldorf, 3. Spieltag: Blaue Gruppe: Deutschland – Frankreich 1:1 (Keretic – Noah 6:0, 6:0 kampflos, Elter – Bedel 7:6, 4:6, 3:6, auf das Doppel verzichteten beide Mannschaften), Spanien – Neuseeland 1:2 (Higueras – Simpson 6:4, 7:6, Orantes – Lewis 7:6, 3:6, 4:6, Gimenez/Luna – Simpson/Lewis 3:6, 2:6, . . .

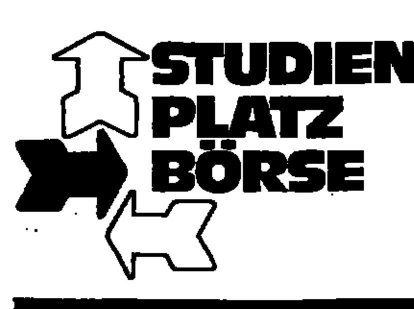
1. Neuseeland	3 3 0	6:3 3:0
2. Spanien	3 2 1	4:3 2:1
3. Deutschland	2 0 2	2:4 0:2
4. Frankreich	2 0 2	1:5 0:2

GALOPP

Rennen in Gelsenkirchen: 1. R.: 1. Playboy (A. Diehl), 2. Airstarter, 3. Lanar, Toto: 64, Pl. 19, 38, 66, ZW: 1296, DW: 34 672; 2. R.: 1. Ostsee (R. Elbers), 2. Concetta, 3. Doris, Toto: 88, Pl. 26, 26, 22, ZW: 1200, DW: 7144; 3. R.: 1. Niko (F. Schulz), 2. Lilienthal, 3. Robertus, Toto: 28, Pl. 13, 13, ZW: 60, DW: 268; 4. R.: 1. Guadaloupe (D. McCann), 2. Thronjuwel, 3. Albanera, Toto: 184, Pl. 38, 18, 12, ZW: 1100, DW: 3896; 5. R.: 1. Petroucha (M. Hofer), 2. Waldbuche, 3. Grassino, Toto: 36, Pl. 22, 22, 22, ZW: 272, DW: 2428; 6. R.: 1. Addi (K. H. Hoffmann), 2. Al Corazommd Martou, Toto: 24, Pl. 12, 12, 15, ZW: 68, DW: 512; 7. R.: 1. Taikron (E. Schindler), 2. Wolkenflug, 3. Alvor, Toto: 160, Pl. 46, 34, 30, ZW: 2112, DW: 13 624; 8. R.: 1. Sulex (D. K. Richardson), 2. Attacke, 3. Adrienne, Toto: 40, Pl. 14, 13, 17, ZW: 100, DW: 420; 9. R.: 1. Prince Charmant (P. Müller), 2. Nuncio, 3. Doncel, Toto: 32, Pl. 11, 14, 20, ZW: 76, DW: 1064; 10. R.: 1. Wilderer (E. Apter), 2. Wegbereiter, 3. Traumstunde, Toto: 24, Pl. 17, 90, 22, ZW: 500, DW: 8420; 11. R.: 1. Napomo (P. Schade), 2. Waldrausch, 3. Landlord, Toto: 68, Pl. 22, 26, 20, ZW: 632, DW: 4262.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 6, 9, 21, 38, 44, 49, Zusatzzahl: 40. – **Spiel 77:** 9 9 5 3 8 0 8. – **Rennquintett:** Rennen A: 13, 3, 1, Rennen B: 28, 25, 33. (Ohne Gewähr)



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 00 55, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

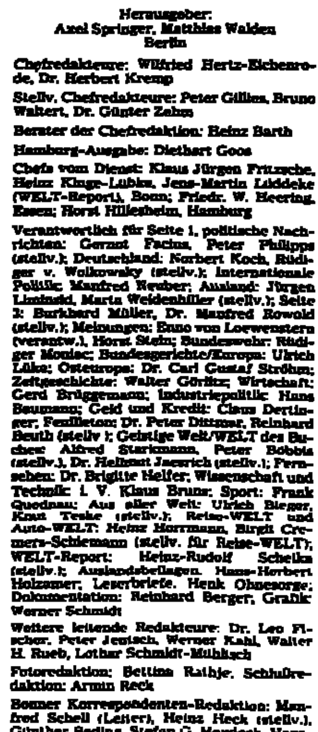
Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 83/84

Humanmedizin

1. vorklinisches Semester

von	nach	von	nach	von	nach
1 Bonn	Aachen	19 Berlin	Frankfurt	45 Frankfurt	Tübingen
2 Bonn	Bochum	20 Berlin	Freiburg	46 Gießen	Freiburg
3 Bonn	Essen	21 Berlin	Gießen	47 Gießen	Göttingen
4 Bonn	Göttingen	22 Berlin	Göttingen	48 Gießen	Hannover
5 Bonn	Hannover	23 Berlin	Hannover	49 Gießen	Heidelberg
6 Bonn	Hamburg	24 Berlin	Heidelberg	50 Gießen	Hamburg
7 Bonn	Kiel	25 Berlin	Hamburg	51 Gießen	Marburg
8 Bonn	Münster	26 Berlin	Köln	52 Gießen	Münster
9 Bonn	Tübingen	27 Berlin	Kiel	53 Gießen	Tübingen
10 Bochum	Göttingen	28 Berlin	Marburg	54 Göttingen	Hannover
11 Bochum	Hannover	29 Berlin	Münster	55 Heidelberg	Freiburg
12 Bochum	München	30 Berlin	München	56 Heidelberg	München
13 Berlin	Aachen	31 Berlin	Mainz	57 Heidelberg	Tübingen
14 Berlin	Bonn	32 Berlin	Regensburg	58 Köln	Bonn
15 Berlin	Bochum	33 Berlin	Saarbrücken	59 Köln	Düsseldorf
16 Berlin	Düsseldorf	34 Berlin	Tübingen	60 Köln	Hamburg
17 Berlin	Essen	35 Berlin	Ulm	61 Köln	München
18 Berlin	Erlangen	36 Berlin	Würzburg	62 Köln	Tübingen
		37 Düsseldorf	Aachen	63 Marburg	Münster
		38 Düsseldorf	Bonn	64 Mainz	Bonn
		39 Erlangen	München	65 Mainz	Würzburg
		40 Frankfurt	Düsseldorf	66 Würzburg	Göttingen
		41 Frankfurt	Hamburg		
		42 Frankfurt	Münster		
		43 Frankfurt	München		
		44 Frankfurt	Saarbrücken		

Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1983

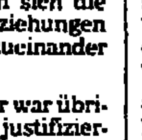



Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Pankraz, die Zauberer und das Experiment



Martin Gardner, New Yorker Wissenschaftspublizist von Graden, bei uns bekannt durch sein köstliches Buch über die „Gespiegelte Welt", in Amerika einflußreich und gefürchtet besonders durch seine oft vernichtenden Buchkritiken in der „New York Review of Books", hat einen bemerkenswerten Vorschlag gemacht. „Jeder Student der Naturwissenschaften", meint er, „sollte heutzutage gleichzeitig einen Pflichtkurs in Zauberei und magischen Tricks absolvieren, damit er später gewappnet ist gegen die zahlreichen Scharlatane und Trickbetrüger, die zur Zeit die wissenschaftliche Welt bevölkern."

Die Notwendigkeit eines solchen Pflichtkurses demonstriert Gardner in seinem neuesten Buch „Science. Good, Bad and Bogus" das unter dem etwas reißerischen Titel „Kabarett der Täuschungen" jetzt auch auf deutsch im Berliner Ullstein-Verlag erschienen ist. Er bespricht da beispielsweise einen dicken, ehrfurchtgebietenden Sammelband, in dem anerkannte Physiker von ihren Experimenten mit dem weiland Gabelbieger Uri Geller berichten und sich durch die Bank tief beeindruckt zeigen von dessen rational nicht erklärbaren „übersinnlichen" Kräften. Gardner, der neben seinem Physikstudium auch eine solide Ausbildung als Zauberer durchgemacht hat, sieht auf Anhieb, daß es sich bei den wissenschaftlich aufgezäumten „Experimenten" um bloße magische Tricks aus der Trickkiste eins handelt, und er blamiert die Physiker so schneidend, daß man schon ordentlich Angst bekommen kann.

Wissenschaftler, so erkennt man, sind in Sachen Übersinnlichkeit nicht etwa schwerer, sondern viel leichter zu täuschen als Durchschnittsmenschen. Gewohnt an strikt rationales Denken und penible Versuchsanordnungen, setzen sie diese Gewöhnung oder zumindest den guten Willen zum rationalistischen Verhalten ohne weiteres auch bei den anderen voraus. Magier vom Schlage Uri Gellers schlagen sie gewissermaßen mit ihren eigenen Waffen, indem sie scheinbar todernst höchste Sachlichkeit demonstrieren und Täuschungsszenarios errichten, die die Versuchsanordnung der Wissenschaftler bis ins letzte Detail nachbilden. Die Wissenschaftler starren dann nur noch auf die Versuchsanordnung – und übersehen prompt die unehrliche kleine Nebenbewegung, mit der der Magier sie an der Nase herumführt.

Mit Hilfe der „Methode Geller" hat sich mittlerweile eine riesige Pseudowissenschaft entwickelt, die die Gesten der wirklichen Wissenschaft eifrig nachahmt, um unter diesem Deckmantel den krudesten Humbug zu verbreiten. Niemand benahm sich „wissenschaftlicher", bei keinem gab es mehr Fußnoten als etwa bei dem Täuschungskünstler Immanuel Velikovsky, der den Planeten Venus als einen zur Zeit des Moses von der Sonne eingefangenen Kometen hinstellte. Kein seriöser Wissenschaftler lieferte mehr „exakte Berechnungen" ab als der Pseudogeologe George McCready Price, der das Alter der Welt mit „höchstens 6000 Jahre" angab. Kein Kernphysiker sprach einen komplizierteren, in sich stringenteren Jargon als der Zahlenmystiker Wilhelm Fließ, für den sich die Welträtsel auf die Beziehungen der Zahlen 23 und 28 zueinander reduzierten.

Keiner dieser Männer war übrigens ein Betrüger im justifizierbaren Sinn, jeder war felsenfest davon überzeugt, daß er recht habe und die anderen unrecht, jeder hielt sich für einen verkannten Entdecker, für einen zweiten Galilei, dessen Zeit „einst kommen" werde. Jeder verfügte und verfügt auch über stattliche Zahlen von begeisterten Anhängern, die regelmäßig „wissenschaftliche" Kongresse veranstalten, um das Werk des Meisters zu vertiefen und weiterzuentwickeln. Solche Kongresse sind dann wiederum bis aufs I-Tüpfelchen den seriösen Kongressen nachgebildet und tragen zusätzlich zur Verwirrung des gutwilligen Beobachters bei.

Der Widerstand der „scientific community" gegen das Eindringen der Pseudowissenschaften schwindet. Hochmoralische und scharfsinnige Dissidenten aus den eigenen Reihen wie Chargaff oder Feyerabend schwächen die Abwehrkräfte, indem sie schier jede Methode relativieren und in Frage stellen. Einzelne Zweige der seriösen Wissenschaft, Teilchenphysik und Kosmologie fransen von sich aus ins Spekulative aus; Theorien wie Schrödingers „Katze" oder „Die Schwarzen Löcher" sind mathematisch zwar schlüssig, übersteigen die Einbildungskraft aber so sehr, daß es schwerfällt, nicht mit Spekulieren anzufangen. Schon hat die „American Association for the Advancement of Science" (AAAS), in Amerika so etwas wie eine wissenschaftliche Zulassungsbehörde, der Parapsychologie den offiziellen AAAS-Status verliehen.

Wenn es so weitergeht, werden die Folgen für die Menschheit katastrophal sein. Zwar glaubt die öffentliche Meinung im Augenblick, sich über die Wissenschaft erheben und ihr die Leviten lesen zu können, doch wenn erst einmal die Zauberer und manischen Spinner an die Schalthebel gekommen sind, wenn nachwachsende Generationen nicht mehr in der Lage sein werden, die komplizierte Maschinerie exakter Wissenschaft und Technik in Gang zu halten, weil ihnen auf der Universität nur Humbug beigebracht worden ist, werden auch die modischen Wissenschaftsverächter von heute ziemlich verdattert aus dem Lendenschurz gucken.

Gardners Vorschlag, dem heutigen Physik- und Chemieunterricht einen Kurs in Zauberei anzufügen, kommt zur rechten Zeit. Noch sind die Studenten in der Lage, hinterm aufgedonnerten Brimborium den schmutzigen kleinen Trick, die blitzschnelle Handbewegung zu erkennen und die Täuschungsabsicht unzulässig und unfair zu finden. Noch kann der Schamane durchschaut und zur Rede gestellt werden. Morgen schon, spätestens übermorgen, wäre es dafür zu spät.

Pankraz

Festival der Absagen: Die 10. Frankfurter Römerberggespräche zum Thema „Kulturzerstörung?"

Allzuoft gab es nur Steine statt Brot

Kaum hatte Hilmar Hoffmann zur Eröffnung der Frankfurter Römerberggespräche (Thema „Kulturzerstörung?") das Kunststück fertiggebracht, unsere Kultur weder den Vermarktern noch den Ideologen, noch den Konservativen zu überlassen und sie gleichzeitig für die Zerstörung konservativer Eingeborenenkulturen, ja sogar „indirekt" für die Verrücktheiten der iranischen Revolution verantwortlich zu machen, da folgte das Eröffnungsreferat von Fred Sinowatz, der die soziale Fortsetzung der Kulturpolitik versprochen hatte, nicht. Er muß oder darf sich nämlich um die soziale Fortsetzung der österreichischen Regierung bemühen.

Statt dessen trat sein Freund Ivan Ivanji, Vorsitzender des jugoslawischen Schriftstellerverbandes, ans Podium und gab zu Protokoll, die Definition von Kultur sei schwierig, womit er dem weltweit renommierten Hilmar Hoffmann nicht in die Parade fahren wolle, der Künstler sei nicht das Gewissen der Nation, denn das wäre Stalinismus, doch Grass werfe mit Recht seinen guten Namen für gute Sachen in die Waagschale, im übrigen aber sei nicht die Subventionskultur das richtige, sondern die kulturelle Selbstverwaltung. Damit war er beim jugoslawischen Glaubensbekenntnis. Da gibt es also Selbstverwaltung von Konsumenten und Produzenten, die zum Beispiel im Theaterwesen nach erfolgter Einigung Mittel zugewiesen bekommen. Die Belegschaft wählt den Intendanten, die Schauspieler sind unkündbar und also für Experimente kaum noch zu haben, und dadurch ist dann Kultur das, was allgemein „gefällt". Zwar war Ivanji hier mit seinem Latein am Ende, aber er „weiß nichts Besseres". Auch Frankfurt habe mit Theaterselbstverwaltung Erfahrungen. Kein Mensch lachte. Sonderbar.

Eine weitere Fehlanzeige: Stanislaw Lem mußte wegen politischer Besprechungen kurzfristig nach Krakau zurück. Da kann man nur „hm" sagen. Für ihn sprang Erich Fried mit einem gewaltigen Sprung ein. Er begann seine Improvisation mit der Ablehnung des Todesurteils, das mit Hilfe eines rückwirkenden Gesetzes („Vorbereitung eines Angriffskrieges") über Ribbentrop verhängt wurde. Nanu? Abwarten. Hier kommt's: „Jetzt aber ist das Gesetz bekannt", und also müßten alle NATO- und Pentagon-Stabsoffiziere wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges vor Gericht. Gewiß darf man auch die Sowjets mit Friedensforderungen nicht verschonen, „aber die Amerikaner sind in der Offensive, weil sie stärker sind". Jetzt erst ist das Nanu am Platz.

Trauer um die verlorene Lebenswelt: Ivan Illich bei den diesjährigen Frankfurter Römerberggesprächen FOTO: GABI SOMMER

Den Marathontag von über zwölf Stunden füllten außerdem Ludwig von Friedeburg, Jurek Becker, Walter Boehlich Aroshan Dhunjibhoy, Hildegard Hamm-Brücher und am späten Abend Ivan Illich: „Bedrohung der Identität." In den letzten zehn Jahren sei auf dem Globus „wöchentlich eine Sprache, eine Daseinswelt, ausgelöscht worden", durch missionierende und marxistische Entwicklungsfanatiker, deren Vokabular Hilmar Hoffmann übernommen habe. „Entwicklung" ist das Ausstampfen von Kulturen durch „Kultur". Eltern halten ihre Kinder aus dem importierten Schulwesen fern, damit sie zu Hause in ihre Lebenswelt hineinwachsen können. Übrigens sei an unserer eigenen Kultur nichts mehr zu zerstören als die künstliche Mediensprache. Das historische Studium unserer verlorenen Lebenswelt sollte uns bescheiden machen statt daß wir „von Entwicklung herumfaseln".

Das Publikum applaudierte fasziniert und ratlos. Da meldete sich Joseph Rovan. Die Kulturgeschichte der Menschheit sei von jeher eine fortgesetzte Zerstörung von Kulturen durch kriegerische Überwältigung gewesen. Unsere neueren wissenschaftlichen Erkenntnisse sollten uns nicht zum Pessimismus, sondern zum Abschied von der bisherigen Geschichte führen und (ein Robespierre-Zitat) „zum Aufbruch in eine neue Menschheit im Namen der Vernunft" ermuntern. Illich mit analytischer Akrobatik, Rovan mit einem in Gallien erlernten Festredenpathos – und nun hatten die Leute wieder Steine statt Brot in Händen.

Am zweiten Tag die ärgerlichste Fehlanzeige: Auch Nikolaus Lobkowicz erschien nicht. Das Referat von Melvin J. Lasky, des denkwürdigen Gründers des „Monat", war eine Erinnerung an die noch nicht polarisierte intellektuelle Epoche des ersten Nachnazi-Jahrzehnts und an die antikommunistische Einigkeit mit den Sozialdemokraten Reuter, Brandt, Schumacher und anderen Freunden. Lasky nannte das einen „neuen" Anti-kommunismus schon allein deshalb, weil er sich vom antisemitischen Antikommunismus der Nazis unterschied. Er widersprach damit der späteren Parole, Antikommunismus sei die Fortsetzung der Nazi-Ideologie. Das könne nur beweisen, wer Schriftsteller der vorausgegangenen Zeit nenne, die gleichzeitig prosemitisch gewesen seien. Da hagelte es. Lasky wurde die Meinung untergeschoben, er habe die Nachkriegsgeneration der Indifferenz gegenüber den Judenmorden geziehen. Vergeblich stellte Lasky das klar. Der Engländer Hobsbawm, der einen unbedeutenden Vortrag über den Rückzug der Hochkultur ins Akademische hielt, sprach ihm schlicht den Status eines Intellektuellen ab, und noch am Nachmittag insistierte ein Referent, auch wenn man sich verhört haben sollte, könne man dem Lasky die Bemerkung zutrauen.

Es besteht viel weniger eine Kluft zwischen Intellektuellen und Politikern, wie immer wieder gesagt wurde, es besteht etwas viel Schlimmeres: Zwischen konformistischen linken Intellektuellen und unabhängigen Intellektuellen besteht keine Gesprächsmöglichkeit mehr, heute weniger denn je, wie sich bei dieser Gelegenheit explosionsartig gezeigt hat.

Ein völlig anderes Klima setzte der ausgezeichnete Essay Alfred Schmidts voraus; es ging um die an naturwissenschaftlichen Prinzipien orientierte Rationalität des Fortschritts bei Condorcet, Comte, Hegel und Marx. Schon Hegel entdeckte entgegen der dialektischen „Aufhebung" das spurlose Verschwinden ganzer Kulturen, und Marx hatte das gleiche Problem. England war in Indien trotz egoistischer Motive „das unbewußte Werkzeug der Geschichte", das den asiatischen Despotismus zerstörte. In anderen Texten schreibt Marx dem unerbittlichen Fortschritt ein Bedauern über die historischen Verluste zwischen die Zeilen. Schmidt: „Bis auf den heutigen Tag leben wir von der bürgerlichen Kultur." Unser Problem: „Wie werden wir zum Subjekt unserer Geschichte?" Das sind natürlich nur ein paar Stichworte. Schmidts weit ausgreifende, unvoreingenommene Studie subskribiere ich hiermit. Für die flachen Römerberggespräche ist das zu geistig. Es gibt dort keine „Gespräche".

RUDOLF KRÄMER-BADONI

JOURNAL

Bolschoj-Ballett auf Deutschland-Tournee

DW. Wiesbaden

Am 12. Mai beginnt das Moskauer Bolschoj-Ballett in Wiesbaden eine mehrwöchige Gastspielreise durch die Bundesrepublik. Neben einem Gala-Abend stehen die abendfüllenden Stücke „Schwanensee", „Spartacus" und „Romeo und Julia" auf dem Programm. Die Tourneedaten: Wiesbaden 12. bis 15. Mai, Ludwigshafen 16. und 17. Mai, Frankfurt-Hoechst 18. Mai, Hamburg 19. bis 23. Mai, Dortmund 25. und 26. Mai, Münster 27. Mai, nochmals Dortmund am 28. und 29. Mai, Hoechst 30. Mai und Stuttgart 2. bis 5. Juni. Zum Moskauer Aufgebot gehören u. a. die Ballerinen Natalia Bessmertnowa und Nadezda Pawlowa.

Augsburger Sakramentar in die Staatsbibliothek

DW. München

Aus dem Verkauf mittelalterlicher Manuskripte der Fürstlichen Hofbibliothek in Donaueschingen erwarb die Bayerische Staatsbibliothek das wertvollste Objekt, ein Sakramentar des Augsburger Domes aus dem 11. Jahrhundert. Die hohe kalligraphische Qualität der Schrift, der reiche Buchschmuck, darunter Vorzeichnungen für Miniaturen von größter Seltenheit und die gute Erhaltung begründen den besonderen Wert der Handschrift.

Neue Behinderungen für polnische Schriftsteller

Die Propaganda-Abteilung des ZK der polnischen KP hat zahlreiche Autoren auf den Index gesetzt. Wie die illegale „Solidarität"-Wochenzeitung „Tyjodnik Mazowsze" berichtete, dürfen deren Aufsätze und Werke nur mit besonderer Genehmigung gedruckt bzw. gespielt werden. Die Liste der einheimischen Autoren wird von Slawomir Mrozek, die der Exilschriftsteller vom verstorbenen Witold Gombrowicz angeführt. Wie aus Oppositionskreisen zu erfahren war, ist von dieser Maßnahme auch der 81jährige, ständig in Paris lebende Komponist, Literat und ehemalige Chefdirigent des Lager-Orchesters von Auschwitz-Birkenau, Szymon Laks, betroffen, der gelegentlich für die Musikzeitschrift „Ruch myzuczny" schrieb. Der Autor des Buches „Auschwitzer Musik" ist in Warschau durch sein neues Buch „Mein Kampf um Frieden" (London) unangenehm aufgefallen, in dem er u. a. die Jaruzelski-Junta kritisierte.

Pfingstkonzerte ohne Herbert von Karajan

AFP, Salzburg

Die Salzburger Pfingstkonzerte suchen derzeit nach einem Ersatzdirigenten für Herbert von Karajan, der sich in der kommenden Woche einer Operation an der Wirbelsäule unterziehen wird und die vom 21. bis 23. Mai stattfindenden Pfingstkonzerte der Berliner Philharmoniker in Salzburg nicht leiten kann. Es werde „alles versucht, um die Durchführung der Veranstaltung sicherzustellen". Man sei bemüht, „einen angemessenen Ersatz" für Herbert von Karajan zu finden. Namen eventueller Ersatzdirigenten wurden nicht genannt. Das ursprünglich vorgesehene Programm enthält die Beethoven-Symphonien Nummer vier und sieben und die Siebente von Bruckner.

Friedhof aus der Hallstattzeit

luw, Siegen

Auf einen Friedhof der späten Hallstattzeit (etwa siebtes Jahrhundert vor Christus) sind Archäologen auf einem Acker in Erndtebrück im Kreis Siegen gestoßen. Die Wissenschaftler fanden ein Leichenbrandnest mit einem Beigefäß, Teile eines Eisenkettchens, eine Nadel, ein größeres Bruchstück eines Wendelringes und drei kleine eiserne Nietköpfe. Nachdem bereits 1981 in einiger Entfernung von den neueren Funden zwei Urnenbestattungen und mehrere Leichenbrandnester geborgen worden waren, kamen die Archäologen nach den neuesten Funden zu dem Schluß, daß sie Reste eines größeren Friedhofs entdeckt haben.

Peter Edel gestorben

AFP, Berlin

Der „DDR"-Schriftsteller Peter Edel-Hirschweh ist im Alter von 61 Jahren gestorben. Peter Edel („Schwester der Nacht", „Die Bilder des Zeugen Schattmann") war unter anderem Mitglied des Vorstandes des Schriftstellerverbandes der „DDR", des Präsidiums des Friedensrates der „DDR", der Zentralleitung des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer der „DDR" und des P. E. N.-Zentrums der „DDR".

John Williams tot

AP, La Jolla

Im Alter von 80 Jahren ist der aus England gebürtige Schauspieler John Williams in Kalifornien einer Herzerkrankung erlegen. In einer 50 Jahre umspannenden Karriere spielte er auf der Bühne, im Film und im Fernsehen häufig den Typ des vollendeten Gentleman. Bekannt wurde er durch die Rolle des Inspektors in Hitchcocks Film „Bei Anruf Mord" (Dial M for Murder). Für seine Darstellung dieser Rolle in der Bühnenversion wurde er 1952 mit einem „Tony" ausgezeichnet. Am Broadway spielte er neben Partnerinnen wie Claudette Colbert, Gertrude Lawrence und Helen Hayes.

Oldenburg: Hespos' „Itzo Hux" uraufgeführt

Ostfriesen überleben

Die Brille des ostfriesischen Komponisten Hans-Joachim Hespos ist kein Verschönerungsglas. Wo er hinsieht, erblickt er Aldous Huxleys erlösungsbedürftige Welt – itz(o) mehr denn je. Darum heißt sein Auftrags-Beitrag zum 150. Jubeljahr des Oldenburger Staatstheaters „Itzo Hux", was soviel bedeuten mag wie: „Huxley now."

Peter Wagenbreth schuf als Libretto ein „spin off" aus Huxleys Novelle „After Many a Summer". Hespos zerfurchte es in zweijähriger Arbeit mit Musik, die jeglicher Nostalgie, vermeintlichem Neu-Einfachen jüngster Prägung spottet. Er schöpft aus dem keineswegs erschöpften Fundus vokaler und instrumentaler „Grenzüberschreitungen", läßt pensionsberechtigte Orchestermusiker prusten, kiksen und schmatzen, ihr (Blas)-Instrument küssen, läßt Zargen streichen und Saiten jaulen, Opernmimen sprechen und singsprechen, flöten, hauchen, stumme Sprechgebärden vollführen.

Das Oldenburger Publikum ist aufnahmebereiter als manche Orchestermusiker, die sich anfangs nicht zum Narren halten lassen wollten. Hespos hat der Ablehnung vorgebeugt, indem er nicht moralpredigt, sondern ein (leicht verkniffen) satirisches Opernspektakel entworfen hat, das sich auf dem Papier zwar noch spannender liest als es sich vom Parkett aus ansieht und anhört, aber immerhin: die Oldenburger Uraufführungs-Crew mit Perry S. White (Inszenierung), Horst Jaeger (video-gestützte Ausstattung) und Wolfgang Schmid (Koordinator der verstreuten Musikaktionen) holt aus den Bühnenmöglichkeiten heraus, was sie hergeben. Genug für eine komplizierte Erstgeburt mit Operationstisch, Beatmungsgerät und Tierversuchs-Labor.

Wenn die Wahrheit im Paradox liegt, so wird sie in „Itzo-Hux" Ereignis: kugel- und strahlensicherer Überlebensbunker des steinreichen Mr. Jo Stoyte (Titelrolle: Arthur Friesen) – fahrradgetriebener Landbau eines grünen Fortschrittsphilosophen (Kommentar des leibhaftigen Schafs: „Määh"); kapitalgeförderte Lebensverlängerungsforschung – Verpuffung im Chemielaboratorium (Demo-Husten im Publikum); durchmusizierte Dunkelpause – ausgleichende Orchesterfreizeit während der Schlußszene; Schlemmertafel der leeren Gläser und Terrinen – Bonbontüten für eine Mark, dem Publikum offeriert von Body-building-Kraftkerlen in klappernder Rüstung. Und so fort.

Sänger, allen voran Arthur Friesen als Mr. Stoyte, Marianne Bräsen, Fritz Uhl, Bernard Lyon und Dantes Diwiak und Orchestermitglieder leisten Außerordentliches. Freilich mußte auch Hespos zurückstecken, sonst wäre das Jubiläums-Spektakel am Ende in die Hunte gefallen.

LUTZ LESLE

Hamburg: Deutscher Schallplattenpreis verliehen

Kollos Zungenbrecher

Die Schallplattenrichter haben gesprochen. Im Hamburger Thalia-Theater verkündigte WELT-Kritiker Klaus Geitel die Ergebnisse der Kür zum Deutschen Schallplattenpreis 1983, ausgeschrieben von der Deutschen Phono-Akademie. Innerhalb von 17 Kategorien der Klassik und Popularmusik war Preiswürdiges aus den Einsendungen der Firmen auszulesen. Aus der Schweißarbeit der Juroren kelterte die Akademie in jeder Kategorie mindestens drei Preisstufen heraus, überdies standen noch die „Entdeckungen des Jahres" zur Disposition.

Doch zu den Erstgepreisten. Als editorische Bestleistung fiel die Dokumentation zeitgenössischer Musik in der Bundesrepublik Deutschland aus den Jahren 1950–1960 auf (harmonia mundi). Bei den Instrumentalsolisten triumphiert der Oboer Heinz Holliger mit der Ehrung seines Mannheimer Vorläufers Ludwig August Lebrun (1752–1790), mit der Camerata Bern bei der Archiv-Produktion aufgezeichnet. Wagners „Tristan und Isolde" mit René Kollo, der im Thalia-Theater die Gewinner der Popularmusik vorstellte und sich beim Fachwort „Funk" prompt die Zunge brach, trug der Staatskapelle Dresden die Opern-Trophäe ein (Deutsche Grammophon).

In der Kategorie „Chorwerke und Lied" gewannen Nikolaus Harnoncourt und der Concentus Wien mit Mozarts „Requiem" den Preis erster Klasse. Mit Beethovens späten Quartetten op. 127 und 135 legte das Alban-Berg-Quartett höchste Ehre ein (Electrola), für die beste Interpretation zeitgenössischer Musik steht der junge Pianist Herbert Henck ein mit der „Music of Changes" von John Cage (Wergo).

Ehrenpreis ist kein wohlfeiles Blümchen. Die Kunst des Lobens, von Klaus Geitel für preisausschreibungswürdig erklärt, ist bei der Klassik mehr noch der Schablone verfallen als bei der Popmusik. Deren Preisbegründung war durchaus erheiternder als die feinsinnig-beseelte Begutachtung der Klassik. Die Höchstgewinner lauten in der „leichten" Sparte unter anderen Udo Jürgens („Silberstreifen"), Paul McCartney („Tug of War"), Falco („Einzelhaft"), Manfred Mann's Earth Band („Somewhere in Africa"), Vienna Ari Orchestra („Suite for the Green Eightees") und – in der Kategorie Chanson/Songs – Heinz Rudolf Kunze für „Eine Form von Gewalt". Rühmenswert ist schließlich der Preis, den Dario Domingues für seinen tönenden Nachruf auf die Musik der ausgerotteten Feuerlandindianer gewann: „Die Reise der Yahgan ist zu Ende" (Trikont).

Le.

Engelmanns Plakate

Mit rotem Händchen zum Ruhm

good mornings begin with the inquirer

Michael Engelmann: Werbung für den Philadelphia Enquirer, aus der Düsseldorfer Ausstellung FOTO: KATALOG

Die „Fünfziger Jahre" werden gern als „Nierentischzeit" verspottet, charakterisiert durch schlechten Geschmack und eine äußerst fragwürdige Produktgestaltung. Vergessen wird dabei jedoch, daß in diesen Jahren eine Reihe von Möbeln und Gebrauchsgütern entworfen wurden, die inzwischen zu den Klassikern des Design gezählt werden. Männer wie Charles Eames, Eero Saarinen, Arne Jacobsen, Harry Bertoia oder Dieter Rams sind nur einige Beispiele dafür.

Nicht anders war es in der Gebrauchsgraphik. Auch da wurden Gestaltungsprinzipien, die inzwischen Gemeingut geworden, erstmals ausprobiert und beispielhaft angewendet. Das belegt in der Fachhochschule Düsseldorf eine Ausstellung mit Plakaten von Michael Engelmann, die zwischen 1951 und 1966 entstanden.

Engelmann wurde vor allem durch seine Roth-Händle-Plakate berühmt. Mitte der fünfziger Jahre hatte er zum erstenmal den Typ der Werbung entwickelt, der bis heute das Erscheinungsbild dieser Marke bestimmt. Es waren jeweils nur vier oder fünf Versatzstücke, aus denen er das Plakat aufbaute: Eine Hand, eine Zigarettenschachtel, eine Zigarette, das Wort „naturrein" in einer weißen Grotesk und manchmal noch der Name „Roth-Händle". Wie er jedoch diese wenigen Elemente spannungsreich auf schwarzem Hintergrund arrangierte, erregte seinerzeit immer wieder Bewunderung und frappiert auch heute noch.

Die Plakate geben sich auf den ersten Blick als zusammengehörig zu erkennen. Manchmal entsteht sogar der Eindruck, man könnte die verschiedenen Entwürfe als Hauptphasen eines Zeichentrickfilms verwenden. Das gab ihnen seinerzeit, wenn sie in Dreierserien nebeneinander geklebt wurden, eine besondere Lebendigkeit.

Engelmann hat sich natürlich nicht nur auf diese Zigarettenfirma beschränkt. Er hat in Amerika Plakate für Zeitungen entworfen, für Limonaden und Schnapsmarken, in Italien für Reifen und Zeitschriften, in Deutschland für Autos oder Waschmittel. Die frühesten Plakate, die hier zu sehen sind, wirken noch konventionell, auch wenn sie bereits auf Foto-Elemente zurückgreifen. Erst später hat Engelmann seine spezielle Technik mit hart kopierten Details entwickelt.

Das Eigenartige an diesen Arbeiten ist, daß sie auch heute noch zeitgemäß wirken. Das ist in diesem Metier des Modischen die ganz große Ausnahme (bis 1. Juni; Katalog 8 Mark).

P. D.

Mädchen im Erziehungsheim: M. Purzers Film „Randale" angelaufen

Trost beim Terror, Trost beim Wein

Eine Villa, von einem Park umgeben, dies alles durch ein schmiedeeisernes Tor und einen Zaun aus Maschendraht gegen die Außenwelt abgeriegelt – dieses Bild täuscht. Keine Idylle verbirgt sich dahinter, sondern ein Erziehungsheim. Da es ein Film ist und der Regie führende Drehbuchautor Manfred Purzer sich offenbar mehr davon versprach, eines für Mädchen: Sie träumen von Vater und Mutter, von Blumen und Zärtlichkeit, von Freiheit und Tod.

Schon die erste Schnittsequenz enthüllt das: Ein Psychiater läßt „frei assoziieren", und der Film gewinnt dabei sogleich verschiedene Charakterprofile. Und er kann darstellen, daß es sich um ein karg ausgestattetes Institut nicht handelt. Zwar gibt es eine Wäscherei, wo einige der Mädchen arbeiten – was die anderen tagsüber treiben, erfährt man nie –, aber es gibt auch eine personenreiche „Anstaltsleitung" samt Ärztin, die eine Vorliebe für Psychopharmaka hegt. Denn das will Purzer zeigen, und dazu zeichnet die Ärztin sogar ein Diagramm an die Wandtafel: Wo Freiheit eingeschränkt wird, entsteht Aufmüpfigkeit. Woraus folgt: Man randaliert, vor allem nachts.

Man macht „Randale", heißt das im Jargon der Mädchen, der den Titel des Purzer-Opus hergibt. Folgerichtig gefällt er sich über lange Strecken darin, den ohnmächtigen Terror darzustellen: Man zerschlägt Möbel und Fensterscheiben, man zerschneidet die Betten und verstreut die Federn, man alarmiert immerfort die Nachtwache.

Weil das nicht weit trägt, inszeniert Purzer gleich zweimal eine nächtliche Flucht. Die sie unternehmen, kommen vom Regen in die Traufe: Sie fallen einem Zuhälter in die Hand, der sie an Gastarbeiter verhökert. Ein Schuß Krimi also wird beigemischt – um so mehr, als die Tochter einer Prostituierten in dem Heim steckt, die entführt werden soll. Wie sie in diese Top-Anstalt kam, in der ein geschiedener reicher Mann seine Tochter abgab wie ein lästiges Haustier, bleibt unklar. Dem Regisseur genügt die Handlung.

Die zäumt er allerdings nicht von den Charakteren her auf wie einst der Film „Mädchen in Uniform". Purzer will eine soziologische Feldstudie, nur entwickelt er sie nicht aus den Figuren, sondern mit ihnen bebildert er eine schmalbrüstige Theorie. Dollard vornehmlich, der 1938 beschrieb, daß Frustation zu Aggression führe. „Der kleine Prinz" von Antoine St. Exupéry darf nicht fehlen – das Wort des Fuchses vom „Zähmen", vom Kennenlernen und Einfühlen und Vertrauen.

Ansonsten tut es Freud. Die Prinzipien reitende, gestrenge Leiterin (Angelica Domröse) ist einsam, allenfalls hat sie eine Beziehung zu einem verheirateten Mann und greift in seelischer Not zur Pulle – getrost: Sie trinkt Frankenwein, wenn auch aus ansehnlichen Gläsern. Das Prostituiertenkind phantasiert von einem omnipotenten Vater, den es nie gab. Und der dem „Autoritären" eher abholden Praktikantin (Eva Kotthaus) können noch so enttäuschende Erfahrungen nichts anhaben: Sie hat einen festen Freund, mit Kleinwagen!

Die fraglos begabten Laiendarstellerinnen, die Purzer verpflichtete, zuweilen hochgepeitschte falsche Dramatik samt versuchtem und vollendetem Selbstmord ändern nichts daran: Ein Film wird aus alledem nicht.

KATHRIN BERGMANN



Hochgepeitschte Dramatik: Szene aus „Randale" mit Ute Feicht FOTO: TIVOLI

Ist der Herzinfarkt eine Hormonkrankheit?

US-Studie: Höherer Östrogen-Spiegel bei „Infarktlern"

JOCHEN AUMILLER, **München**

Ein Zusammenhang zwischen Herzinfarkt und Geschlechtshormonen wird schon seit Jahrzehnten vermutet. Erste wissenschaftliche Belege für diese Hypothese wurden nun mit einer Studie vorgelegt, die an drei angesehenen amerikanischen Forschungszentren ausgearbeitet und in der ersten Maiausgabe des „American Journal of Medicine", dem Ärzteblatt der Amerikaner, veröffentlicht wurde. Wie Studienleiter Gerald B. Philipps aus New York jetzt bekannte, waren die Wissenschaftler selbst am meisten überrascht. Denn die klassischen Risikofaktoren wie Zigarettenrauchen, hoher Blutfettspiegel und Bluthochdruck waren bei den untersuchten Infarktpatienten genauso häufig anzutreffen wie bei den Kontrollpersonen. Lediglich der Östradiol-Spiegel (das stärkste natürlich vorkommende Östrogen) war bei den „Infarktlern" deutlich höher als bei den Vergleichspersonen. Die Vermutung liegt nahe, daß es sich bei dieser häufigsten Todesursache in zivilisierten Ländern zumindest auch um eine Hormonerkrankung handeln könnte.

Östrogene, die typischen weiblichen Geschlechtshormone, kommen auch, allerdings in wesentlich geringerer Konzentration, bei den Männern vor. Es wird neben dem männlichen Geschlechtshormon Testosteron, das chemisch sehr ähnlich ist, in geringen Mengen im Hoden gebildet, aber auch im Muskel und in Fettzellen, und zwar als Abbauprodukt des Testosterons.

Experten sind ratlos

Die aufsehenerregende Studie lief an der Columbia Universität, am Nationalen Gesundheitsinstitut sowie als Begleitprojekt der berühmten Franingham Studie. 122 Männer mit einem Durchschnittsalter von 70 Jahren waren einbezogen. Nach Philipps litten von 15 Männern mit einem hohen Östrogenspiegel 13 an der koronaren Herzkrankheit, während von 15 Männern mit hohem Cholesterin-Spiegel nur drei von dieser Mangelversorgung des Herzmuskels betroffen waren.

Die Experten scheinen derzeit ratlos. Sie können sich weder erklären, weshalb bei den Koronarpatienten der Östrogenspiegel erhöht ist, noch wissen sie Abhilfe. Möglicherweise stecken Umweltfaktoren dahinter, genauso gut könnte es aber sein, daß genetische Vorgaben zu dieser Abweichung im Hormonhaushalt der Männer führen. Es wird auch spekuliert, daß ein Enzymdefekt den natürlichen Abbauprozeß des Testosterons aus dem Gleichgewicht bringt.

Noch viele Fragezeichen

Praktische Konsequenzen aus dieser Studie können nach Ansicht der amerikanischen Forscher noch nicht gezogen werden. Zu viele Fragezeichen müssen noch gemacht werden, als daß man die bisherige Lehrmeinung über Bord werfen könnte. Dennoch sind sich die Experten einig, daß diese Studie die Tür zu neuen Überlegungen aufgestoßen hat und die Bedeutung der Risikofaktoren neu überdacht werden müsse.

Die sensationellen Befunde aus den USA werden von Forschungsergebnissen bestärkt, die Professor A. W. von Eiff von der Medizinischen Universitätsklinik in Bonn vor Jahresfrist publiziert hat. Danach muß damit gerechnet werden, daß an der Entstehung des Bluthochdrucks Östrogene beteiligt sind. Er hat diese These mit tierexperimentellen Daten untermauert. In einem Interview äußerte von Eiff die Vermutung, daß die Östrogene im Zwischenhirn angreifen, der Zentrale für das sympathische Nervensystem. Wird es überstrapaziert, kommt es zu den typischen Streßerscheinungen, wozu auch ein erhöhter Blutdruck gezählt wird. Der Bluthochdruck gilt seit langem als ein wichtiger Risikofaktor der koronaren Herzkrankheit.



Er konnte auf einem Acker landen und brauchte für den Start nur 100 Meter „Anlauf": der Fieseler Storch. FOTO: SÜDDEUTSCHER VERLAG

Die Krönung einer feurigen Bahn am Himmel

Gerhard Fieseler, Konstrukteur des langsamsten Flugzeugs der Welt, entwarf und stiftete eine Kunstflugtrophäe

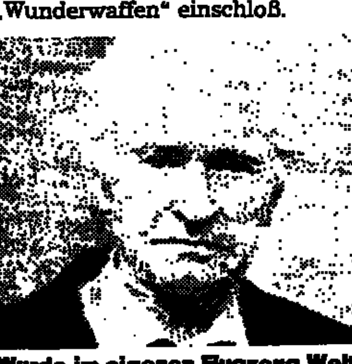
ADALBERT BÄRWOLF, **Kassel**

Vor dem Start in der Kunstflugkiste reichte ihm der Monteur ein Glas Champagner. Dann gab er zügig Vollgas, holperte über den sandigen Exerzierplatz und hing bald in der Arena aus Luft über den Dächern von Paris. Im Zeitlupentempo drehte er den kleinen Flieger um die Längsachse, wirbelte ihn in Pirouetten durch das Blau über Vincennes. Elegant fügte sich eine schwierige Figur an die andere, ohne Kurven, die nur Zeit kosten, aber keine Punkte bringen.

Gerhard Fieseler fliegt bei der Kunstflugweltmeisterschaft 1934, dem größten Ereignis des Pariser Sommers, mit einem Motor, der auch in Rückenlage sicher arbeitet. Denn Fieseler will wieder einen Looping nach vorn fliegen, bei dem das Flugzeug auf dem Rücken fliegt, wofür besondere Vergaser und Spezialtanks neben aerodynamischen Erwägungen erforderlich sind. Der junge Fieseler hat diesen Looping nach vorn mit der hohen Belastung durch die negative Fliehkraft als erster Pilot überhaupt geflogen. Doch über dem Flugfeld von Vincennes geschieht es, nach 35 schwierigen Figuren und kurz bevor der das Flugzeug in die Rückenlage drücken wollte:

Das Schloß seiner Anschnallgurte springt auf. Die Schultergurte lösen sich. Der Körper wird nur noch von einem quer über die Schenkel gespannten Gurt gehalten. Die gewaltigen Fliehkräfte, die Fieseler nach außen drücken würden, müssen ohne die Gurte vermindert werden. So fliegt der Kunstflieger größere vertikale Kreise. Er überschreitet die Zeit und gewinnt trotzdem noch die erste Kunstflugweltmeisterschaft.

Heute, fast 50 Jahre danach, steht Gerhard Fieseler in der Fliegerklause seines Hauses in Kassel. Er kann nach einer Krebsoperation nicht mehr richtig erzählen und nur noch über ein Kehlkopfmikrofon mühsam sprechen, aber er signiert für Besucher sein Buch, das von seiner „Bahn am Himmel" erzählt. Und es war eine feurige Bahn, die nicht nur aus Loopings nach vorn, gesteuerten Rollen oder Fieseler-Kehren bestand, eine Bahn, die auch Flugzeuge ungewöhnlicher Konstruktion und „Wunderwaffen" einschloß.



Wurde im eigenen Flugzeug Weltmeister: Gerhard Fieseler. FOTO: DPA

Der 87jährige, weißhaarig und rüstig, entwarf und stiftete jetzt die „Fieseler Kunstflugtrophäe", die der Deutsche Aero Club nach dem Internationalen Motorkunstflugwettbewerb der westeuropäischen Kunstflugasse auf bundesdeutschem Boden vom 16. bis 18. Juni in Kassel vergeben wird und die alle zwei Jahre ausgeflogen werden soll. In Flugformationen aufgereiht, hängen an der Bardecke 19 Modelle von Maschinen, die Fieseler während des Ersten Weltkrieges über der Balkanfront und anderen Brennpunkten abgeschossen hat. Hinter der Bar ein Bild seines Freundes Ernst Udet, der im letzten Krieg Selbstmord beging, der aber wegen seiner Popularität im Dritten Reich bei der „Erprobung einer neuen Waffe" verunglücken mußte. Über der Bar baumelt, grün gespritzt, ein Fieseler Storch. Dies ist der berühmteste Flieger der Welt, der von den Fieseler Werken in Kassel nicht mit dem Ziel entwickelt wurde, immer schneller, sondern immer langsamer zu fliegen.

Fieseler gab der Fi-156 den Namen Storch wegen der gefederten Stelzenbeine, mit denen man auch auf einem Acker landen konnte. Die Fahrgestellräder hatten eine breite Spur, und ein starrer Vorflügel zog sich über die gesamte Länge der Flügelvorderkante. Im Storch konnte man mit rund 50 Stundenkilometer fliegen. Und bei entsprechendem Gegenwind stand die Maschine scheinbar still in der Luft. Die Startstrecke betrug, je nach Zuladung, nur etwa 100 Meter. Mussolini wurde vom zerklüfteten Abruzzenmassiv Gran Sasso auf kaum 120 Meter Anlauffläche mit einem Fieseler Storch befreit. Mit einem aufmerksamen Piloten am Steuer, konnte der Storch auch von einem schnellen Jagdflugzeug kaum abgeschossen werden. Die Jäger konnten im Anflug von hinten nicht in Schußposition kommen, wenn der Storch plötzlich in eine Steilkurve ging. Fast 3000 dieser fliegenden Störche wurden gebaut.

Fieselers Name ist auch mit der „Wunderwaffe" V-1 verbunden, die, der Goebbelschen Propagandaterminologie entkleidet, schlicht Fi-103 hieß. Es war ein pilotenloser Billig-Bomber, der als Flugroboter bei einer Geschwindigkeit von fast 800 Stundenkilometern und eine 1000-Kilo-Bombe über eine Entfernung von 400 Kilometer befördern konnte. Mehr als 30 000 Fi-103 wurden gebaut. Der Flugautomat ist der Vorläufer der luftatmenden amerikanischen Flugkörper (Cruise missiles), die von Jahresende an bei Scheitern der Genfer Verhandlungen in Westeuropa stationiert werden sollen. Nur: Die V-1 sollte unter dem Projekt „Reichenberg" auch bemannt geflogen werden und die englische Flotte vernichten.

Istanbul: 42 Tote bei Feuer in Hotel

AFP, **Ankara**

Mindestens 42 Tote und 65 Verletzte hat am Samstag ein Hotelbrand in Istanbul gefordert. Bei den Opfern handelt es sich größtenteils um ausländische Touristen, darunter auch ein Deutscher und drei Österreicher. Die endgültige Bilanz stand am Sonntag noch nicht fest. Das Hotel „Washington" in der Istanbuler Altstadt brannte völlig aus. Das Feuer war nach ersten Ermittlungen in den Morgenstunden durch die Explosion einer Butangasflasche in der Küche im Erdgeschoß des sechsstökkigen Gebäudes verursacht worden.

Die meisten Gäste, darunter eine Gruppe Österreicher und Griechen, waren am Vortag zur Teilnahme an den Feiern zum griechisch-orthodoxen Osterfest in Istanbul eingetroffen. Die Identifizierung der Opfer ist äußerst schwierig, weil die am Empfang abgegebenen Pässe mit verbrannten. Bis gestern konnten zwölf Griechen, ein Deutscher, ein Österreicher und eine Französin unter den Opfern identifiziert werden. Im Hotelregister wurden die Namen von 50 Griechen, 44 Österreichern, 25 Deutschen und zwei Franzosen gefunden, aber zunächst nicht veröffentlicht.

Zu dem Drama kam es, weil es nicht einmal Notausgänge in dem Hotel gab. Ein Sprecher der Stadtverwaltung sagte, der Hotelbesitzer habe wiederholte Aufforderungen zur Einrichtung von Notausgängen ignoriert.

Riesenfang in Paris

dpa, **Paris**

Französische Rauschgiftfahnder haben auf dem Flughafen Charles de Gaulle bei Paris 53 Kilogramm Kokain beschlagnahmt, das vermutlich aus Bolivien oder Kolumbien stammt und in die Niederlande gebracht werden sollte. Der Schwarzmarktwert liegt bei fast 40 Millionen Mark.

Familie ausgelöscht

AP, **Dürrenroth**

Durch ein tragisches Unglück ist am Wochenende im Kanton Bern fast eine ganze Bauernfamilie ausgelöscht worden. Zuerst war der Großvater in einer Jauchegrube zusammengebrochen. Bei dem Versuch, ihm zu helfen, wurden auch dem Vater, dem Sohn und der Mutter die giftigen Dämpfe zum Verhängnis. Zurück blieb nur die Großmutter mit zwei Enkelkindern.

Auf Lastzüge geschossen

dpa, **Gütersloh**

Von mehreren Schüssen wurden am Wochenende auf der Autobahn bei Verl im Kreis Gütersloh drei Lastzüge getroffen. Die Windschutzscheiben gingen zwar zu Bruch, die Fahrer wurden aber nicht verletzt. Laut Polizei können die Kugeln sowohl aus einem Luft- als auch aus einem Kleinkalibergewehr abgeschossen worden sein.

Im Auto verbrannt

AP, **Fürstenfeldbruck**

Drei Menschen sind am Wochenende bei einem Verkehrsunfall vor der Einfahrt zum Bundeswehr-Fliegerhorst Fürstenfeldbruck in ihren Fahrzeugen verbrannt. Zwei weitere wurden schwer verletzt. Ein schnell fahrender Personenwagen hatte auf der Bundesstraße 471 ein in die Hauptstraße einbiegendes Fahrzeug gerammt und 100 Meter weit vor sich hergeschoben. Beide Wagen gingen in Flammen auf.

Waggons auf Abwegen

dpa, **Köln**

Eine technische Überprüfung und Vermessung von neun entgleisten französischen Großraum-Güterwagen soll heute die Ursache eines Eisenbahnunglücks klären, bei dem in der Nacht zum Samstag auf der Bundesbahnstrecke Koblenz–Neuwied hohen Sachschaden entstanden war. Sechs der Waggons stürzten eine Böschung hinab und prallten gegen eine elektrische Lok, die auf einer anderen Strecke unmittelbar unter der Unglücksstelle gerade an einem geschlossenen Signal wartete. Der Lokführer wurde leicht verletzt. Im Laufe des Tages mußten mehr als 100 Züge umgeleitet werden.

LEUTE HEUTE

Nachgemacht

Als erster Amerikaner hat der 36jährige Lehrer **Lary Neilson** am Samstag ohne Sauerstoffgerät den *8848 Meter hohen Gipfel des Mount* Everest bezwungen. Mit ihm erreichte auch der Sherpa-Führer **Agn Rita** den höchsten Gipfel der Welt ohne Hilfe eines Sauerstoffgerätes.

Ohne Hoffnung

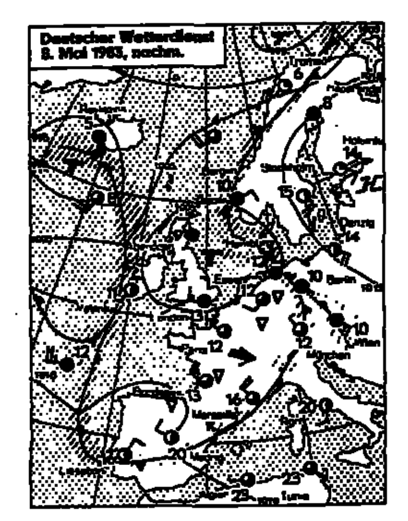
„Es gibt keine Hoffnung mehr. Shergar ist tot." Das erklärte am Wochenende der englische Millionär **Robert Sangster**, Miteigentümer des „Wunderpferdes". Shergar, ehemaliger Derby-Sieger und als Zuchthengst das teuerste Pferd der Welt, war am 8. Februar von bewaffneten Kidnappern entführt worden. Seitdem fehlt von ihm jede Spur. Sangster: „Kein Miteigentümer hat irgendeine Nachricht oder Forderung erhalten. Obwohl ich keine weiteren Beweise anbieten kann, müssen wir nun der Tatsache ins Auge sehen, daß Shergar tot ist."

Fließende Überraschung

Yuri Bandoura, der stellvertretende Chefredakteur der sowjetischen „Iswestija", und die Historikerin **Ludmila Tarasewich-Skrylnikowa** konnten ihre Überraschung nicht verbergen. In einer Dorfschule mitten im US-Bundesstaat Vermont trafen sie einen elfjährigen, blonden, pausbäckigen Jungen, der fließend Russisch sprach. Erst als sie ihn nach seinem Namen fragten, kam die Aufklärung des Rätsels: Die beiden Gäste der Organisation „Bridges for Peace" (Brücken des Friedens) standen **Yermolaj Solschenizyn**, dem Sohn des exilierten sowjetischen Schriftstellers **Alexander Solschenizyn** *gegenüber*.

WETTER: Kühl und regnerisch

Wetterlage: Nach kurzem Zwischenhocheinfluß greift am Nachmittag von Südwesten her erneut ein Störungsausläufer auf Deutschland über.



Stationen: 1/2 bedeckt, West Stärke 5, 18°C. ● bedeckt, still. ≡ Nebel. ● Sprühregen. ● Regen. ✱ Schneefall. ▽ Schauer. Gebiete: Regen. Schnee. Nebel. ▲▲▲ Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm).

Vorhersage für Montag:

Bundesrepublik und Raum Berlin: Im Raum Berlin und in Ostbayern vormittags noch zeitweise Regen oder einzelne Schauer. Sonst bewölkt, aber kaum Niederschlag. Am Nachmittag im Westen und Südwesten Eintrübung und gegen Abend einsetzender Regen. Höchste Tagestemperaturen bei 15, im Bergland 10 Grad C. Tiefstwerte nachts um 10 Grad C.

Weitere Aussichten für Dienstag:

Unbeständig mit Schauern oder länger andauerndem Regen, windig und kühl.

Temperaturen am Samstag, 13 Uhr:

Berlin	10°	Kairo	29°
Bonn	13°	Kopenh.	12°
Dresden	10°	Las Palmas	19°
Essen	12°	London	13°
Frankfurt	13°	Madrid	20°
Hamburg	15°	Mailand	14°
List/Sylt	11°	Mallorca	21°
München	12°	Moskau	13°
Stuttgart	12°	Nizza	18°
Algier	23°	Oslo	15°
Amsterdam	12°	Paris	12°
Athen	19°	Prag	9°
Barcelona	16°	Rom	20°
Brüssel	13°	Stockholm	15°
Budapest	13°	Tel Aviv	23°
Bukarest	18°	Tunis	23°
Helsinki	14°	Wien	10°
Istanbul	15°	Zürich	11°

Sonnenaufgang* am **Dienstag:** 5.40 Uhr, Untergang: 20.58 Uhr, **Mondaufgang:** 5.10 Uhr, Untergang 18.02 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Vorschlag teilt Venedig in zwei feindliche Lager

Beifall und wütende Ablehnung für das „Eintrittsgeld"

M. von ZITZEWITZ, **Varese**

Selten hat wohl ein Bürgermeister seine Stadt in zwei so feindliche Lager gespalten wie Venedigs Erster Bürger mit dem Vorschlag, 10 000 Lire Eintritt von jedem Besucher der Lagunenstadt zu fordern. In dem Preis inbegriffen wären nach Mario Rigos die städtischen Museen und der Transport. Die Lagunenbrücken sollen für *den Privatverkehr gesperrt und die* Touristen per Bus und Bahn von Mestre und Venedig transportiert werden. Auch der Motorverkehr auf dem Canal Grande, der mit seinem Wellenschlag die Paläste auf Pfählen immer dramatischer gefährdet, müsse aufhören.

Ohne Einschränkung einverstanden mit diesen Vorschlägen, die von besorgten Experten schon seit Jahren erwogen wurden, ist die Unesco-Vertretung in Venedig. Der Vorschlag, Eintrittsgeld zu erheben jedoch trennt die Geister. „10 000 Lire schrecken heutzutage niemanden mehr ab. Sie würden kaum den Transport decken, geschweige denn den Massentourismus in die Museen locken", wettert der kommunistische Senator für den Tourismus.

Der Maler Emilio Vedova: „Ich bin alles andere als ein Aristokrat. Aber ich meine, daß Venedig vor allem ein Ziel für Kulturinteressierte ist. Wer hierher kommt, hat immer 10 000 Lire übrig. Und wenn er damit die Museen besuchen darf, werden sie zum Ansporn, die Stadt auf der Suche nach Kultur zu durchstreifen."

Der Besitzer von „Harry's Bar", Arrigo Cipriani: „Der Vorschlag ist reine Utopie und verstößt meiner Meinung nach gegen die Verfassung, nach der das italienische Staatsgebiet jedermann zugänglich ist. Wie will man außerdem die Venezianer von den Touristen und von den vielen Pendlern unterscheiden, die täglich zur Arbeit in die Lagune kommen? Man müßte einen Sonderpaß für sie erfinden!" Den allerdings gibt es längst, er heißt „Carta Venezia".

Der Präsident der Biennale, Paolo Portoghesi, meint: „Man muß den Tourismus einschränken, weil er die Stadt gefährdet. Aber man darf Venedig nicht für die Reichen reservieren." Italo Gomez, der künstlerische Direktor der Oper La Fenice: „Mit einem Eintrittsbillett riskiert man, Venedig zum Konsumobjekt abzustempeln." Der Ökologe Antonio Cederna: „Der Massentourismus muß reguliert, kontrolliert und neu qualifiziert werden. Er darf nicht weiter zu einem müden, zerstreuten Spaziergang zwischen archäologischen Trümmern oder Palästen degradiert werden. Er ist ein zu ernstes Phänomen, um ihn den Reiseagenturen zu überlassen, die nur an ihm verdienen wollen. Venedig hat knapp 100 000 Einwohner, aber 10 Millionen Touristen im Jahr. Zwei Drittel von ihnen werden morgens auf dem Markusplatz abgeliefert und am Abend, versehen mit tiefgefrorener Pizza, Coca-Cola und Souvenirs made in Hongkong, wieder fortgeschafft."

Venedig wäre die erste Stadt der Welt, die einen „Numerus clausus" für Touristen einzuführen versucht. Ist das berechtigt? Ich erinnere mich an mein Erschrecken, *als ich zum ersten Mal* in einem deutschen Dom Eintrittsgeld bezahlen sollte. „Nur für Gläubige ist der Eintritt frei", sagte der Mann an der Kasse. Woran erkennt man, ob ein Mensch ehrfürchtig ist oder nur „konsumieren" will? Wie lehrt man die Ehrfurcht, die Venedigs vortreffliche Schönheit verdient? Gewiß nicht mit einem obligaten Ticket. Aber wer hat einen besseren Vorschlag?

UN-Studie zu „einer Form der Sklaverei"

Prostitution nicht das „älteste Gewerbe der Welt"

GITTA BAUER, **New York**

Entgegen der herrschenden Auffassung ist Prostitution nicht das älteste Gewerbe der Welt. Sie war und ist auch heute noch in sogenannten „primitiven" Gesellschaften unbekannt. Das ist eine der Schlußfolgerungen, zu denen der frühere französische UN-Botschafter in Genf, Jean Fernand-Laurent, in einem Bericht über Prostitution *für den Wirtschafts- und Sozialrat* der Vereinten Nationen kommt.

„Es ist jedoch zutreffend, daß Prostitution heute in unterschiedlichen Schattierungen in allen organisierten Staaten, in allen Kulturen und in allen Teilen der Welt vorkommt, besonders da, wo die Bevölkerung dicht ist und Geld häufig von Hand zu Hand wechselt", sagt Fernand-Laurent. Seiner Ansicht nach ist Prostitution, wenn man sie vom Standpunkt der Menschenrechte untersucht, eine Form der Sklaverei.

Wie der alte Sklavenhandel ist Prostitution – so der Bericht – ein Aspekt der Wirtschaft. Es gibt einen Markt, es gibt Angebot und Nachfrage. Und wie beim Handel mit Sklaven kennt das Geschäft drei Partner: den Lieferanten, in diesem Fall den Zuhälter, den Abnehmer, also den Kunden, und die lebende Ware, hier die Prostituierte.

Sie ist zwar am besten bekannt. Sozialarbeiter, Ärzte und Polizisten haben mit ihr zu tun. Sie ist Gegenstand der *Literatur* von Shakespeare über Zola bis zu den „Rauchenden Colts" und Miss Kitty mit dem goldenen Herzen oder Dolly Parton im „besten kleinen Hurenhaus in Texas". Dennoch zieht nicht sie den großen Gewinn aus dem Geschäft. Und wenn es an Bestrafung geht, so trifft sie nie den Klienten, selten den Zuhälter, immer die Prostituierte. Der eine ist durch Anonymität, der andere durch die Unterwelt, der er meist angehört, geschützt. Sie ist Opfer in doppelter Hinsicht. Massenverkehr und -kommunikation haben neue Märkte und neue Formen der Prostitution erschlossen. „Sex-Tours" nach Thailand werden in dem Bericht ebenso erwähnt wie die Ausnutzung von Kindern für pornographische Video-Kassetten.

Die Gleichung Westen = Bedarf, *Dritte Welt = Angebot geht jedoch* nicht unbedingt auf. „S. O. S. Enfants" schätzt, daß in Paris einige 5000 Jungen und 3000 Mädchen unter 18 Jahren dem Gewerbe nachgehen. In Lateinamerika sind die am meisten gefragten Prostituierten Kinder zwischen zehn und 14 Jahren. In Brasilien kann ein Mädchen von 12 Jahren nahezu 500 Dollar im Monat verdienen.

Die Folge ist offenkundig. „Wenn ein Mädchen mit 12 oder 13 Jahren so viel Geld verdient hat", schreiben die Forscher Challis und Elliman, „ist kaum Hoffnung, daß es die Prostitution aufgibt ..."

Die Staaten gehen auf unterschiedliche Weise dem Problem zu Leibe. *In nur wenigen Ländern*, heißt es bei Fernand-Laurent, gibt es ein direktes Verbot, das Prostitution unter Strafe stellt. Das regulative System, das auch in der Bundesrepublik angewendet wird, sorgt für Hygiene und öffentlichen Anstand.

Als weißer Fleck auf der Landkarte des Berichts erscheint der gesamte Ostblock. Botschafter Jean Fernand-Laurent sagte auf eine entsprechende Frage, daß „diese Länder erklären, es gebe bei ihnen keinerlei Prostitution". Das erscheint eine Behauptung nach dem Morgensternschen Motto, „weil nicht sein kann, was nicht sein darf". Denn Touristen, die Odessa, Moskau und Leningrad besucht haben, machten da ganz andere Erfahrungen.

ZU GUTER LETZT

„Krokodil ging an Geldspenden ein" (Überschrift im Berliner „Tagesspiegel" zum Tod eines Reptils durch Münzen).